



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

**Städtische Räume des Do-it-Yourself:
Die Bedeutung von Ernährungssouveränität für Urban
Gardening Bewegungen in Wien**

Verfasserin

Katharina Reiterits (BA)

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 810

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Masterstudium Kultur- und Sozialanthropologie

Betreuerin:

V.-Prof. Doz. Dr. Marie-France Chevron

*“Anthropology demands the open-mindedness with which one must look and listen,
record in astonishment and wonder that which one would not have been able to guess.”*

(Margaret Mead 1963)

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
1.1 Phänomenologie einer Bewegung	7
1.2 Forschungsziel und Forschungsfrage	10
1.3 Strukturierung der Arbeit	12
2. Allgemeiner und theoretischer Kontext	15
2.1 Die sozialen Bewegungen in den Städten	15
2.1.1 Die ‚Neoliberalisierung‘ der Städte	17
2.1.2. Merkmale der Ernährungs- und Ressourcenkrise	20
2.1.2.1 Allgemeine Darstellung	20
2.1.2.2 Der ‚Do-it-Yourself‘ Urbanismus	22
2.1.2.3 Die Urban Gardening Bewegung	24
2.2 Nachhaltige Stadtentwicklung und Urban Gardening	28
2.2.1 Die ‚Stadtentwicklung von unten‘	29
2.2.1.1 Der Anfang der ‚Bewegung‘	29
2.2.1.2 Das ‚Recht auf Stadt‘	32
2.2.2 Nachhaltige Stadtentwicklung	35
2.2.2.1 Der Nachhaltigkeitsbegriff	35
2.2.2.2 Die Ebenen der nachhaltigen Entwicklung	38
2.2.2.3 Die Wege zur nachhaltigen Entwicklung	39
2.3 Urbane Subsistenz als Element einer ‚Postwachstumsökonomie‘	41
2.3.1 Merkmale einer Postwachstumsökonomie	42
2.3.2 Urbane Subsistenzwirtschaft in Gemeinschaftsgärten	45
2.3.3 Begriff und Diskurs der Ernährungssouveränität	46
2.3.3.1 Allgemeine Betrachtung	46
2.3.3.2 Ernährungssouveränität und das ‚Recht auf Grün‘	48
2.3.3.3 Stellenwert der Ernährungssouveränität im ‚Commons‘-Diskurs	49
3. Die Feldforschung – Darstellung der empirischen Erhebung	53
3.1 Die Wahl der Methoden	53
3.2 Das Forschungsfeld	55
3.2.1 Der Gemeinschaftsgarten der ‚Salat Piraten‘	55
3.2.2 Der Gemeinschaftsgarten ‚Tigergarten‘	56
3.2.3 Der Verein ‚Gartenpolylog‘	57
3.3 Die Datenerhebungen	58
3.3.1 Die Teilnehmende Beobachtung	59
3.3.2 Qualitative Interviews	62

4. Analyse und Auswertung der empirischen Daten	67
4.1 Aufbereitung des Forschungsmaterials	67
4.2 Auswertung des Datenmaterials.....	69
4.2.1 Darstellung der Ergebnisse I: Vernetzung und Gemeinschaftsgefühle	73
4.2.1.1 Organisation der Gemeinschaftsgärten und der Vereine	73
4.2.1.2 Gemeinschaftliche Nutzung und Bewirtschaftung der Grünflächen	77
4.2.1.3 Kooperation und Vernetzung der Do-it-Yourself Projekte	82
4.2.2 Darstellung der Ergebnisse II: Partizipation an der Stadtentwicklung.....	87
4.2.2.1 Einflüsse der Stadtpolitik.....	87
4.2.2.2 Beitrag zur Stadtgestaltung.....	89
4.2.2.3 Widerstände von ‚außen‘	92
4.2.3 Darstellung der Ergebnisse III: Möglichkeit der nachhaltigen Subsistenzwirtschaft in der Stadt.....	97
4.2.3.1 Umgang mit städtischen Ressourcen.....	97
4.2.3.2 Stellenwert der Ernte.....	100
4.2.3.3 Möglichkeit des lokalen Eigenanbaus von Nahrungsmitteln.....	105
4.3 Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse.....	109
5. Schlussbetrachtungen und Ausblick.....	119
6. Literaturverzeichnis.....	123
6.1 Literaturquellen.....	123
6.2 Internetquellen:	131
7. Anhang.....	137
7.1 Liste der Interviews	137
7.2 Kurzfassung	139
7.3 Abstract.....	141
7.4 Curriculum Vitae.....	143

1. Einleitung

1.1 Phänomenologie einer Bewegung

Der Trend zur Urbanisierung zeigt sich weltweit. So werden gemäß den Prognosen der Vereinten Nationen (vgl. 2011) bis zum Jahr 2050 knapp 70 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben.

In der andauernden Verstädterung bündeln sich die Herausforderungen einer weltweiten ‚nachhaltigen Entwicklung‘¹. Denn glaubt man NaturwissenschaftlerInnen (vgl. Baccini/Kytzia/Oswald 2002), so stellen urbane Siedlungen in den kommenden Jahrzehnten die weltweit größten Ansprüche an die Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen. Die Güterproduktion, Verkehrsleistungen, sowie ihre Umweltfolgen konzentrieren sich im urbanen Raum und belasten Luft, Wasser und Boden. Ressourcenvernichtende und umweltbelastende Lebensstile und Wirtschaftsformen schädigen. ExpertInnen zufolge (vgl. Knoll/Kreibich 1997) die lokale Umwelt und steuern beträchtlich zu den globalen ökologischen Problemen, vor allem dem Klimawandel und seinen Folgen, bei.

So müssen, in Anbetracht der immer größeren Knappheit der Ressourcen und der Steigerung der Umweltbelastung, vor allem in Städten Veränderungsprozesse vorgenommen werden.

Es wird ersichtlich, dass hier vor allem auf die Selbsthilfe der StadtbewohnerInnen gesetzt werden muss, um eine zukunftsfähige Entwicklung im städtischen Raum voranzutreiben. Vor diesem Hintergrund vollzieht sich eine beachtenswerte Stadtentwicklung von unten. Urbane soziale Bewegungen und ökologische Initiativen im Bereich des ‚Do-it-Yourself‘ entstehen, die das Stadtbild nachhaltiger gestalten wollen. Im Mittelpunkt dieser Bewegungen steht die Ausübung

¹ Der Begriff ‚nachhaltige Entwicklung‘ (‚sustainable development‘) wird dabei im Sinne der Brundtland-Definition verstanden. Der Brundtland Bericht von 1987 definierte ‚nachhaltige Entwicklung‘ als „dauerhafte (...) Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Luks 2002: 8).

subsistenzorientierter Tätigkeiten, die auf nachhaltigen Eigenproduktionen, sowie auf der gemeinschaftlichen Nutzung der Erzeugnisse basieren.

Als eine von mehreren gegenwärtig populären „Kulturen des Selbermachens“ (Lange 2012) gehört das Phänomen des ‚Urban Gardening‘ in den Zusammenhang dieser ‚Do-it-Yourself‘ Bewegung.

Das Gärtnern in der Stadt hat sich in den vergangenen Jahren in vielen europäischen Städten, so auch in Wien, zu einem Trend entwickelt. TrendforscherInnen (vgl. Borgstedt 2012, Horx 2009) machen darauf aufmerksam, dass der Eigenanbau von Obst, Kräutern und Gemüse im urbanen Raum immer beliebter wird. Denn neben dem Gärtnern auf eigenem Grund und Boden, breitet sich eine neue Art grüner Kultur aus: das ‚Urban Gardening‘, also das gemeinschaftliche Gärtnern in halb-öffentlichen Räumen mitten in der Großstadt (vgl. Müller 2012b).

So ist Urban Gardening in den vergangenen Jahren zum Sammelbegriff für diverse Ansätze geworden: von Gemeinschafts- und Nachbarschaftsgärten in dicht bebauten Gebieten, bis hin zu Dachgärten sogenannter (Inner)City Farms. Die Motive der GärtnerInnen sind dabei so vielfältig wie die Erscheinungsformen der Gärten selbst. Meist steht das natürliche Pflanzenwachstum, wie auch die Rückholung des Eigenanbaus von Nahrungsmitteln in die eigene Verantwortung, im Mittelpunkt der Beweggründe der StadtgärtnerInnen.

Besonders im gegenwärtigen Diskurs über Nachhaltigkeit stellt sich die ‚Do-it-Yourself‘ Bewegung wie auch die ‚Urban Gardening‘ Bewegung als heterogene Bewegung dar, der vor dem Hintergrund der ökologischen und finanziellen Krise und im Hinblick auf die Verknappung begrenzter Rohstoffe, große Aufmerksamkeit zuerkannt wird. Denn das Konzept der urbanen Nachhaltigkeit ist hier gleich in mehrfacher Betrachtung, Grundlage der gärtnerischen Do-it-Yourself Praktiken: Die StadtgärtnerInnen streben sowohl einen ressourcenschonenden Anbau von Nahrungsmitteln an, als auch die Organisation nachhaltiger Lernprozesse (vgl. Müller 2012b: 104).

So wird ersichtlich, dass der urbane Gemeinschaftsgarten weit mehr ist als ein Ort des Kultivierens von Pflanzen. Denn der Anbau von Nahrungsmitteln ist für die StadtgärtnerInnen auch Ausgangspunkt gesellschaftspolitischen Handelns. Unter

dem Leitsatz „The Right to the City – Das Recht auf Stadt“ (Lefèbvre 1996) fordern diese die Teilnahme an der städtischen Entwicklung, um nachhaltige Veränderungen auf den verschiedensten Ebenen zu bewirken.

Der Diskurs des Urban Gardening verspricht also viel, von der Demokratisierung städtischen Raumes bis hin zur Förderung nachhaltiger Stadtentwicklungsprozesse. Darüber hinaus sollen die urbanen Gemeinschaftsgärten, so wird immer wieder angenommen, die souveräne Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln im urbanen Raum fördern. Denn die AkteurInnen der Urban Gardening Bewegung etablieren lokale Produktionssysteme und haben aus diesem Grunde das Potential, die globale Entwicklung in Richtung „Ernährungssouveränität“ (La Vía Campesina 1996) anzutreiben.

Beim Konzept der ‚Ernährungssouveränität‘, das seit 1996 von der weltweiten KleinbäuerInnenbewegung ‚La Vía Campesina‘ mit Sitz in Jakarta forciert wird, geht es um das Recht der Menschen, die Art und Weise der Produktion, des Konsums, sowie der Verteilung von Lebensmitteln selbst zu bestimmen (vgl. La Vía Campesina 2013).

Auch der jüngste Weltagrarbericht (vgl. 2008) teilt die Forderungen der KleinbäuerInnenbewegung. So kam dieser zum Ergebnis, dass die industrielle Landwirtschaft, unter anderem wegen ihres enormen Ressourcenverbrauchs und ihrer Dependenz von fossilen Rohstoffen, nicht im Stande ist, die Weltbevölkerung zu ernähren (vgl. Müller 2012b). Der Bericht fordert demzufolge vor allem die Ausdehnung der ökologischen Landwirtschaft und die Förderung von KleinbäuerInnen.

Das Konzept der Ernährungssouveränität gründet somit auf dem Recht auf leistbare und gesunde sowie ökologisch nachhaltig und sozial gerecht produzierte Nahrung für alle Menschen.

Urbane Gemeinschaftsgartenprojekte bieten die Möglichkeit einer vom Markt unabhängigen Subsistenzproduktion und können in diesem Zusammenhang einen Beitrag zur städtischen Ernährungssouveränität leisten.

Die globale Bewegung des Urban Gardening wird demgemäß von ExpertInnen (vgl. Meyer-Renschhausen 2012, Müller 2012b) als eine demonstrative ‚Ernährungsreform von unten‘ angesehen.

1.2 Forschungsziel und Forschungsfrage

Die Urban Gardening Bewegung entwickelte sich als aufkommende, urbane soziale Bewegung aus diversen Anlässen in verschiedenen städtischen Situationen und gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen (vgl. Pickvance 2003, Mayer 2008, Bertram 2013).

Wie diese AutorInnen (a.a.O.) hinweisen, ist in der urbanen Anthropologie immer noch viel zu wenig über die diversen urbanen sozialen Bewegungen sowie auch über die heterogene Zusammensetzung der Initiativen und Netzwerke innerhalb dieser Bewegungen bekannt. Aus diesem Grund soll mit der folgenden Arbeit ein Beitrag zur Erforschung dieses städtischen Phänomens geleistet werden.

Das Ziel ist es, die Entwicklungen und die Dynamiken gegenwärtiger Urban Gardening Initiativen in der Stadt Wien, in Bezug auf städtische Ernährungssouveränität sowie deren Platz in aktuellen Nachhaltigkeitsdiskursen, zu erforschen. Ansätze subsistenzorientierter Konzepte von Nachhaltigkeit sowie Praktiken des ‚Do-it-Yourself‘ sollen hierfür diskutiert werden.

Mit der folgenden Masterarbeit soll untersucht werden, ob sich die AkteurInnen der Urban Gardening Bewegung in Wien als Teil der globalen KleinbäuerInnenbewegung sehen und die Abkehr der globalisierten Nahrungsmittelproduktion fordern.

Zur Erreichung dieser Ziele sollen nicht nur gegenwärtige Diskussionen unter Einbeziehung theoretischer Aspekte, sondern auch eine empirische Forschung durchgeführt werden.

Ziel dieser Forschungsarbeit ist es herauszufinden, ob die Bewegung aufgrund der weltweit zunehmenden Urbanisierung sowie den damit einhergehenden Ressourcenkrisen, für postfossile Modelle von ‚Wohlstand‘ (vgl. Müller 2012b, Paech

2012) eintritt. Diese Modelle fokussieren nicht länger auf ökonomisches Wachstum, sondern auf die zukunftsfähige Entwicklung von Städten.

Hierfür soll das Konzept der Ernährungssouveränität und dessen Bedeutung für Wiener GemeinschaftsgärtnerInnen erforscht, sowie die lokale Selbstversorgung als wichtiger Aspekt nachhaltiger urbaner Entwicklung, behandelt werden.

Im Rahmen der Auseinandersetzung mit diesem Thema hat sich die Forschungsfrage ergeben, *„inwieweit die Forderung nach Ernährungssouveränität eine Rolle bei der gegenwärtigen Urban Gardening Bewegung in Wien spielt.“*

In der vorliegenden Masterarbeit beschäftige ich mich demnach besonders mit folgenden grundlegenden Fragen:

- *In welchem Zusammenhang steht der Urbanismus des ‚Do-it-Yourself‘ mit der gegenwärtigen Urban Gardening Bewegung?*
- *Inwieweit liegt die Sensibilisierung der StadtbewohnerInnen für eine nachhaltige urbane Entwicklung im Interesse der AkteurInnen?*
- *Welche Bedeutung hat dabei die Subsistenzwirtschaft für die StadtgärtnerInnen?*

1.3 Strukturierung der Arbeit

Nachdem die Forschungsziele und die Forschungsfrage als Grundlage der Forschung in **Kapitel 1** offen gelegt wurden, sollen diese in einen aktuellen wissenschaftlichen Diskurs eingebettet werden.

Um eine Verbindung mit den derzeitigen Entwicklungen der Urban Gardening Bewegungen in Städten herzustellen, beschäftigt sich **Kapitel 2** mit der Entstehung der Urban Gardening Bewegungen im globalen Kontext sowie mit deren unterschiedlichen Beweggründen und Formen.

Die Gartenbewegungen werden im ersten Teil dieses Kapitels als ‚urbane soziale Bewegungen‘ betrachtet, die sich zum Ziel setzen, neoliberale Denkmuster aufzudecken, sowie die neoliberale Strukturierung des städtischen Raumes anzufechten.

Da besonders die globale Nahrungsmittel- und Ressourcenkrise zur Bildung gegenwärtiger urbaner sozialer Bewegungen beitrug, beschäftigt sich der zentrale Teil dieses Kapitels mit dem Zusammenhang zwischen der globalen Krise und der Entstehung von ‚Grassroot‘ wie auch ‚Do-it-Yourself‘ Bewegungen. Denn als eine von mehreren gegenwärtigen populären ‚Kulturen des Selbermachens‘ gehört das Phänomen des Urban Gardening in den Zusammenhang der ‚Do-it-Yourself‘ Bewegung, einer gesellschaftlichen Initiative, die sich aus der Basis der Bevölkerung manifestiert und der Ausübung ressourcenschonender, subsistenzorientierter Praktiken nachgeht.

Da eine meiner Thesen auf der potentiellen Verbindung zwischen Urban Gardening und der zukunftsfähigen Stadtentwicklung aufbaut, werden im darauffolgenden Abschnitt die Bewegungen in den Kontext einer nachhaltigen ‚Stadtentwicklung von unten‘ verortet und die Entstehung dieser dargestellt.

Im Mittelpunkt dabei stehen gegenwärtige Diskussionen über ‚Postwachstumsökonomien‘, in denen nicht länger das ökonomische Wachstum im Mittelpunkt steht, sondern das Konzept der nachhaltigen Entwicklung.

Hierbei befasse ich mich besonders mit der, im letzten Abschnitt von Kapitel 2 veranschaulichten, urbanen Subsistenzwirtschaft als wesentlichen Bestandteil nachhaltiger urbaner Entwicklung.

Stadt und Ernährungssouveränität, also die souveräne Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln, werden als Abschluss des allgemeinen theoretischen Teils der Masterarbeit in Bezug zueinander gebracht und es wird diskutiert, inwiefern ‚Ernährungssouveränität‘ mit dem ‚Recht auf Stadt‘ kongruiert.

In **Kapitel 3** wird die Methodik der empirischen Datenerhebung dargestellt. So werden im ersten Abschnitt die Wahl der Forschungsmethoden und der Forschungsstil begründet.

Dabei fiel die Wahl, aufgrund des Erkenntnisinteresses, wie es in der Forschungsfrage formuliert wird, auf die Durchführung qualitativer Forschungsmethoden, um Strukturen und komplexe Zusammenhänge des Phänomens der Urban Gardening Bewegung in Wien zu erfassen.

Die Untersuchung wurde dabei im Stil einer ethnologischen Feldforschung durchgeführt und somit wurden die Forschungsdaten im Feld selbst erhoben.

Im letzten Teil von Kapitel 3 wird das Forschungsfeld vorgestellt und die Forschungsmethoden, die im Zuge der Forschung eingesetzt wurden, offen gelegt. Über einen längeren Zeitraum wurden dabei teilnehmende Beobachtungen in Gemeinschaftsgärten in Wien und qualitative leitfadenunterstützte Interviews mit AkteurInnen der Urban Gardening Bewegung in Wien durchgeführt.

Die kommentierte Auswertung der Forschungsdaten erfolgt in **Kapitel 4**.

Zunächst wird die Aufbereitung des Forschungsmaterials, das aus den Interview- und Gesprächstranskripten und den Feldnotizen besteht, erklärt. Nachdem das Material festgelegt wurde, werden in einem nächsten Schritt die InterviewpartnerInnen tabellarisch aufgelistet und die Interviewsituation charakterisiert.

Nach Beschreibung der vorhandenen Daten wird die Analyse dieser, im Hinblick auf den Forschungsgegenstand, also auf die Bedeutung von Ernährungssouveränität für gegenwärtige Urban Gardening Bewegungen in Wien, gerichtet. Das als wesentlich erachtete Material wird in einem weiteren Schritt inhaltsanalytisch reduziert. Dabei werden die von den InterviewpartnerInnen häufig thematisierten Aspekte in Kategorien zusammengefasst. Die gebildeten Kategorien stellen zugleich gewisse Ergebnisse der Forschung dar.

Im letzten Teil von Kapitel 4 erfolgt die zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse der empirischen Untersuchung. Die gewonnen Erkenntnisse über gegenwärtige Urban Gardening Initiativen in Wien werden interpretiert und mit dem in Kapitel 2 erörtertem theoretischen Kontext in Verbindung gesetzt. Durch diese Gegenüberstellung und Zusammenführung der Resultate soll die Forschungsfrage schließlich beantwortet werden.

In **Kapitel 5** wird das vorliegende Forschungshaben noch einmal kurz erläutert, sowie die wesentlichen Schritte zu Erreichung des Forschungsziels dargelegt. Abschließend erfolgt die Schlussbetrachtung der Ergebnisse der empirischen Erhebung und ein Ausblick über die zukünftige Entwicklung der gegenwärtigen Urban Gardening Bewegung – besonders hinsichtlich ihres Potentials der Erschaffung zukunftsfähiger Freiräume für die städtische Gesellschaft.

2. Allgemeiner und theoretischer Kontext

Im folgenden Kapitel werden die Diskussion zu den sozialen Bewegungen in den Städten, zu dem Konzept der Nachhaltigen Stadtentwicklung und zu den Voraussetzungen urbaner Subsistenzwirtschaft in einer Postwachstumsgesellschaft vorgestellt. Denn diese Themen stellen die allgemeinen und theoretischen Voraussetzungen zur Behandlung der Forschungsfrage dar.

All diese Aspekte spielen sowohl in der wissenschaftlichen Literatur wie auch in den politischen und sozialen Diskursen eine wesentliche Rolle in Zusammenhang mit dem Thema.

2.1 Die sozialen Bewegungen in den Städten

Die Urban Gardening Bewegung wird aufgrund der ihr zugrundeliegenden Motive, insbesondere der angestrebten Partizipation an der städtischen Entwicklung als wichtige Form urbaner Bewegung betrachtet.

Urbane Bewegungen werden in der Literatur als soziale Bewegungen angesehen, die Kontrolle über den urbanen Raum zu erlangen versuchen. Dem Soziologen Hans Pruijt zufolge (2007: 5115) umfasst dieser „(...) the built environment, the social fabric of the city, and the local political process“.

Die Politologin sowie Stadtplanerin Susan Fainstein und der Sozialwissenschaftler Norman Fainstein (1985: 189) sehen urbane soziale Bewegungen als „a type of social movement rooted in collectivities with a communal base and/or with the local state as their target of action“.

Susan Fainstein (2011: 175) definiert urbane soziale Bewegungen als „non-state actors“, als Schnittstellen, die zwischen der Stadt, dem Staat und der Zivilgesellschaft vermitteln. Sie betrachtet sie als auf Vertrauen basierende Netzwerke die, „(...) usually but not always based in geographically defined communities, perceive themselves as engaged in resistance to injustice“ (a.a.O.).

Urban soziale Bewegungen sind also im städtischen Umfeld infrastrukturell verankert und nehmen die Stadt als strategisches Aktionsfeld wahr, in welchem sie als kollektive AkteurInnen in den Prozess des sozio-politischen Wandels der Stadt eingreifen und an Entscheidungsprozessen partizipieren wollen.

Der Begriff der ‚urbanen sozialen Bewegungen‘ (urban social movements) wurde erstmals von dem Pariser Stadtsoziologen Manuel Castells Anfang der 1970er Jahre verwendet.

Städte waren im 20. Jahrhundert Orte staatlicher Regulierungen, denn hier wurden die Rahmenbedingungen der industriellen Produktion gelegt (vgl. Holm 2013). Castells schrieb den Städten deshalb, als Orte der „kollektiven Konsumtion“ (Castells 1977), eine autonome Funktion innerhalb der gesellschaftlichen Organisation zu. Die Besonderheit des ‚Urbanen‘ lag dem Soziologen zufolge in dessen Funktion der Versorgung mit vom Markt nicht zu leistender Ressourcen. Castells stellte die Behauptung auf, dass bestimmte Bereiche großstädtischer Infrastrukturen, wie beispielweise Systeme der Wasserversorgung oder des öffentlichen Verkehrs, von einzelnen AkteurInnen des Marktes nicht effizient betrieben werden können und diese deshalb als gemeinschaftliche Angelegenheiten anzusehen seien (vgl. a.a.O.). Diese als ‚kollektive Konsumtion‘ bezeichneten Reproduktionsfunktionen werden deshalb, so die Annahme, im Kontext eines räumlich begrenzten Systems von der Gesellschaft organisiert und bereitgestellt (vgl. Bertram 2013).

In der heutigen Beforschung urbaner sozialer Bewegungen, fast 40 Jahre nach Castells, ist im Detail immer noch relativ wenig über die verschiedenen sozialen Bewegungen bekannt, wie auch über die Zusammensetzung der Netzwerke innerhalb dieser Bewegungen (vgl. Pickvance 2003, Mayer 2008).

Wie die Politikwissenschaftlerin Margit Mayer (2013: 162) feststellt, besitzen schon die verschiedenen Personengruppen, die sich städtischen Bewegungen anschließen, „höchst unterschiedliche strategische Positionen innerhalb der neoliberalen Stadt“. Und tatsächlich gilt es „diese Unterschiede (...) zu erkennen und zu verstehen (...) wenn wir verschiedenen Kräfte bündeln und wechselseitige Synergien nutzen wollen (a.a.O.).“

Mayer zufolge (vgl. a.a.O.) ist es also erforderlich, die Ressourcen und Fähigkeiten des jeweiligen Engagements zu untersuchen und einen genaueren Blick auf die unterschiedlichen Arten der Bewegungen sowie auf die Entstehung dieser zu werfen.

Denn die Bewegungen können sowohl als eine bestimmte Form von Netzwerken angesehen werden, als auch als Form politischer Auseinandersetzung, die durch Protest Partizipation an der städtischen Entwicklung anstrebt.

2.1.1 Die ‚Neoliberalisierung‘ der Städte

Von Bedeutung für die Entstehung der Urban Gardening Bewegung im globalen Kontext sind die neoliberalen Entwicklungen in den Städten, da vielfach davon ausgegangen wird, dass Städte besondere Orte der zunehmenden Neoliberalisierung sind und gerade hier wichtige Gegenkräfte gebildet werden.

So spielten urbane soziale Bewegungen vor allem während der Neoliberalisierung der Städte in den 1970er Jahren eine wesentliche Rolle. Sie setzten es sich zum Ziel, neoliberalen Denkmustern wie auch der zunehmenden Neoliberalisierung des städtischen Raumes entgegenzutreten.

Diese Neoliberalisierung des städtischen Raumes zeichnete sich primär durch den Verkauf städtischer Infrastruktur und die Auslagerung öffentlicher Dienstleistungen an private AnbieterInnen, sowie durch eine Umwandlung öffentlicher Güter zu kommerziell nutzbaren Waren, aus. Vor allem öffentlich-urbane Räume waren davon betroffen, die zunehmend der Logik der Profitmaximierung und des Konsum(zwang)s untergeordnet wurden. (Vgl. Mullis 2011: 21).

Im Allgemeinen wird die These vertreten, dass der Neoliberalismus ein Prozess ist, „der marktorientierte Lösungen bevorzugt, die Kommodifizierung möglichst aller Lebensbereiche anstrebt und oftmals spekulative Finanzinstrumente zur Öffnung neuer Bereiche zur Profitgenerierung mobilisiert“ (a.a.O.: 14).

Ein wesentlicher Punkt hierbei ist die Herstellung von Kongruenz zwischen den politischen Interessen des Staates und den ökonomischen Interessen der Privatwirtschaft (vgl. a.a.O.). Demzufolge steht im neoliberalen System die Freiheit

des Individuums vor staatlicher Bevormundung im Mittelpunkt (vgl. Berndt 2014: 233). Eine Freiheit die vorwiegend von marktwirtschaftlicher und von privatwirtschaftlicher Initiative getragen wird (vgl. a.a.O.)

Im Gegensatz zum Liberalismus also, bei welchem der Staat den Markt sozusagen reguliert, soll im Neoliberalismus die freie Marktwirtschaft die gesamte Gesellschaft formen. Eine Politik des Neoliberalismus lehnt somit staatliche Eingriffe in die Ökonomie ab bzw. beschränkt sie auf Minimum, um das Marktgeschehen dem freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte zu überlassen. Denn dies hat –so der Annahme der VertreterInnen des Neoliberalismus nach –eine schnelle wirtschaftliche Entwicklung zur Folge.

Im Allgemeinen wird die Durchsetzung neoliberaler Politikmuster, wie die oben aufgezeigten, in zwei Etappen, nämlich in den ‚roll back neoliberalism‘ und in den ‚roll out neoliberalism‘ eingeteilt (vgl. Peck/Tickell 2002).

Die Ökonomisierung der Stadtpolitik in den 1970er Jahren, die mit einem Rückbau des Wohlfahrtsstaates einherging und vor allem die Privatisierung öffentlicher Ressourcen wie auch Institutionen bedeutete, kann dabei als Charakteristikum der ‚roll back‘ – Phase angesehen werden. Als sich in den 1990er Jahren negative Konsequenzen zunehmend bemerkbar machten, kam es zu einem weiteren Bruch hin zum ‚roll out-neoliberalism‘ und somit zu einer Ausdehnung proaktiver neoliberaler Praktiken auf allen räumlichen Ebenen und gesellschaftlichen Kontexten. Diese sind durch die Entwicklung und Durchsetzung neuer Regulationsmodelle zur Krisenregulierung gekennzeichnet. (Vgl. a.a.O.)

Da Städte innerhalb der „fordistisch-keynesianischen Produktionssysteme“ (Mayer 2013: 157) einen zentralen Stellenwert einnahmen, wurden sie zum Mittelpunkt der oben genannten neoliberalen ‚rollback-Strategien‘ und ‚rollout-Strategien‘. In diesen politischen Prozessen steht der städtische Raum als Ort der sozialen Wechselbeziehungen im Zentrum gesellschaftlicher Konfrontationen und ist somit der zentrale Ort der Entwicklung und Modifikation des neoliberalen Projektes (vgl. Mayer 2008, Brenner/Peck/Theodore 2010, Mullis 2011).

Viele AutorInnen, so zum Beispiel auch Mayer (vgl. 2013: 159) meinen, dass das Ziel des neoliberalen Urbanismus seit jeher ist, den städtischen Raum für (uneingeschränktes) Wachstum zu mobilisieren. So weist auch sie darauf hin, dass Privatisierungsprozesse im öffentlichen Sektor, wie schon erwähnt, dadurch intensiviert werden, indem soziale Einrichtungen neu strukturiert werden und der Zugang zum öffentlichen Raum zunehmend beschränkt wird (vgl. a.a.O.) Diese Formen der ökonomischen Ausbeutung des urbanen Raumes nehmen dem Soziologen Christian Schmid zufolge, ausgedehnte Bereiche ein und machen das urbane Leben immer mehr zur ‚Konsumware‘ (vgl. Schmid 2012: 45). So werden den AutorInnen zufolge (Mayer 2013: 15) „Inzwischen ganze Stadtzentren – von Paris, Manhattan, London bis Hong Kong oder Singapur – zu exklusiven ‚Zitadellen der Eliten‘.“

Dementsprechend wächst die Kluft zwischen ökonomisch wachsenden und schrumpfenden Städten. Dies ist schließlich eine weitere Eigenschaft der neoliberalen Stadt: „Städte mit Marktpositionen gedeihen (...), während verarmte und verarmende Kommunen große Schwierigkeiten haben, ökonomisches Wachstum zu fördern“ (a.a.O.: 160).

Der Neoliberalismus bringt, gemäß den AutorInnen, die in den letzten Absätzen zitiert wurden, den „privaten Wirtschaftssektor, Privatbesitz und die damit verbundenen kulturellen Werte in eine gesellschaftlich dominante Position“ (Juego/Schmidt 2012). VertreterInnen des Neoliberalismus stellen das demokratische Prinzip von gemeinsamer Erfahrung und kollektivem Wissen infrage, also dem Grundgedanken, wonach „Regierungen und Institutionen den Menschen und nicht Profiten verpflichtet sind und, dass das Wohlergehen von Gesellschaften über jenes der Märkte zu stellen ist“ (a.a.O.).

Der Humangeograf und Sozialtheoretiker David Harvey sieht in urbanen sozialen Bewegungen eine der stärksten Gegenkräfte der neoliberalen kapitalistischen Wirtschaftsweise, da es vor allem die StadtbewohnerInnen sind, die die Folgen der gegenwärtigen Wirtschafts- und Ressourcenkrise deutlich zu spüren bekommen (vgl. Becker 2012). So sind es global gesehen, vor allem die städtischen Unterschichten, die am meisten unter dem Sozialabbau und dem Verlust städtischer infrastruktureller Ressourcen aufgrund von Privatisierung leiden.

2.1.2. Merkmale der Ernährungs- und Ressourcenkrise

2.1.2.1 Allgemeine Darstellung

Im Zusammenhang mit dem wachsenden Interesse am urbanen Gärtnern und damit an der innerstädtischen Produktion lokaler Lebensmittel, steht ein weiteres Thema, nämlich die globale Ernährungs- und Ressourcenkrise im Mittelpunkt dieser Arbeit.

Im neoliberalen Diskurs spielt die Mobilisierung von Wachstum als Indikator für einen zunehmenden Fortschritt eine wichtige Rolle und in der Vorstellung des Fortschritts befinden sich sogenannte ‚Konsumgesellschaften‘ am Ende einer erwünschten Entwicklung im Sinne idealer Gesellschaften.

Der Wachstumstheoretiker Rostow (vgl. 1960) sagte bereits vor über 50 Jahren voraus, dass die sogenannten ‚industrialisierten‘ Länder eine Phase der ‚Reife‘ erreichen würden. Dieses Stadium sei Rostow zufolge (vgl. a.a.O.) durch die hohe Sättigung der Bedürfnisse der sogenannten ‚Konsumgesellschaften‘ gekennzeichnet.

Nun sind diese modernen ‚Konsumgesellschaften‘ nur aufgrund der unbegrenzten und kostenminimalen Verfügbarkeit fossiler Energieträger möglich (vgl. Paech 2012: 89f). Und wie der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Martin Held (vgl. 2012: 293) in diesem Zusammenhang hinweist, stehen ausreichende, günstig verfügbare fossile Energieressourcen nicht länger der ständig steigenden Nachfrage zur Verfügung. Darüber hinaus meint er, dass „sobald der erste große fossile Energieträger sein Fördermaximum erreicht hat, ist die bisherige Geschäftsgrundlage des Wirtschaftens unter Voraussetzung der bisherigen Politik nicht mehr gegeben (a.a.O.).“

Viele AutorInnen (vgl. Heisteringer 2012, Lemke 2012, Müller 2012, Paech 2012) weisen im gegenwärtigen Diskurs über fossile Brennstoffe daraufhin, dass die fossilen Ressourcen in der nahen Zukunft erschöpft sein werden und nur ein Verzicht dieser, wie auch ein Umstieg auf erneuerbare Energien, einen Ausweg aus dem Dilemma darstellen. Hierbei stellt sich die Frage, ob dies aufgrund der immer

steigenden Bevölkerungsanzahl überhaupt realistisch ist, da die Industrienationen von fossilen Rohstoffen fast gänzlich abhängig sind.

ExpertInnen (vgl. a.a.O.) gehen vor diesem Hintergrund davon aus, dass wir uns aufgrund der zunehmenden Kluft zwischen Ressourcennachfrage und –angebot, in einer sogenannten ‚globalen Nahrungs- und Ressourcenkrise‘ befinden.

Das Grundargument dabei lautet, dass aufgrund des klimabedingten Rückgangs von Agrarflächen und der nahenden Erschöpfung fossiler Brennstoffe, Kapitalinvestitionen und Produktivitätssteigerungen unerlässlich werden, um sicherzustellen, dass der Bedarf an Lebensmitteln gedeckt werden kann (vgl. Paech 2012: 89f). Es ist also davon auszugehen, dass die günstige Herstellung von Nahrungsmitteln in voraussehbarer Zeit zu Ende sein wird. Denn nicht nur die Transportkosten werden durch die Ölverknappung steigen, die industrialisierte Landwirtschaft ist ohne Erdölprodukte, wie beispielsweise Pestiziden, nicht vorstellbar (vgl. Müller 2012).

So wird ersichtlich, dass die Abhängigkeit der Landwirtschaft von fossilen Brennstoffen drastisch verringert werden sollte.

Auf europäischer Ebene stellen allerdings, der Initiative Europa zufolge (vgl. 2013), die bisherigen Versuche einer Politik zur Bekämpfung der aktuellen ökonomischen sowie ökologischen Krise eine Verschärfung der neoliberalen Politik dar.

So wird die Nahrungs- und Ressourcenkrise beispielweise durch eine ‚Finanzialisierung der Natur‘ bearbeitet (vgl. a.a.O.). Die Natur wird hierbei in ein Finanzinstrument verwandelt, mit dem Ziel den flexiblen Handel zu erleichtern (vgl. Tricarico/Löschmann 2012). Dabei werden immer mehr natürliche Ressourcen nicht nur angeeignet und mit einem sogenannten ‚Preisschild‘ versehen, sondern dienen auch als Anlage für die Finanzmärkte (vgl. a.a.O.).

Die InitiatorInnen der Plattform ‚Europa 2013‘ (vgl. 2013) kritisieren diese gegenwärtige Krisenpolitik, da dies – ihrer Annahme nach – ein massiver Angriff auf die globale und lokale Umwelt sei. Denn die vermeintlichen Lösungsansätze bewirken, dass vermehrt „(...) wilder Landkauf zu spekulativen Zwecken, die kapitalintensive Erschließung von ‚unkonventionellen‘ Gas und Öl (...)“ (a.a.O.),

stattfinden wird. Demnach alles andere als eine Lösung der ökologischen Krise. Es wird ersichtlich, dass von den regierenden Staatsoberhäuptern die Entwicklung einer ressourcenschonenden, gerechten und zukunftsfähigen Wirtschaft nicht angestrebt wird (vgl. a.a.O.).

Zahlreiche Initiativen, wie beispielsweise urbane Gartenbewegungen, heben hinsichtlich dieses politischen Diskurses, die Notwendigkeit einer umfassenden Umgestaltung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hervor, um den Herausforderungen einer zukunftsfähigen Entwicklung zu genügen. Sie fordern eine Landwirtschaft sowie ein Nahrungsmittelsystem, das nicht mehr auf der Ressourcenausbeutung der Natur basiert.

Vor dem Hintergrund der Ernährungs- und Ressourcenkrise finden daher vor allem in Städten gesellschaftliche Transformationen hinsichtlich einer solidarischen, demokratischen und nachhaltigen Produktions- und Lebensweise statt.

2.1.2.2 Der ‚Do-it-Yourself‘ Urbanismus

Im Zusammenhang mit dem Diskurs über die sogenannte jüngste Phase der Neoliberalisierung der Stadt, engagieren sich der Umweltsoziologin Gill Seyfang zufolge (2008: 53) immer mehr Menschen in ‚Do-it-Yourself‘ bzw. ‚Grassroot‘ Projekten.

Unter ‚Do-it-Yourself‘ versteht man dabei „sustainable alternatives to mainstream eating, housing, and currency transactions“ (Seyfang 2008: 53).

Die ‚Do-it-Yourself‘-Bewegung entstand als sogenannte Subkultur Mitte des 20. Jahrhunderts (vgl. Held 2010). Die AnhängerInnen dieser Bewegung üben subsistenzorientierte Praktiken aus, sie produzieren also Güter bzw. Produkte und Nahrungsmittelmittel für den Eigenbedarf.

Der Begriff ‚Grassroot Movement‘ bezeichnet im Hinblick auf die Do-it-Yourself Bewegung eine gesellschaftspolitische Initiative, die aus der Basis der Bevölkerung entsteht (vgl. Voss 2010). Die deutsche Bezeichnung hierfür ist ‚Basisbewegung‘.

Viele AutorInnen haben über ‚Do-it-Yourself‘ bzw. Grassroot Bewegungen geschrieben, da viele Menschen davon ausgehen, dass die Marktökonomie unfähig ist, die Bevölkerung ausreichend zu versorgen (vgl. Seyfang 2008: 53). Aus diesem Grund versucht vor allem die städtische Bevölkerung alternative, nachhaltige Lebensstile auf Basis des ‚Do-it-Yourself‘ zu entwickeln.

Diese neuen Formen des ‚Do-it-Yourself‘ sind also eine Reaktion auf die Transformationsprozesse der westlichen ‚Konsumgesellschaften‘, in welchen die Befriedigung möglichst vieler Bedürfnisse nur durch Konsum und gegen Bezahlung möglich ist.

Als eine von mehreren gegenwärtig populären „Kulturen des Selbermachens“ (Lange 2012) gehört das Urban Gardening in den Zusammenhang dieser ‚Do-it-Yourself‘-Bewegung. Diese geht von einer neuen Generation sozialer stadtbezogener Initiativen aus und ist nach Meinung von Brenner, Marcuse und Mayer (vgl. 2012) mit der Neoliberalisierung der Städte verbunden und auf die globale Krise zurückzuführen.

Baier, Werner und Müller zufolge (vgl. 2013a: 10), liegt die Bedeutung von Praktiken des ‚Do-it-Yourself Urbanism‘ in der Umdefinierung und Aneignung urbanen öffentlichen Raumes. Denn es ist „important that democratic cities created through DIY urbanisms actually confront the city in which they have no proper part“ (Iveson 2013: 946).

So spricht auch der Geograf und Ethnologe Bastian Lange (vgl. 2012: 104) hier von ‚Kulturen des Selbermachens‘, gemeinschaftliche Ansätze und Mikropolitiken, bei denen pragmatisch Raum annektiert sowie umgestaltet wird.

Im Vordergrund dieser neuen Lebens- und Arbeitsformen steht, Lemke zufolge (vgl. 2012: 157), die Ausübung subsistenzorientierter Tätigkeiten, die auf nachhaltigen Eigenproduktionen wie auch auf der gemeinschaftlichen Nutzung der Erzeugnisse basieren. StadtbewohnerInnen wollen im physischen Sinne aktiv werden und ‚die Dinge selbst in die Hand nehmen‘, um selbst verändernd tätig zu sein (vgl. a.a.O.).

Die Trendforschung nennt diese Strömung in den Städten auch „Re-Grounding“, als Wunsch nach neuer Erdung, nach einer Wiederverwurzelung im sozialen Umfeld“ (Borgstedt 2012: 120). „Re-Grounding“ ist eine Strategie, um sich den dauerhaft unsicheren Verhältnissen in der Stadt anzupassen. Das Interesse an dem nahen Umfeld soll dabei nicht als Rückzug, sondern als Besinnung auf das Wesentliche verstanden werden. (Vgl. a.a.O.: 120f)

Auch in urbanen Gemeinschaftsgärten können neue Räume des ‚Do-it-Yourself‘ geschaffen werden. Die AkteurInnen der neuen Gartenbewegungen annektieren städtische Grünflächen, um gärtnerische subsistenzorientierte Tätigkeiten auszuüben. In Gemeinschaftsgärten können dabei Beispiele für die gemeinschaftliche Nutzung von Ressourcen sowie für die kollektive Verwertung der Erzeugnisse im Sinne des Do-it-Yourself Urbanismus entstehen.

2.1.2.3 Die Urban Gardening Bewegung

Die Entstehung der Urban Gardening Bewegung

Die Idee der urbanen Gemeinschaftsgärten kommt aus den Vereinigten Staaten von Amerika, wo seit etwa 40 Jahren in den Zentren der Städte Philadelphia, Detroit, Boston, Chicago und New York, Gemeinschaftsgärten betrieben werden (vgl. Meyer-Renschhausen 2012: 320).

Die StudentInnen- und BürgerInnenrechtsbewegungen der 1968er Jahre, sowie die erste Ölkrise im Jahr 1973, die einer Wirtschaftskrise gefolgt war, hatten eine städtische Umgebung erzeugt, die aus müllübersäten, brachliegenden Flächen bestand, wobei diese damals aus Immobilienspekulationsgründen der Verwahrlosung überlassen worden waren. Somit gab es in den 1970er Jahren in New York mehr als 25.000 solcher Brachen, die zu Plätzen informeller Geschäfte, so auch Drogenhandel und Prostitution wurden. (Vgl. Krasny 2012a: 27)

1974 verwandelte eine Gruppe von StadtbewohnerInnen über Nacht eine Brache in einem armen New Yorker Viertel in einen Garten. Liz Christy, eine engagierte lokale Künstlerin ergriff dabei mit einer Gruppe gleichgesinnter AktivistInnen, den ‚Green

Guerillas', die Initiative und fing mit der Nutzung der Brachen der Lower East Side Mannhattans an. (Vgl. a.a.O.).

Der Stadtforscherin und Kulturtheoretikerin Elke Krasny zufolge (vgl. a.a.O.), war dies der Beginn der Community-Garden-Bewegung in New York.

Die ‚Bowery‘ war der offizielle Name dieses ersten Community Gardens. ‚De Bouwerij‘ bedeutet auf holländisch ‚Bauernhof‘, denn der Name sollte als Erinnerung an die Nutzung des Gebietes durch die kolonialen holländischen SiedlerInnen dienen (vgl. a.a.O.: 29).

Das Vorhaben der ‚Green Guerillas‘ fand ImitatorInnen in ganz Manhattan, in den anderen Stadtteilen von New York und in vielen Städten in den USA und in Europa (vgl. Temel 2008).

In den 1970er Jahren existierten laut dem Council on the Environment of New York City bereits 783 Community Gardens in der Stadt New York (vgl. Krasny 2012a: 29).

Die mittlerweile große Anzahl der Community Gardens an der Lower East Side werden von Nachbarschaftskommunen angeführt (vgl. a.a.O.).

Ziel dieser Gemeinschaften ist einerseits „Treffpunkte in der Nachbarschaft zu bieten, wo man sich erholen und Gemüse anbauen kann - und andererseits geht es darum, die Viertel für ihre Bewohner aufzuwerten, Müllablageplätze in grüne Oasen zu verwandeln“ (a.a.O.).

Die Formen von Urban Gardening

Aus den New Yorker Gemeinschaftsgärten der 1970er Jahre haben sich auch in anderen Teilen der Welt diverse Vorstellungen nicht-kommerzieller gemeinschaftlicher Gartenprojekte entwickelt. Im Folgenden wird die Typologie nach Jungblut (vgl. 2012) vorgestellt:

Der Überbegriff für gemeinschaftlich betriebene Gärten ist der des ‚**Community Gardens‘** (‚**Gemeinschaftsgartens‘**). Die Gärten sind zum Teil öffentlich zugänglich und werden auch von Schulen, Kindergärten, etc. besucht.

Der bekannteste Gemeinschaftsgarten in Europa befindet sich auf einer 6000 Quadratmeter großen Fläche am Moritzplatz in Berlin und trägt den Namen ‚Prinzessinnengarten‘ (vgl. Prinzessinnengärten). In dem klassischen

Gemeinschaftsgarten wird eine soziale und ökologische Landwirtschaft betrieben. Das Ziel der StadtgärtnerInnen ist es, einen Ort des Austauschs von Wissen über den regionalen und ökologischen Anbau von Nahrungsmitteln, wie auch über Fragen zu nachhaltigem Konsum und zum verantwortungsvollen Umgang mit städtischen Ressourcen zu schaffen (vgl. a.a.O.)

Auch in Städten des globalen Südens existiert nach Jungblut (vgl. 2012) das Phänomen des gemeinschaftlichen Gärtnerns schon lange.

In Slums an den Rändern von Megastädten ist der gemeinsame Anbau von Nahrungsmitteln eine nahe liegende ‚Überlebensstrategie‘. Die Gärten werden hauptsächlich in armen städtischen Gegenden zur Selbstversorgung der StadtbewohnerInnen geschaffen und können somit einen wichtigen Beitrag zur Nahrungssicherheit leisten.

In Buenos Aires gibt es mehr als 2000 Gemeinschaftsgärten und auch in südafrikanischen Townships sind landwirtschaftlich genutzte Flächen von geringer Größe ein weit verbreitetes Phänomen. Viele dieser Gärten entstanden durch Eigeninitiative, andere dagegen wurden von staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen oder von privaten Firmen initiiert. So unterstützt seit ein paar Jahren auch die Welthungerhilfe (DWHH) urbane Gartenprojekte in Kuba, Liberia und Nordkorea. (Vgl. a.a.O.)

Eine weitere Form urbaner Gärten, die man vorwiegend in europäischen Städten vorfindet sind **‚interkulturelle Gärten‘**. Dies sind „(...) Gemeinschaftsgärten, in denen Menschen verschiedener Herkunft Obst und Gemüse anbauen. Sie bieten Bildungsangebote, fördern einen internationalen Austausch, sind therapeutische Stätten und Zufluchtsorte“ (Jungblut 2012).

Bekannte interkulturelle Gärten im europäischen Raum sind beispielsweise die ‚internationalen Gärten‘ in Göttingen und der ‚Nachbarschaftsgarten Macondo‘ in Wien.

Die Siedlung ‚Macondo‘ liegt am Stadtrand von Wien und beherbergt zurzeit ca. 3500 Menschen mit Migrationshintergrund aus über 30 Nationen. Beim interkulturellen Garten in Wien soll ein interkultureller Austausch geschaffen werden und die Eigeninitiative und somit Verantwortung für das gemeinsame

Gebiet bei den unterschiedlichen Gruppen von BewohnerInnen angeregt werden.
(Vgl. Nachbarschaftsgarten Macondo)

Weiterhin ist das Phänomen des **‚Guerilla Gardening‘** zu erwähnen: „Als Form des politischen Protests sind die Guerilla-Gärtner kreativ und mit geringer Ausstattung unterwegs, um in das Stadtbild einzugreifen“ (Jungblut 2012). Die Guerilla GärtnerInnen pflanzen meist auf verwahrlosten Räumen der Stadt. So setzen sie beispielsweise Gemüsepflanzen vor einem öffentlichen Gebäude oder werfen Samen auf öffentliche Grünstreifen (vgl. a.a.O.). Samenbomben, wie sie die Green Guerillas warfen, lassen sich heute in einigen Internet-Shops bestellen, nach dem Motto: „Guerillagärtnerei leicht gemacht“ (Reynold 2008 zit. in Krasny 2012a: 31). Das Phänomen des Guerilla Gardening hat sich, von Großbritannien ausgehend, in den letzten Jahren in vielen Metropolen ausgebreitet. Als international bekannter Vertreter ist hier der Brite Richard Reynolds anzuführen, der neben seinen gärtnerischen Aktionen auch Publikationen zu diesem Thema verfasst hat. Aber der Begriff ‚Guerilla Gardeners‘ selbst, kommt von der, bereits im letzten Abschnitt erwähnten New Yorker KünstlerInnen- und AktivistInnenvereinigung ‚Green Guerillas‘. (Vgl. Jungblut 2012)

Das Phänomen des Urban Gardening lässt sich, wie man sieht, durch vielfältige Beweggründe der InitiatorInnen charakterisieren. Die Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln hat vor allem in der gegenwärtigen Ernährungs- und Ressourcenkrise eine neue Bedeutung erhalten. Die unterschiedlichen Formen von Urban Gardening sind das Ergebnis einer weltweiten urbanen sozialen Bewegung, die erstmals im globalen Süden als Form der ‚Überlebensproduktion‘ entstand und sich dann als modisches Phänomen über Amerika in die westlichen Industriestaaten ausdehnte. Dabei spielten unterschiedliche Faktoren eine Rolle. So reichen die Intentionen der GründerInnen vom Wunsch sich gesünder zu ernähren und einen Ort des Austausches von Wissen über urbane ökologische Landwirtschaft schaffen, bis hin zur Umgestaltung öffentlicher urbaner Brachen. Auffallend ist hierbei, dass eine Generation von StadtbewohnerInnen sich das Gärtnern kreativ aneignet und neue, dem Urbanen angepasste Formen der Landwirtschaft entwickelt. Flexibilität steht bei den GärtnerInnen dabei an

vorderster Stelle, denn die brauchen sie, wenn sie in dicht bebauten Gebieten, Raum für den Anbau von Gemüse nutzen möchten. So ist es interessant zu sehen, dass manche urbane Gärten auch mobil angelegt werden, wie beispielsweise mit Bäckerkisten, in Kübeln oder auch alten Badewannen.

Die urbanen Gärten werden also von Grassroot Initiativen erschaffen und sollen den StadtbewohnerInnen das Ausüben von ökologischer Landwirtschaft ermöglichen, sei aus dem Wunsch bzw. der Notwendigkeit sich selbst zu versorgen oder Alternativen zur Lebensmittelversorgung durch den Markt zu entwickeln. Damit können die städtischen Bewegungsgruppen durch die Ausübung ressourcenschonender, subsistenzorientierter Praktiken einen Beitrag zur ‚nachhaltigen Stadtentwicklung von unten‘ leisten.

2.2 Nachhaltige Stadtentwicklung und Urban Gardening

Der historische Kontext einer ‚Stadtentwicklung von unten‘, wie sie ab 1973 stattfand, war also für die Entwicklung der gemeinschaftlichen Gartenprojekte entscheidend.

Seit der Industrialisierung in Europa und den USA, gefolgt von den Ländern des globalen Südens, bis zur neoliberalen Stadt heute, kann die Geschichte der Stadtentwicklung als Ergebnis einer Abfolge von Krisen gesehen werden (vgl. Krasny 2012b). In diesen krisenhaften Situationen finden StadtbewohnerInnen der Literatur zufolge (vgl. Krasny 2012b, Baier/Müller/Werner 2013a), jedoch seit jeher Lösungen: Sie bilden soziale Netzwerke und ziehen durch Eigenleistung und Selbsthilfe ‚Do-it-Yourself‘ Projekte auf, um das städtische Umfeld aktiv mitzugestalten.

In diesen Zusammenhang lässt sich auch die Bewegung des Urban Gardening einordnen. Denn urbane Gemeinschaftsgärten im öffentlichen Raum sind dem Autor Detlef Müller zufolge (2013), „sanfte Stadtentwicklung von unten“. So wird die These vertreten, dass immer mehr StadtbewohnerInnen diese Gartenprojekte nutzen, um den urbanen Raum sozial gerechter und ökologisch nachhaltiger zu gestalten (vgl. Recht auf Stadt Kongress 2011).

Gemeinschaftliches Gärtnern im urbanen öffentlichen Raum wird also, so die Annahme, als Stadtentwicklung durch die StadtbewohnerInnen selbst betrachtet. Wie es dazu kam und welche sozialen, als auch ökologischen Auswirkungen die urbanen Gärten dabei auf die städtische Entwicklung haben, soll in den folgenden Abschnitten aufgezeigt werden.

2.2.1 Die ‚Stadtentwicklung von unten‘

2.2.1.1 Der Anfang der ‚Bewegung‘

Elke Krasny geht davon aus, dass die sogenannte Schrebergartenbewegung, die Ende des 19. Jahrhunderts während der Industrialisierung und der damit einhergehenden Modernisierung der Städte entstand, die erste Form der städtischen Selbstorganisation im europäischen Raum sei. (vgl. Krasny 2012a: 10).

Die Entwicklung der sogenannten ‚Schrebergärten‘ geht auf einen Schulverein in Leipzig zurück, der im Jahr 1865 aufgrund des raschen Anstiegs der Bevölkerungszahlen in den Städten und des damit einhergehenden Mangels an Wohn- und Freiraum eine als gemeinschaftlich zu nutzende Freifläche in der Nähe einiger deutscher Schulen in Leipzig schuf.

Dieser sogenannte ‚Schreberplatz‘ hatte zunächst die Funktion einer ‚Spielwiese‘ und sollte der Beschäftigung der SchülerInnen dienen. Der Ausdruck ‚Schreberplatz‘ geht indirekt auf den Leipziger Arzt Moritz Schreber zurück, der auf die Errichtung öffentlicher Turnplätze zur Förderung der Gesundheit der SchülerInnen insistierte. Erst ein Lehrer namens Heinrich Karl Gesell hatte die Idee, Gärten an diesem Platz anzulegen zur weiteren Beschäftigungsmöglichkeit für die SchülerInnen.

Mit der Zeit entwickelten sich die Gärten auch zu Zufluchtsorte der zugehörigen Familien. Sogenannte ‚Familienbeete‘ entstanden, die einige Jahre später parzelliert wurden und den Namen ‚Schrebergärten‘ erhielten. Die Gärten gingen in die Obhut der Eltern über und im Jahr 1869, als die Initiative bereits um die 100 Parzellen umfasste, wurde offiziell ein Verein gegründet, der den Namen ‚Schreber-Verein‘ trug. (Vgl. Krasny 2012, Stein 2000, Verk 1994)

Krasny geht von der Annahme aus, dass diese Form des Gärtnerischen die sogenannte ‚Stadtentwicklung von unten‘ sowie die Geschichte der Modernisierung der Stadt seit 1850, bis zur heutigen neoliberalen Stadt prägte (vgl. Krasny 2012a: 10f).

Die Gärten sollten der Stadtbevölkerung vor allem eine gesündere Ernährung ermöglichen und die Gartenanlagen wurden nach dem zweiten Weltkrieg sogar, meist illegal, zu kleinen Wohnhäusern erweitert. Diese Entwicklung zeigt, dass die AkteurInnen der sogenannten Schrebergartenbewegung erstmals ihr „Recht auf Grün“ (a.a.O.: 13) artikulierten und selbstbestimmt und informell zu Handeln begannen, da die Stadtverwaltung den Wohn- und Nahversorgungsraum, den sie benötigten, nicht zur Verfügung stellte.

Im Allgemeinen wird also die These vertreten (vgl. Krasny 2012a, Stein 2000), dass nicht nur die urbane Landwirtschaft als Überlebensstrategie in der Stadt von Bedeutung war, sondern auch die Zusammenarbeit unter den Mitgliedern der Bewegungen der Selbsthilfe. Die Beschaffung von Wohnraum und das Prinzip der gemeinschaftlichen Selbstversorgung durch urbane Gärten lieferten, nach der Annahme Krasnys (vgl. 2012a: 21), den Ausgangspunkt für die Aushandlung zwischen formeller und informeller Aneignung von urbanem öffentlichen Raum. Die Anhänger der Schrebergartenbewegung stellten die Besitzverhältnisse von städtischem Grund und Boden sowie die staatlich wie städtische Verwaltung, die zur Unterstützung als auch zur Vertreibung der StadtbewohnerInnen führen kann, in Frage und gründeten eigene Formen von Selbsthilfe, um den Raum- und Versorgungsmangel in der Stadt zu beheben (vgl. a.a.O.).

In Zusammenhang mit der Etablierung der sogenannten ‚Selbsthilfe‘ in den Städten, haben sich ab 1973 einige nationale, als auch internationale Gesetzgebungen mit den verschiedenen Formen städtischer Selbsthilfe beschäftigt. So sollte in diesem Kontext erwähnt werden, dass die zunehmenden Urbanisierungsprozesse vieler Städte Lateinamerikas und Asiens neue Formen supranationaler Förderprogramme einleiteten. Durch neue ‚Policies‘ der Weltbank, die 1973 eingeführt wurden, sowie die erste UN-Konferenz über Human Settlements, die später als HABITAT-Konferenz bekannt wurde und 1976 erstmals in Vancouver stattfand, wurden Fragen der

Versorgung der Wohnbevölkerung mit privatem und öffentlichem Freiraum, sowie der informellen Stadtentwicklung durch Selbsthilfe, zu supranationalen Angelegenheiten. (Vgl. a.a.O.: 24)

Bei der Vancouver Konferenz wurde das Recht auf Unterkünfte in der Deklaration verankert: „Adequate shelter and services are a basic human right (...)“ (UN Habitat). Des Weiteren sollte die organisierte Urbanisation angesteuert werden und „Minimum-Standards für die Entwicklung und Community-Partizipation“ (Krasny 2012a: 25) wurden in der Deklaration festgeschrieben.

Zwanzig Jahre später fand in Istanbul die zweite HABITAT Konferenz statt, die Krasny zufolge (vgl. a.a.O.) im Zeichen der zwischenzeitlich stark angestiegenen Urbanisierung stand. Ein Aktionsplan wurde erarbeitet, der deutlich die Verschiebungen der Maßnahmen der ersten HABITAT Konferenz widerspiegelte. So beinhaltete dieser, zwar wieder die adäquate und bedürfnisorientierte Unterkunft für die gesamte Weltbevölkerung, gleichzeitig wurde jedoch auch die Verschiebung in die „neoliberale ökonomischen Grundlagen der Weltordnung“ (a.a.O.) sichtbar, deren Auswirkungen heute die Bauwirtschaft durch eine sogenannte ‚Ökonomisierung‘ von Raum und der damit einhergehenden Vertreibung seiner BewohnerInnen bestimmt.

Für das Konzept der Stadtentwicklung von unten spielen zudem die Entwicklung in Puerto Rico in den 1950er Jahren eine Rolle.

Bereits im Jahre 1939 implementierte der Commonwealth of Puerto Rico eine Anzahl staatlich unterstützter Self-Help-Programme nicht nur in städtischen, sondern auch in ländlichen Gebieten. Diese Programme, die die Entwicklung der Stadt von unten, durch Selbsthilfe unterstützen sollten, wurden erstmals in Puerto Rico in den 1950er Jahren Teil der offiziellen Entwicklungsstrategie (vgl. a.a.O.). In diesem Rahmen war das sogenannte ‚Self-Help-Building‘ wichtig. Darunter versteht man den Bau von Siedlungen durch die StadtbewohnerInnen selbst. Der ökonomische Vorteil des ‚Self-Help-Building‘, das sind die relativ niedrigen Kosten für die Stadt, wenn die Stadterweiterung von unten durch Selbstorganisation vorangetrieben wird, wurden auch von John F.C. Turner erkannt. Er vertritt allerdings die Annahme, dass es nicht Puerto Rico, sondern Peru ist, das eine neue

Sicht auf die formelle und informelle Stadtentwicklung auslöste. Die sogenannten Squatter-Builders von Peru sahen die informellen Siedlungen nämlich nicht als Problem, sondern als zu unterstützende Lösung an. (Vgl. a.a.O.)

Turner war ein wichtiger Vertreter dieser Entwicklung, denn er wurde damit beauftragt, die in seinen Publikationen dargestellten Ideen für die UN HABITAT umzusetzen.

Er veröffentlichte kurz vor der Vancouver Konferenz im Jahr 1976 eine Publikation ‚Housing by People. Towards Autonomy in Building Environments‘ und war dadurch für die Entwicklungen der Richtlinien der Förderprogramme der Weltbank und für die Entwicklung von UN HABITAT verantwortlich. Ihm hatte man es zu verdanken, dass das Paradigma der Selbsthilfe auf supranationaler und nationaler Policyebene implementiert wurde (vgl. a.a.O.). Die positive Bewertung der Squatter-Builders von Peru war indessen Basis für die Unterstützung durch die internationalen Programme. (Vgl. a.a.O.: 26f)

Turners bedeutendes Argument in diesem Kontext betrifft allerdings nicht unbedingt nur die Frage der Selbsthilfe in der Entwicklung von Städten, sondern auch die Frage des „Rechts auf Kontrolle“ (a.a.O.: 27). Hinsichtlich dieser politischen Debatte verdient Lefèbvre Konzept des ‚Rechts auf Stadt‘ erläutert zu werden. Denn die StadtentwicklerInnen betreiben Selbsthilfe nicht nur als Form der Überlebensstrategie in der Stadt, sie fordern in diesem Kontext auch ein Recht auf städtischen Freiraum.

2.2.1.2 Das ‚Recht auf Stadt‘

Hinsichtlich der Debatte um die ‚Stadtentwicklung von unten‘, erlangte also das Konzept des ‚Rechts auf Stadt‘ zunehmend an Relevanz.

Der Leitspruch ‚Recht auf Stadt‘ wurde von dem französischen Philosophen Henry Lefèbvre entwickelt. Dieser veröffentlichte 1968 ein Buch mit dem Titel ‚Le droit à la ville‘ (The Right to the City bzw. Das Recht auf Stadt), welches beim World Urban Forum 2004 auf die Sphäre der Menschenrechte angewandt wurde (vgl. Brenner 2012: 29). Eine ‚World Charta of the Right to the City‘ wurde formuliert, deren

Strukturierung auf die, bereits im letzten Abschnitt erwähnte, HABITAT-Konferenz des Jahres 1976 in Vancouver zurückgeht (vgl. a.a.O.). Diese besagt: „The right to the City officially launches as a new alliance that unites our struggles for housing, health care, public space to fight neoliberalism and build an alternative for our cities“ (Right to the City).

Das ‚Recht auf Stadt‘ ist zugleich ein Slogan wie auch eine theoretisch komplexe und provokative Formulierung. Aber was bedeutet das ‚Recht auf Stadt‘? Über wessen Recht und über was für ein Recht sprechen wir? Auf welche Stadt bezieht sich unsere Rechtsforderung? Diese Fragen wurden von manchen AutorInnen wie z.B. Brenner (vgl. 2012: 29) gestellt.

Die Forderung nach einem ‚Recht auf Stadt‘ geht – wie bereits erwähnt – auf den französischen Soziologen Henri Lefèbvre zurück, der dieses Recht in den 1960er Jahren als ein ‚Recht auf den Nichtausschluss‘ von den Qualitäten und Leistungen der urbanisierten Gesellschaft bezeichnete.

In seinem Text ‚Le droit à la ville‘ von 1986 beschreibt Lèfebvre die industrialisierte Stadt, vor allem ihre sozio-ökonomische Segregation und die damit einhergehende Suburbanisierung. In diesem Zusammenhang stellt er die Forderung nach einem ‚Recht auf Stadt‘ als gemeinschaftliche Wiederaneignung des urbanen Raumes. (Vgl. Holm 2010)

Henry Lefèbvre popularisierte den Slogan und war eher provokant als vorsichtig in dessen Gebrauch. Lefèbvres Definition lautet wie folgt: „The right to the city is like a cry and a demand. This right slowly meanders through the surprising detours of nostalgia and tourism, the return to the heart of the traditional city, and the call of existent or recently developed centralities“ (Lefèbvre 1967 zit. in Marcuse 2009: 189).

In Lefèbvres viel zitierter Feststellung spiegeln sich zwei Forderungen wider: Einerseits geht es um die Erfüllung lebensnotwendiger Bedürfnisse, wie die Wohnraumversorgung und den Zugang zu städtischen Ressourcen, wie bestimmten Infrastrukturen. Andererseits weist Lefèbvre auf eine besondere urbane Qualität hin, die bislang in der politischen Debatte nicht beachtet wurde.

Lefèbvre nennt zunächst das ‚Recht auf Zentralität‘ und das ‚Recht auf Differenz‘ als die wesentlichen Ebenen des ‚Rechts auf Stadt‘. Das ‚Recht auf Zentralität‘ steht dabei für den Zugang zu den Infrastrukturen der Stadt und das ‚Recht auf Differenz‘ bezeichnet den urbanen Raum, als Ort der kulturellen Vielfalt, des Austausches und des ‚Zusammenkommens‘. (Vgl. Holm 2010)

So bezeichnet die zweite Dimension des ‚Rechts auf Stadt‘ eine ‚besondere‘ Qualität des Städtischen. Diese urbane Qualität ist das, was das Leben in der Stadt charakterisiert, nämlich bauliche, soziale und kulturelle Heterogenität, sowie die Möglichkeit des Erprobens und des Realisierens alternativer Lebensweisen. (Vgl. Holm 2010)

Wenn Lefèbvre also auf das ‚Recht auf Stadt‘ appelliert, wird ein Recht auf Partizipation der StadtbewohnerInnen an den oben genannten ‚Qualitäten‘ der Stadt eingefordert, die zwar durch ihren Alltag den urbanen Raum mitproduzieren, oftmals aber von dessen ‚Qualitäten‘ ausgeschlossen sind.

So spiegelt die Geschichte der ‚Stadtentwicklung von unten‘ eine Abfolge von Krisen wieder, in der sich die BewohnerInnen selbst bzw. die an den Rand gedrängten Gruppen, den städtischen Raum wiederanzueignen versuchen und die Teilhabe an den ‚Qualitäten‘ der Stadt fordern.

Urban Gardening, wie auch andere Formen der sogenannten ‚Selbsthilfe‘ können als deren Exempel oder wie Krasny schreibt als „Handlungsstrategie par excellence“ (2012a: 14) gesehen werden.

Die StadtgärtnerInnen bilden soziale Netzwerke und ziehen durch Selbsthilfe, Gartenprojekte auf, um das städtische Umfeld sozial gerechter und ökologisch nachhaltiger mitzugestalten. Diese selbstorganisierten kollektiven Projekte haben dabei positive Auswirkungen auf den urbanen Raum, die bis heute noch nicht vollständig vorhersehbar sind: So können Stadtteile durch Urban Gardening an Lebensqualität gewinnen und die kollektiven Projekte können zudem den Zusammenhalt der Gemeinschaft und der Nachbarschaft im städtischen Raum stärken.

2.2.2 Nachhaltige Stadtentwicklung

Im gegenwärtigen Diskurs über die ‚nachhaltige Stadtentwicklung‘ wird den sozialen Bewegungen, wie auch der Urban Gardening Bewegung, die sich aus einer Abfolge von städtischen Krisen entwickelte und mittels Selbsthilfe eine Stadterweiterung von unten anstrebt, besonders große Aufmerksamkeit zuerkannt. Denn die ökologisch orientierte Neugestaltung der Stadt, und dies wird von einigen AutorInnen betont (vgl. Krasny 2012a, Vallance 2012), lässt sich nicht einfach von ‚oben nach unten‘, ohne die aktive Unterstützung der StadtbewohnerInnen durchführen. Wesentlich ist Krasny zufolge (2012a: 23) der „(...) Einsatz vieler Stunden unbezahlter und bezahlter Arbeit, einer Ökonomie der Mittel, die auf Wiederverwertung und Sparsamkeit setzt, Improvisation und Solidarität im Umgang mit Topografie, Ressourcen und zwischenmenschlichen Beziehungen (...)“.

Hierbei gewinnt der urbane Gartenbau aufgrund der Zunahme des städtischen Bevölkerungswachstums, bei gleichzeitiger Reduktion landwirtschaftlicher Anbaufläche als Folge neoliberaler Privatisierungsprozesse, an großer Bedeutung. Im Folgenden soll untersucht werden, ob die verschiedenen Formen von Urban Gardening, die die Entwicklung der Stadt von unten vorantreiben können, den Anforderungen einer ‚nachhaltigen Entwicklung‘ entsprechen können.

2.2.2.1 Der Nachhaltigkeitsbegriff

‚Nachhaltige Entwicklung‘ ist ein Konzept, dem seit der im Jahr 1972 veröffentlichten Studie ‚Grenzen des Wachstums‘ des sogenannten ‚Club of Rome‘ viel Beachtung in der Literatur geschenkt wird.

Der ‚Club of Rome‘ ist eine nicht-kommerzielle Vereinigung von WissenschaftlerInnen aus den verschiedensten Disziplinen aus allen Regionen der Welt. Mit der im Jahr 1972 publizierte Studie, die erstmals die Wechselwirkungen zwischen Bevölkerungsdichte, Nahrungsmittel- und Energieressourcen, Umweltzerstörung und Landnutzung berücksichtigte, erlangte die Vereinigung weltweit große Beachtung. (Vgl. Club of Rome)

Der Grundsatz der Nachhaltigkeit wurde von dem Forstwissenschaftler Carlowitz im Jahre 1713 formuliert und lautet: ‚Schlage nur so viel Holz ein, wie nachwächst‘ (vgl. Schuster 2013: 13f). Die Leitidee einer ‚nachhaltigen Entwicklung‘ ist demnach die Orientierung der Bedürfnisse der gegenwärtigen wie auch der zukünftigen Generationen an den begrenzten Ressourcen und der begrenzten Belastbarkeit der Ökosysteme (vgl. Club of Rome).

Die Brundtland Kommission definiert nachhaltige Entwicklung als „meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs“ (Brundtland Kommission 1987).

Dem Stadtsoziologen Jens S. Dangschat zufolge (2002: 49), bedeutet das Ziel eine nachhaltige Entwicklung einzuleiten, gleichzeitig und gleichwertig „die Ziele des Umweltschutzes (Schutz der Ökosphäre), der ökonomischen Beständigkeit (stabile wirtschaftliche Entwicklung) und der sozialen Gerechtigkeit (gerechte Verteilung der Lebenschancen) anzustreben.“

Unter nachhaltiger Entwicklung versteht man also eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeit zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Demzufolge geht darum, dass die gegenwärtigen Generationen so handeln, dass die natürliche Lebensgrundlage und die wirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten für künftige Generationen nicht beeinträchtigt werden.

1992 wurden bei der UNO-Konferenz über „Umwelt und Entwicklung“ (vgl. Schuster 2013: 11) in Rio de Janeiro erstmals Grundsätze zum „(...) Schutz unseres Planeten und zur Zusammenarbeit im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung (...)“ (a.a.O.) von den teilnehmenden Staats- und Regierungschefs festgelegt. Die damals verfassten 27 Grundsätze waren in den vergangenen zwei Jahrzehnten Grundlage für ökologische, soziale und wirtschaftliche Initiativen (vgl. a.a.O.).

Mit dem Titel ‚The future we want‘ tagte die zweite Rio+20-Konferenz im Juni 2012. Die Abschlusserklärung der Konferenz beinhaltet zwar keine quantitativen und rechtlich bindenden Ziele, allerdings wurden in dem Dokument, aufbauend auf den 27 Grundsätzen der Rio Erklärung von 1992, wesentliche Ziele zusammengefasst, um eine nachhaltige Entwicklung weltweit zu erzielen. Zusätzlich zu den drei

Dimensionen der Nachhaltigkeit, nämlich der ökologischen Nachhaltigkeit, der ökonomischen Nachhaltigkeit und der sozialen Nachhaltigkeit, wurden die Millenniumsziele der UNO zur Überwindung von Armut, Hunger, Krankheiten und Ausbeutung, in die Nachhaltigkeitsziele der Rio+20-Konferenz im Jahr 2012 aufgenommen. Die Abschlusserklärung ist zudem das erste Dokument der Weltgemeinschaft, in der das Leitbild der Nachhaltigkeit zur Gänze beschrieben wird und die zugleich ausdrücklich an Großstädte appelliert, für eine nachhaltige Entwicklung zu sorgen. (Vgl. a.a.O.: 11f)

Denn glaubt man NaturwissenschaftlerInnen (vgl. Baccini/Kytzia/Oswald 2002: 17f), so stellen urbane Siedlungen in den kommenden Jahrzehnten die weltweit größten Ansprüche an die Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen.

In Städten treffen soziale, ökologische und ökonomische Probleme unmittelbar aufeinander. Die Güterproduktion, Verkehrsleistungen, sowie ihre Umweltfolgen konzentrieren sich in den Städten und belasten Luft, Wasser und Boden. Städtische Abfälle aus Haushalt und Produktion überschwemmen das Umland und sind ein zentrales Problem von Ballungsräumen. Ressourcenvernichtende und umweltbelastende Lebensstile und Wirtschaftsformen schädigen die lokale Umwelt und steuern beträchtlich zu den globalen ökologischen Problemen, vor allem dem Klimawandel und seinen Folgen, bei. (Vgl. Knoll/Kreibich 1997: 9)

Aus diesem Grunde ist die nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung von Städten unerlässlich. So müssen, in Anbetracht der immer größeren Knappheit der Ressourcen und der Steigerung der Umweltbelastung, vor allem in Städten, Veränderungsprozesse vorgenommen werden. Die Stadt als Verdichtungsraum der Gesellschaft mit wachsender Bevölkerungstendenz wird somit der Fokus einer nachhaltigen Entwicklung sein (vgl. Kreibich 1997: 88f).

Genau wie die Soziologin Fischer-Kowalski (vgl. 2002: 25f), betonen Deelstra und Girardet (2000: 43) die Herausforderung, die die Verwandlung von Städten in selbstregulierende, nachhaltige Systeme mit sich bringt. Denn nachhaltig und zukunftsfähig kann eine Entwicklung nur sein, wenn deren soziale, ökologische und ökonomische Ziele gleichberechtigt umgesetzt werden.

2.2.2.2 Die Ebenen der nachhaltigen Entwicklung

Das Leitbild einer nachhaltigen, langfristigen sowie tragfähigen Entwicklung soll sich ExpertInnen zufolge (vgl. Schuster 2013, Spitzer 1997, Knoll/Kreibich 1997) an der Sicherung der Bedürfnisse der jetzigen Weltbevölkerung orientieren, ohne den zukünftigen Generationen die Möglichkeit zu nehmen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.

Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer – wie bereits erwähnten – sozialen, ökologischen und ökonomischen Balance. Im Allgemeinen wird die These vertreten, dass nachhaltige Entwicklung nur durch das gleichzeitige und gleichberechtigte Umsetzen von sozialen, umweltbezogenen und wirtschaftlichen Zielen erreicht werden kann. Nur so kann, der Annahme nach, das soziale, ökologische und ökonomische Leistungspotential einer Gesellschaft ausgeschöpft werden. (Vgl. Schuster 2013)

Das Konzept der Nachhaltigkeit basiert also auf drei Aspekten, die sich gegenseitig bedingen:

- Soziale Nachhaltigkeit

Für alle bestehenden und zukünftigen Mitglieder einer Gesellschaft sollte die Möglichkeit auf Verwirklichung gleichermaßen zur Verfügung stehen (vgl. a.a.O.: 14). Niemand darf gänzlich von der „(...) Teilhabe an existenzieller Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Erwerbsarbeit, politischer Partizipation, sozialen Beziehungen und gesunden Umweltbedingungen ausgeschlossen werden“ (a.a.O.).

Nach Schuster haben der Staat wie auch die Gesellschaft den Auftrag dafür zu sorgen, dass sich ungleiche soziale Bedingungen, denen eine Person oder eine Gruppen von Menschen ausgesetzt ist, nicht negativ auf deren Lebensentwicklung auswirken darf (vgl. a.a.O.).

- Ökologische Nachhaltigkeit

Ressourcen sollten – nach dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung – nur in dem Maße verbraucht werden, wie sie wieder nachwachsen können. Nichtregenerative Ressourcen dürfen nur in dem Maße genutzt werden, wie funktionsgleiche,

regenerierbare Ersatzstoffe entwickelt werden. Es dürfen nur so viele Schadstoffe ausgestoßen werden, wie die natürlichen Systeme absorbieren können. (Vgl. a.a.O.: 14f)

- **Ökonomische Nachhaltigkeit**

Ökonomische Entscheidungen müssen sich laut Schuster (vgl. a.a.O.: 15) an den Bedingungen der sozialen und ökologischen Prinzipien richten. Ökonomische Entwicklungen, die bei den heutigen oder zukünftigen Generationen zu einer ungleichen Verteilung von Verwirklichungsmöglichkeiten und zu einer Hinderung der Erfüllung von Grundbedürfnissen führen, sind der Annahme nach, nicht nachhaltig (vgl. a.a.O.).

In der aktuellen Nachhaltigkeitsdebatte wird die Gleichsetzung der drei Aspekte der Nachhaltigkeit allerdings auch kritisiert.

Die Rolle der Ökologie wird dabei als zu gering gewichtet, da die Umwelt, Luks zufolge (2001: 11) die Basis jeder gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung sei. Die ökologische Ebene müsste also, nach der Meinung von ExpertInnen (vgl. Luks 2001, Schuster 2013), im Mittelpunkt stehen, da die sozioökonomischen Ziele auf die Umweltnutzung angewiesen sind.

Sowohl die soziale als auch die ökonomische Dimension ist also abhängig von der natürlichen Umgebung, während diese keine der beiden anderen Ebenen bedingt.

2.2.2.3 Die Wege zur nachhaltigen Entwicklung

Hartwig Spitzer meinte als Naturwissenschaftler (vgl. 1997: 66), es gäbe drei Richtungen bei der Entwicklung und Verwirklichung von Nachhaltigkeitskonzepten:

1. von oben nach unten (Top-down),
2. von unten nach oben (Bottom-up),
3. zwischen drin (Katalysatoren).

Top-down Ansätze versuchen Nachhaltigkeitskonzepte für größere Bereiche auszuarbeiten, um passende Rahmenbedingungen für ihre Umsetzung bzw. für einen Prozess in Richtung Nachhaltigkeit zu schaffen (vgl. a.a.O.).

In der Regel geht hierbei die Idee zur Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung von einem Expertengremium aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung aus. Dies sind beispielsweise Forschungsstätten, die im Auftrag eines Bundesministeriums Leitfäden und Indikatoren einer nachhaltigen Entwicklung ausarbeiten und diese den Gemeinden zur Umsetzung weiterleiten (vgl. Lexikon der Nachhaltigkeit).

Bottom-up Ansätze beginnen dagegen mit der Gemeinschaftsbildung (vgl. Spitzer 1997: 66). Hier ist auch das Phänomen des Urban Gardening zu verorten.

Trotz ihrer extrem hohen Bevölkerungsdichte sowie dem Mangel an Raum, haben Städte ein enormes Potenzial um zu einer nachhaltigen Entwicklung beizusteuern (vgl. Deelstra/Girardet 2000: 44ff). So haben sich in den letzten Jahren zahlreiche Gemeinschaften gebildet, die eine nachhaltige Lebensweise auf allen Ebenen der Nachhaltigkeit anstreben (vgl. Spitzer 1997: 66f).

Spitzer geht davon aus (a.a.O.: 67), dass „Gemeinschaftsbildung und Partizipation“ die Voraussetzung für die Entstehung einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise sind. Seiner Annahme nach haben „langfristig tragfähige Gemeinschaften (...) eine gemeinsame spirituelle Basis bzw. gemeinsame Vision und ein ganzes Instrumentarium zum kontrollierten Umgang mit Macht und zur Vorbeugung bzw. Schlichtung von Konflikten“ (a.a.O.).

Der ökologische Verbesserungsprozess geht bei Bottom-up Ansätzen also von einer Gruppe von engagierter Menschen bzw. Gemeinschaften aus, die einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten wollen. Zusammen mit anderen Grassroot - Initiativen wird der Urban Gardening Bewegung, deren urbane Gemeinschaftsgärten als Ergebnis dieses Prozesses gesehen werden, im gegenwärtigen Nachhaltigkeitsdiskurs eine wichtige Rolle in der zukunftsfähigen Entwicklung von Städten zugeschrieben.

Urbane Gärten sorgen für saubere Luft und ein Klima, das der globalen Erderwärmung entgegenwirken kann (vgl. Lemke 2012: 177). Ebenso können durch urbane Landwirtschaft „Kreisläufe einer ökonomischen Verwertung von

Regenwasser und organischen Abfällen entstehen“ (a.a.O.). So werden von urbanen Garteninitiativen die nötigen Räume geschaffen, um Biodiversität und städtische Grünentwicklung im urbanen Raum zu fördern.

2.3 Urbane Subsistenz als Element einer ‚Postwachstumsökonomie‘

Die StadtgärtnerInnen, die sich der nachhaltigen Entwicklung der Stadt verschreiben, streben meist auch die Förderung neuer ‚Wohlstandsmodelle‘ an. Konzepte des Urban Gardening sind aus diesem Grund in gegenwärtigen Diskussionen über Postwachstumsökonomien, die nicht länger auf ökonomisches Wachstum, sondern auf das Konzept der zukunftsfähigen Entwicklung fokussieren, verortet.

Dazu gehören beispielsweise Ansätze postfossiler Wohlstandsmodelle (vgl. Müller 2012, Paech 2012), in denen es um die Lokalisierung der Nahrungsmittelproduktion aus ökologischen Gründen geht. Hierbei werden Nahrungsmittel auf regionalen landwirtschaftlichen Flächen hergestellt, denn dadurch wird der Produktionsprozess für die KonsumentInnen transparenter und diese können sich vor Ort über die Herstellung der Nahrungsmittel informieren. Zudem leistet eine regionale Produktions- und Konsumkultur einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung, da die Lebensmittel meist ressourcenschonend produziert werden können und die Transportmittel dieser deutlich kürzer sind, als die der außerhalb der Region hergestellten Nahrungsmittel. Dies garantiert wiederum eine gute Qualität der Produkte und verringert den CO₂-Ausstoß.

Auch die AkteurInnen der Urban Gardening Bewegung setzen sich nicht nur mit städtischen Grünflächen und konsumfreien Räumen auseinander, sondern ebenso mit den lokalen Ressourcen sowie der Nahrungsmittelproduktion. Die Do-it-Yourself StrategInnen verknüpfen also die Schaffung von urbanen Freiräumen mit der Produktion von lokalen Nahrungsmitteln. Urbane Gemeinschaftsgärten stellen somit Beispiele für postfossile Wohlstandsmodelle, wie der Postwachstumsökonomie, dar.

2.3.1 Merkmale einer Postwachstumsökonomie

Im Mittelpunkt der aktuellen Diskussion über Postwachstumsökonomien steht die Industriegesellschaft, die sich auf Effizienzsteigerung durch Ressourcenausbeutung konzentriert (vgl. Müller 2012a: 32). Denn auch in Zeiten der Finanzkrise wird immer noch auf wirtschaftliches Wachstum als Gewährleistung für Wohlstand gesetzt. Aber bis heute ist es nicht geglückt, „wirtschaftliches Wachstum dauerhaft von einem erhöhten Ressourcen- und Energieverbrauch zu entkoppeln“ (Müller/Paech 2012: 11).

In diesem Zusammenhang ist oft von einer „Wachstumsfalle“ (a.a.O.) die Rede. So sollten im Hinblick auf den Klimawandel und die zunehmende Knappheit essentieller Ressourcen, neue Formen von Wohlstandskonzepten entwickelt werden. Diese sollten ExpertInnen zufolge (vgl. a.a.O.), nicht auf materiellem Wachstum, erhöhtem Konsum oder der zusätzlichen Inanspruchnahme von Ressourcen aufbauen.

Die sogenannte ‚Postwachstumsökonomie‘ ist, dem Umweltökonom Niko Paech zufolge (vgl. 2012: 99), eine dieser ‚neuen‘ postfossilen Wohlstandskonzepte. Als ‚Postwachstumsökonomie‘ wird eine Wirtschaft bezeichnet, die ohne Wachstum des Bruttoinlandsprodukts über stabile Versorgungsstrukturen verfügt (vgl. a.a.O.). Die Grundidee der ‚Postwachstumsökonomie‘ beruht dabei auf fünf Schritten, die sich auf eine Neugestaltung von Versorgungsmustern, Produktionsweisen und institutionelle Reformen in Zusammenhang mit dem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen beziehen.

Die erste Dimension ist die ‚Suffizienz‘. Sie spielt im gegenwärtigen Nachhaltigkeitsdiskurs, als Lebens- und Wirtschaftsweise, die dem enormen Verbrauch von Gütern und Ressourcen ein Ende setzt, eine bedeutende Rolle. Paech (vgl. a.a.O.) kritisiert das Konzept der Wohlstandssteigerung durch Güter und meint, dass nur ein Senken der Konsumansprüche zu einer nachhaltigen Entwicklung führen kann (vgl. a.a.O.: 100). Bei dem Konzept der ‚Suffizienz‘ geht es um die Beachtung der natürlichen Grenzen des Ressourcen- und Rohstoffverbrauchs, also um den bedächtigen Umgang mit Gütern, beispielweise durch Konsumverzicht,

zugunsten der Produktivität der natürlichen Ressourcen für die kommenden Generationen.

Auch die zweite Dimension, die Wiedererlangung von Praktiken der ‚*Subsistenz*‘, spielt im Hinblick auf Postwachstumsökonomien eine Rolle. Die Selbst- und Fremdversorgung soll dabei so gestaltet werden, dass die Abhängigkeit von Geld und ökonomischem Wachstum zurückgeht (vgl. a.a.O.). Dies kann beispielsweise durch die Eigenproduktion von Nahrungsmitteln oder auch durch die Verlängerung der Nutzungsdauer von Konsumgütern durch handwerkliche Fertigkeiten erreicht werden.

Die dritte Dimension nach Paech (vgl. a.a.O.), die sogenannte ‚*Regionalökonomie*‘, wird dabei als ergänzendes Versorgungssystem zur ‚*Suffizienz*‘ und ‚*Subsistenz*‘ angesehen, das zwar die Vorteile einer auf Geld basierten Arbeitsteilung nutzt, jedoch innerhalb eines ökologisch nachhaltigeren Rahmens. Die regionale Wirtschaft reduziert die Distanz zwischen Verbrauch und Produktion und regionale Währungen binden die Kaufkraft an die entsprechende Region und entzieht sie den globalen Finanzmärkten. Dies würde Paech zufolge (vgl. a.a.O.) wesentlich zur lokalen Wirtschaft beitragen und eine sogenannte ‚*De-Globalisierung*‘ fördern. Als vierte Dimension erwähnt der Autor in diesem Kontext (a.a.O.) die ‚*stofflichen Nullsummenspiele*‘, die den Fokus auf den Erhalt „der Um- und Aufwertung vorhandener Produktionsbestände und Infrastrukturen, etwa durch Renovation, Konversion (...), Optimierung, Nutzungsdauerverlängerung oder Nutzungsintensivierung“ legen. Nach einem Rückbau der arbeitsteiligen Industrie sollen die übrigen Produktionssysteme so umgestaltet werden, dass die Neuerstellung von Waren nur noch dem Ersatz nicht mehr verwertbarer Güter dient. Im Vordergrund stehe dabei der Erhalt vorhandener Warenbestände und Infrastrukturen durch Renovierung und Nutzungsdauerintensivierungen, um diese möglichst lange im Kreislauf einer sinnvollen Verwendung zu lassen (vgl. a.a.O.). Das Ziel ist die durchschnittliche Nutzungsdauer mancher Konsumgüter durch eine Kombination aus funktionellem Design, Subsistenzpraktiken und ergänzenden Dienstleistungen von Unternehmen, zu verlängern (vgl. Gabler Wirtschaftslexikon). Damit könne ExpertInnen zufolge (vgl. Paech 2012), der Güterausstoß (Output) verringert werden ohne die Verfügbarkeit der Konsumfunktion zu vermindern.

Die fünfte Dimension, die Paech (vgl. 2012: 100f) an die vorherigen anfügt, ist die der ‚*institutionellen Innovationen*‘. Dies sind Rahmenbedingungen, die für die Milderung der inhärenten Wachstumszwänge, unerlässlich sind, wie beispielsweise Boden-, Geld-, und Finanzmarktreformen (vgl. a.a.O.).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich das Konzept der sogenannten ‚Postwachstumsökonomie‘ an einer Strategie der ‚Suffizienz‘ und an dem stückweisen Rückbau industrieller wertschöpfungsorientierter Prozesse orientiert, zugunsten einer Festigung regionaler Selbstversorgungsmuster. Im Allgemeinen ist die ‚Postwachstumsökonomie‘ also ein Wirtschaftssystem, das über stabile Versorgungsstrukturen verfügen, aber dabei nicht vom wirtschaftlichen Wachstum abhängig sein soll.

Das Phänomen des Urban Gardening nimmt in diesem Zusammenhang einen zentralen Stellenwert ein. Paech meint (a.a.O.), dass urbanes Gärtnern bedeutet, „urbane Areale (...) in Besitz zu nehmen und in erste Vorboten einer Postwachstumsökonomie zu verwandeln“. Hier wird also die Beziehung zwischen dem Urban Gardening und der Postwachstumsökonomie deutlich angesprochen. Die urbane Landwirtschaft als Handlungsfeld wird also als gute Voraussetzung für den Übergang in eine Postwachstumsökonomie betrachtet. Dies liegt daran, dass der urbane Anbau von Lebensmitteln mit suffizienten und subsistenten Versorgungsmustern vereinbar ist und dies zu einem Rückgang der sozialen Anfälligkeit führen kann. Gemeinschafts- und Nachbarschaftsgärten sind zudem Orte, an welchen stoffliche Nullsummenspiele Wirklichkeit werden können, denn der unmittelbare, schon vorhandene Raum, wird hierbei, anstelle einer Flächen- und Ressourcenerweiterung, genutzt und aufgewertet. (Vgl. a.a.O.)

2.3.2 Urbane Subsistenzwirtschaft in Gemeinschaftsgärten

Eine wichtige Diskussion zur Verwirklichung einer Postwachstumsökonomie ist also die Subsistenzproduktion.

In der ökonomischen Anthropologie ist die sogenannte ‚Subsistenzproduktion‘ ein Begriff für die auf den unmittelbaren Konsum der ProduzentInnen gerichteten produktiven und reproduktiven Tätigkeiten. Im Gegensatz zur marktorientierten Produktion, die vorwiegend eine Profitmaximierung anstrebt, wird bei der Subsistenzproduktion für die ProduzentInnen selbst produziert. So dient die Subsistenzproduktion der Charakterisierung einer bestimmten Wirtschaftsweise, nämlich der ‚Subsistenzwirtschaft‘. (Vgl. Polanyi 2001, Wirtschaftslexikon)

Urban Gardening ist eine Art des subsistenten Wirtschaftens und bietet die Möglichkeit einer unabhängigen Subsistenzproduktion (vgl. Baier 2010: 240ff). Denn auch subsistenzorientiertes Handeln ist „grass roots Politik“ (Bennholdt-Thomsen 2012: 263) und dies wird besonders von den urbanen Garteninitiativen verdeutlicht: „Sie pflanzen etwas, und schon verändert sich der öffentliche Raum; es entsteht Nützliches und Nahrhaftes ohne den sonst üblichen städtischen Warenhandel; sich sonst fremde Menschen arbeiten gemeinschaftlich“ (a.a.O.). Ihre Auswirkungen entfalten sich in der unmittelbaren Umgebung und basieren auf der Wiederbelebung von Fertigkeiten, die durch eigene handfertige Tätigkeiten den Bedürfnissen abseits kommerzieller Märkte gleichkommen (vgl. Müller/Paech 2012: 12). So erfüllt die urbane Subsistenzproduktion eine wichtige Funktion als Versorgungsinstanz. Sie basiert auf Selbsthilfe und ersetzt in vielen Städten der Welt den Staat sowie den Markt als Allokationsinstanzen (vgl. Müller 2007: 56).

Das Urban Gardening als Subsistenzpraktik zielt also darauf ab, durch Gemeinschaftsnutzung und Eigenproduktion, das gegenwärtige System der industriellen Versorgung zu ergänzen und teilweise zu ersetzen. Unter ‚urbaner Landwirtschaft‘, die oftmals mit Organisationsformen, wie dem ‚Community Gardening‘, also dem ‚gemeinschaftlichen Gärtnern‘, verbunden ist, verstehen wir also eher eine ‚Gärtnerei für den Eigenbedarf‘, statt einer ‚Erwerbslandwirtschaft‘.

2.3.3 Begriff und Diskurs der Ernährungssouveränität

2.3.3.1 Allgemeine Betrachtung

Urban Gardening Bewegungen streben eine vom Markt unabhängige Subsistenzproduktion an. Folglich wirken sie, wie Lemke (2012: 154) schreibt, an einer „epochalen Transformation mit. Sie treiben jene globale Entwicklung der Weltgesellschaft in Richtung Ernährungssouveränität voran, für welche auch die internationalen Bauernbewegungen kämpfen“.

Die Garteninitiativen verbinden die Annektierung städtischer Grünfläche mit dem Nutzen einer Ernte. Somit haben die den urbanen Gärten zugeschriebenen Funktionen tatsächlich viel mit dem Konzept der ‚Ernährungssouveränität‘ zu tun.

Das Konzept der ‚Ernährungssouveränität‘ wird von dem Verein ‚La Vía Campesina‘ (‚Der bäuerliche Weg‘) seit 1996 verbreitet. Die Organisation ist die weltweit größte Vereinigung von KleinbäuerInnen, LandarbeiterInnen, FischerInnen und indigenen Gemeinschaften und umfasst zurzeit 150 Organisationen mit etwa 200 Millionen Menschen aus über 69 Ländern (vgl. a.a.O.: 113). All diese Organisationen vertreten die Ansicht, dass der zentrale Konflikt in der globalen landwirtschaftlichen Nahrungsproduktion der unüberbrückbare Gegensatz zweier Produktionsmodelle sei: Nämlich der „kapitalistischen‘ Produktionsweise (...) im Dienste der Profitmaximierung einiger Großgrundbesitzer (...) einerseits und dem ‚bäuerlichen‘ Modell einer (...) für den Eigenbedarf und für überwiegend lokale (...) Märkte ausgerichteten ökologischen Agrikultur auf der anderen Seite“ (a.a.O.).

La Vía Campesina tritt deswegen für die kleinbäuerliche Produktionsweise, für die basisdemokratische Organisation und für die Mobilisierung der ländlichen Bevölkerung ein. Um die eigenen politischen Forderungen des Netzwerks konzeptuell zusammenzufassen, hat die Organisation den Begriff der ‚Ernährungssouveränität‘ (‚Food Sovereignty‘) eingeführt. Dieses Konzept strebt ausdrücklich eine Erweiterung des geltenden ‚Rechts auf Nahrung‘ bzw. der ‚Ernährungssicherheit‘ an. (Vgl. Aktionsnetzwerk globale Landwirtschaft)

Weltweit treten soziale Bewegungen für Ernährungssouveränität ein und fordern eine neue demokratische Gestaltung des Agrar- und Lebensmittelsystems (vgl. Kratzwald 2013). Denn das Motto „Wer die Saat hat, hat das Sagen“ (Heisteringer 2012: 309) hebt das Interesse von Organisationen des Agrarwesens hervor, die den Zugang zu pflanzengenetischen Ressourcen und demzufolge auch die Kontrolle der Nahrungskette vom Anfang bis zum Ende sichern (vgl. a.a.O.). Das Konzept der Ernährungssouveränität fordert somit den Zugang zu Land, Wasser, Saatgut, Wissen und Märkten, sowie die Abkehr der fortschreitenden Privatisierung und Kapitalisierung natürlicher Ressourcen (vgl. Lemke 2012: 114) .

Oberster Grundsatz des Konzepts der Ernährungssouveränität ist demnach der freie Zugang zu Produktionsmitteln.

Neben dem Recht auf Zugang zu Ressourcen und zur Produktion der eigenen Nahrungsmittel, fordert das Konzept der Ernährungssouveränität das Recht jeder Gemeinschaft, die eigene Agrar- und Ernährungspolitik gemäß den lokalen, sozioökonomischen und ökologischen Umständen autonom zu bestimmen (vgl. a.a.O.: 15)

Die Agrarwissenschaftlerin Andrea Heisteringer (vgl. 2012: 310) weist in diesem Zusammenhang allerdings darauf hin, dass es ‚die‘ richtige Form von Ernährungspolitik, die für alle Menschen passend wäre, nicht gibt. Ausschlaggebend bei dem Konzept der Ernährungssouveränität ist deshalb, dass die Produktion von Nahrungsmitteln lokal verankert ist bzw. regionalisiert wird und somit die lokale Kontrolle über die nachhaltige Erzeugung und Verteilung der Nahrungsmittel verbessert wird (vgl. a.a.O.).

Zu diesem Zusammenhang zwischen Produktion und Konsum schreiben auch Bohn und Viljoen (2012: 155): „Nahrung dort herzustellen, wo man sie essen will oder Nahrung dort zu essen, wo man sie gerade geerntet hat, stellt eine gesunde und nachhaltige Balance von Produktion und Konsum her“.

Die AkteurInnen der KleinbäuerInnenbewegungen streben aus diesem Grund bewusst den Nahrungsmittelanbau für die lokale Bevölkerung an, um Ernährungssouveränität zu ermöglichen (vgl. Müller 2012a: 27). Das Ziel einer

Selbstversorgung ist gemäß Lemke (vgl. 2012: 136) nicht die vollständige Autarkie, sondern die Sicherung der lokalen Grundversorgung weltweit.

2.3.3.2 Ernährungssouveränität und das ‚Recht auf Grün‘

Da der gegenwärtige Agrarkapitalismus nicht nur umweltschädliche sowie sozial ausgrenzende Auswirkungen hat, kommt also nicht nur auf dem Land, sondern auch in den Städten die Forderung auf, das Konzept der ‚Ernährungssouveränität‘ mit Rechten für die betroffenen Menschen zu verbinden, so zum Beispiel mit dem ‚Recht auf Stadt‘.

AutorInnen wie die Sozialwissenschaftlerin und politische Aktivistin Brigitte Kratzwald (vgl. 2011: 1) erklären in diesem Zusammenhang, wieso das Konzept der ‚Ernährungssouveränität‘ mit dem ‚Recht auf Stadt‘ einhergeht.

In der Stadt findet aufgrund der Ökonomisierung des urbanen Raumes, also der steigenden privaten Verfügungsmacht über diesen, die Exklusion der StadtbewohnerInnen vom urbanen Raum statt. Dies zu verändern ist wesentlich für die VertreterInnen des Konzeptes der Ernährungssouveränität (vgl. Lemke 2012: 198).

Mit dem Slogan ‚Recht auf Stadt‘ (‘The Right to the City’ – siehe Kapitel 2.2.1.2), welcher ursprünglich von dem französischen Philosophen Henry Lefèbvre, als Reaktion auf die urbane Krise der 1960er Jahre in Frankreich, verwendet wurde (vgl. Schmid 2012: 42), fordern StadtbewohnerInnen die Aneignung von Raum, um diesen für die eigenen Bedürfnisse zu nutzen. Die StadtbewohnerInnen stellen den Anspruch auf die Mitgestaltung ihrer Lebenswelt und eignen sich städtische Räume an, um sie für ihre Zwecke selbstorganisiert zu verwenden (vgl. Kratzwald 2011: 1)

Das Streben nach Ernährungssouveränität im urbanen Raum kann dabei vielfältige Formen annehmen. Eine davon ist die des urbanen gemeinschaftlichen Gartens. Die Gemeinschaftsgärten erfüllen viele der Anforderungen der Ernährungssouveränität. Sie ermöglichen den StadtbewohnerInnen selbstbestimmte Aktivitäten, verringern Abhängigkeiten gegenüber der Versorgung durch den Markt und können in Krisenfällen die Grundversorgung sicherstellen (vgl. a.a.O.).

Die Forderung nach Ernährungssouveränität ist also mit einem Streben nach der gemeinschaftlichen, selbst-organisierten Nutzung von Ressourcen verbunden und kann zur Autonomie und Souveränität der StadtbewohnerInnen beitragen.

2.3.3.3 Stellenwert der Ernährungssouveränität im ‚Commons‘-Diskurs

Aktuell spielt im Hinblick auf den Zugang zu Land auch das Konzept der Gemeinschaftsgüter eine wichtige Rolle für die Ernährungssouveränität auf dem Land sowie in den Städten. Denn die subsistenzorientierten Tätigkeiten in urbanen Gemeinschaftsgärten sind Teil des aktuellen „Commons“-Diskurses (Ostrom 1990). Hier geht es um lokale Kooperationen, die die gemeinschaftliche Nutzung von Ressourcen sowie eine nachhaltige Bewirtschaftung dieser ermöglichen (vgl. a.a.O.).

Die Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom weist deutlich darauf hin, dass es sich bei ‚Commons‘ um ein komplexes Regelsystem handelt (vgl. Exner/Kratzwald 2012: 27ff). Unter ‚Commons‘ versteht man nach der allgemeinen Definition ‚Allmende‘- oder auch ‚Gemeingüter‘, die allen Menschen frei zugänglich sind und von deren Nutzung niemand ausgeschlossen wird.

‚Commons‘ beziehen sich dabei auf zwei zentrale Kategorien: Erstens auf natürliche, endliche Ressourcen, wie Rohstoffe und Energieträger und zweitens auf immaterielle, geistige Ressourcen, wie Wissen und Ideen – die sogenannte Wissensallmende. Die Organisation der Gemeinschaftsgüter zielt darauf ab, die Wirksamkeit und Beständigkeit der jeweiligen Ressource zu garantieren sowie Zugangs-, Nutzungs-, und Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der Mitglieder einer Gemeinschaft zu gewährleisten. (Vgl. Helfrich 2007)

‚Commons‘ bestehen dabei immer aus drei Elementen: einer Ressource, den Menschen, die diese Ressource nutzen und dem Aushandlungsprozess bzw. die Aneignungsregeln darüber, wie die Ressource genutzt wird (vgl. Exner/Kratzwald 2012: 239). Den Commons-AktivistInnen Silke Helfrich und David Bollier (Helfrich/Bollier 2012: 19) zufolge, fördern „Commons (...) Sozialbeziehungen und Gemeinschaftlichkeit. Sie sind jene vielfältigen Formen des gemeinsamen

Sorgetragens, die für die am Homo oeconomicus orientierten MarktökonomInnen weithin unverständlich bleiben.“

Der Commonsbegriff beschreibt also den Charakter der Beziehung zwischen gemeinschaftlichen Ressourcen und jenen sozialen Gruppen, die Ansprüche auf sie erheben, indem sie ihre Zugangs- sowie Nutzungsrechte an den Ressourcen in unterschiedlichen Formen gestalten.

In der Debatte über die Gemeingüter geht es im Wesentlichen um die Voraussetzungen einer nachhaltigen Nutzung gemeinschaftlicher Ressourcen. In diesem Kontext zeigt Ostrom, dass Flächen den besten Ertrag bringen, wenn sie als gemeinschaftliches Eigentum geführt sowie auch gemeinschaftlich genutzt werden (vgl. Müller 2012a: 47). Das ‚Commoning‘ wird also auch als Methode für nachhaltiges Ressourcenmanagement angesehen.

Die sogenannten ‚Commoners‘ sollen Verantwortung und Teilhabe an kollektiven Ressourcen entwickeln, um das Recht auf die Gestaltung des eigenen Lebensraums, sowie die eigenen Lebensverhältnisse zu verteidigen (vgl. a.a.O.).

Bei der Urban Gardening Bewegung beispielsweise, geht es darum, „die Stadt selbst zum Ort gemeinschaftlicher, selbstorganisierter Produktionsprozesse zu machen“ (Exner/Kratzwald 2012: 76).

Da die Produktion von Nahrungsmitteln jenseits des Marktes generell eine Bedrohung für die kapitalistische Wirtschaftsweise ist, können subsistenzorientierte gemeinschaftliche Tätigkeiten, die auf Eigenproduktion basieren, einen Wandel des gegenwärtigen Wirtschafts- und Konsummodells der städtischen Gesellschaft herbeiführen (vgl. Exner/Kratzwald 2012: 88).

Denn nach Müller und Paech (Müller/Paech 2012: 12) erhöht gerade „ (...) die Gemeinschaftsnutzung durch lokale und regionale Kooperationen (...) die Möglichkeiten der Re-Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen“.

Der sogenannte ‚Output‘, also die Gesamtheit der produzierten Güter und Nahrungsmittel der Subsistenzwirtschaft, beruht sozusagen auf dem Konzept der ‚Gemeinschaftsgüter‘, der ‚Nutzungsverlängerung‘ und der ‚Eigenproduktion‘ (vgl. Paech 2012). Diese drei Faktoren können dabei globale Wirtschaftsketten ersetzen

und neue sozio-ökonomische Qualitäten im urbanen als auch im ländlichen Raum schaffen.

Inwieweit nun die Forderung nach souveräner Selbstversorgung im urbanen Raum für die gegenwärtige Urban Gardening Bewegung in Wien eine Rolle spielt und welche Bedeutung dabei nachhaltige kollektive Subsistenztätigkeiten für die StadtgärtnerInnen haben, soll mit der folgenden Forschungsarbeit beantwortet werden.

3. Die Feldforschung – Darstellung der empirischen Erhebung

Um die Forschungsfrage beantworten zu können, wurde eine empirische Datenerhebung in Wien über fünf Monate durchgeführt.

Im folgenden Kapitel wird zunächst die Wahl des qualitativen Zugangs begründet und die methodischen Schritte zur Beantwortung der gestellten Forschungsfrage werden erläutert. Danach wird die konkrete Umsetzung des Forschungsvorhabens durch die Vorstellung des Forschungsfeldes und der Erhebung der Daten in diesem, beschrieben.

3.1 Die Wahl der Methoden

Am Anfang des Forschungsinteresses stand ein neuartiges Phänomen im Vordergrund, dies ist die gegenwärtige Urban Gardening Bewegung in Wien. Neben der Feststellung des Auftretens dieses Phänomens, bedarf es der Erforschung sowie der Beschreibung der Bedeutung dieses empirischen Gegenstandes aus der Betrachtungsweise der zu handelnden Menschen.

Diese Forschungsarbeit soll daher, fundiert durch eine empirische Datenerhebung, die Entwicklungen und Dynamiken der gegenwärtigen urbanen Gartenbewegung in Wien, im Hinblick auf deren Beweggründe und Ziele, charakterisieren. So soll in Bezug auf die Forschungsfrage besonders die Rolle der Ernährungssouveränität sowie der urbanen Subsistenzproduktion für die StadtgärtnerInnen beleuchtet werden. Dabei sollte es darum gehen, durch typologische Konstruktionen sowie durch das Aufzeigen von Strukturen, wie Hitzler und Honer es betonen (vgl. 1997: 10f), komplexe Zusammenhänge zwischen den Urban Gardening Initiativen zu erfassen.

Da es bei dieser Untersuchung also um die Wahrnehmung menschlichen Erlebens aus der Perspektive der Betroffenen geht, wurden für die vorliegende Forschungsarbeit qualitative Forschungsmethoden gewählt. Die ethnologische Feldforschung war dabei die zentrale Methode der Datenerhebung.

Diese Form der empirisch-qualitativen Untersuchung ist eine Forschungsmethodik, unter der die Erforschung von Gruppen sowie Gemeinschaften in deren natürlichem Lebensraum verstanden wird. Sie ist primär deskriptiv und untersucht detaillierte Informationen über die Verhältnisse der Umwelt. (Vgl. Qualitative Sozialforschung) Quantitative Forschungsmethoden, durch welche repräsentative verallgemeinernde Ergebnisse für eine Grundgesamtheit generiert werden, wären zur Beantwortung der Forschungsfrage ungeeignet. Die qualitative Vorgehensweise ermöglicht es dagegen, „Lebenswelten ‚von innen heraus‘, aus der Sicht der handelnden Menschen zu beschreiben“ (Flick/Kardoff/Steinke 2012: 14). Im Gegensatz zur quantitativen Forschung versucht die qualitative Sozialforschung herauszufinden, wie Menschen einen bestimmten Sachverhalt sehen, welche individuellen Bedeutungen sie ihm zuschreiben und welche Handlungsmotive in dem Zusammenhang auftreten (vgl. Low 2009).

Der Blickwinkel der Untersuchung soll also auf die Gesamtheit der Lebensverhältnisse der AkteurInnen gegenwärtiger Urban Gardening Initiativen in Wien gerichtet werden, sowie bestehende Beziehungen zwischen diesen betrachtet werden.

Dank der qualitativen Feldforschung sollte es zudem möglich werden, ein besseres Verständnis sozialer Wirklichkeiten zu erreichen, sowie auf bestimmte Abläufe und Deutungsmuster in gegenwärtigen Gartenbewegungen in Wien hinzuweisen. Denn mit ihren genauen und „dichten Beschreibungen“ (Geertz 1991) nutzt die qualitative Forschung das Unerwartete oder von der Norm abweichende, als Erkenntnisquelle (vgl. Flick/Kardoff/Steinke 2012: 14).

So geht es bei der vorliegenden Forschungsarbeit nicht nur um das Aufzeigen von Gemeinsamkeiten bei den zu untersuchenden Phänomenen, sondern auch um die sogenannten ‚Besonderheiten‘, also um die vom Querschnitt abweichenden Aspekte.

Die Daten der empirischen Untersuchung wurden demzufolge im Forschungsfeld selbst erhoben. Über fünf Monate, von Juli 2013 bis November 2013 wurden Beobachtungen und Interviews in gemeinschaftlichen Gartenprojekten in Wien durchgeführt, mit dem Ziel Daten zu erfassen und Beschreibungen anzufertigen, die als Basis für eine spätere Analyse fungierten.

3.2 Das Forschungsfeld

Für die vorliegende Arbeit wurde ein Gemeinschaftsgarten in Wien für eine ausführliche Untersuchung ausgewählt. Zwei weitere Vereine wurden für Befragungen hinzugezogen, um ein besseres Bild vom Ablauf und der Organisation von Gruppen, die der Urban Gardening Bewegung in Wien angehören, zu erhalten.

Mein Forschungsfeld war somit der Gemeinschaftsgarten der ‚Salat Piraten‘ in der Kirchengasse im 7. Wiener Gemeindebezirk, der Gemeinschaftsgarten ‚Tigergarten‘ im Tigerpark im 8. Wiener Gemeindebezirk und der Verein ‚Gartenpolylog‘, der der Vernetzung der Gemeinschaftsgärten in Wien dient und seinen Sitz im 2. Wiener Gemeindebezirk hat.

Für den vorliegenden Forschungsbericht der Masterarbeit werden nun alle drei Gemeinschaftsgärten bzw. Vereine, in denen Datenerhebungen durchgeführt worden sind, vorgestellt.

3.2.1 Der Gemeinschaftsgarten der ‚Salat Piraten‘

Der Gemeinschaftsgarten in der Kirchengasse im 7. Wiener Bezirk wurde von einem Verein mit dem Namen ‚Salat Piraten‘ im Frühjahr 2013 errichtet.

Der Verein selbst wurde im Herbst 2012 gegründet. Der Gemeinschaftsgarten wurde in der Kirchengasse seit Anfang des Jahres 2013 aufgebaut und ist das erste Projekt des Vereins (vgl. Salat Piraten 2013).

Die Salat Piraten sind „ein Verein zur Förderung urbaner Landwirtschaft im städtischen Raum“ (a.a.O.). Das Ziel der Gartenbewegung ist es, Nachhaltigkeit und Selbstinitiative im urbanen Raum zu begünstigen.

So beschäftigt sich der Verein mit urbaner Landwirtschaft auf öffentlichen Grünflächen in der Stadt Wien, sieht sich als „als Botschafter der Zukunftslandwirtschaft in der Stadt und will mit seinen Projekten zum Nachdenken und Mitarbeiten anregen“ (a.a.O.).

Die Gartenbewegung der Salat Piraten eignet sich, aufgrund ihrer Bestrebungen im urbanen Raum, gut für die folgende Forschung über städtische Ernährungssouveränität. Denn Themen wie urbane Landwirtschaft und nachhaltige Stadtentwicklung stehen bei der Bewegung im Vordergrund. Zudem wurde der Gemeinschaftsgarten der Salat Piraten nicht durch die Stadt Wien, sondern durch eine Grass-Root Initiative, die die StadtbewohnerInnen Wiens von den Potentialen urbanen Gärtnerns überzeugen will, gegründet. Den StadtgärtnerInnen zufolge geht es um das „Gärtnern an sich, aber auch um Stadtgestaltung, und darum, Leute zusammenzubringen. Unsere Mitglieder sind Anrainer und Interessierte, Gartenkundige und Neulinge, aus verschiedenen Berufen und verschiedenen Alters“ (a.a.O.). Dies macht die Gartenbewegung als aufkommende urbane soziale Bewegung hinsichtlich des Ziels der vorliegenden Untersuchung besonders interessant.

3.2.2 Der Gemeinschaftsgarten ‚Tigergarten‘

Der Gemeinschaftsgarten Tigergarten wurde im Juni 2012 im 8. Wiener Gemeindebezirk gegründet. Auf einer 120 m² großen Fläche im Tigerpark, die ehemals als Hundezone genutzt wurde, fertigte ein Kollektiv engagierter JosefstädterInnen, im Rahmen des lokalen Bürgerbeteiligungsprojekts ‚Agenda Josefstadt‘, Hochbeete für Gemüse, Beeren und Kräuter (vgl. Agenda Josefstadt 2012).

Die Idee des Gemeinschaftsgartens entsprang zwar einer privaten Initiative, diese arbeitete jedoch seit der Planungsphase mit der Agendagruppe des Vereins „Lokale Agenda 21 in Wien zur Förderung von Bürgerbeteiligungsprozessen“ (a.a.O.), zusammen.

Die Lokale Agenda 21 setzt sich in Wien seit 1998 für eine nachhaltige Bezirks- und Stadtentwicklung ein. Während dieser Zeit wurden an der Schnittstelle zwischen Gesellschaft und Politik zahlreiche Projekte umgesetzt. Eines davon ist nun der Gemeinschaftsgarten ‚Tigergarten‘ (vgl. a.a.O.). Die Vereinsstatuten besagen, dass die „Lokale Agenda 21 (...) dem Leitbild einer nachhaltigen Stadt- und Bezirksentwicklung“ folgt (Agenda Josefstadt 2012). Somit wird, „unter Einbindung

aller gesellschaftlichen Gruppen (...) eine gleichrangige und integrative Berücksichtigung ökologischer, sozialer, kultureller und ökonomischer Zielsetzungen angestrebt“ (a.a.O.).

Die Agendagruppe setzt sich zum Ziel, die in den letzten Jahren in allen Großstädten um sich greifende ökologische Bewegung des ‚Urban Gardening‘ aufzugreifen und in den dicht besiedelten und dicht bebauten 8. Wiener Gemeindebezirk zu tragen (vgl. LA 21).

Die Initiative will den BewohnerInnen des 8. Bezirks, die keinen Garten haben, die Chance geben, in der Nähe ihres Wohnortes Pflanzen zu pflegen und mit Gleichgesinnten in Kontakt zu kommen (vgl. a.a.O.). Anhand der bereits erwähnten Ziele kann man erkennen, dass der Gemeinschaftsgarten den StadtbewohnerInnen ökologische Erfahrungen ermöglichen und zudem das nachbarschaftliche Miteinander fördern soll.

Somit eignet sich der Gemeinschaftsgarten Tigergarten, hinsichtlich der Beweggründe seiner InitiatorInnen, gut als Forschungsfeld und wurde ergänzend zum Gemeinschaftsgarten der Salat Piraten für die vorliegende Untersuchung herangezogen.

3.2.3 Der Verein ‚Gartenpolylog‘

Der Verein ‚Gartenpolylog‘, der seinen Sitz in Wien hat, dient der virtuellen Vernetzung der Gemeinschaftsgärten in Wien. Die Vereinshomepage gibt einen Überblick über bestehende Gärten in ganz Österreich und stellt Informationen und Fotos der einzelnen Gartenbewegungen bereit.

Der Verein selbst hat seinen Sitz im 2. Wiener Bezirk und wurde 2007 gegründet. Er setzt sich zum Ziel, „die Idee der Interkulturellen Gemeinschaftsgärten in Österreich zu verbreiten, bestehende gemeinschaftliche Gartenprojekte in Österreich zu vernetzen und zu unterstützen und selbst Gemeinschaftsgartenprojekte zu initiieren“ (Gardora). Der Verein initiiert selbst Gemeinschaftsgärten und dient auch als Interessenvertretung dieser.

Somit sind seine Ziele folgendermaßen formuliert: „ Förderung der Integration von Menschen im Rahmen von naturverbundenen im weitesten Sinne gärtnerischen

Aktivitäten als unterstützendes, beratendes, sowie finanzielle und organisatorische Basis schaffendes Instrument für verschiedene Gartengemeinschaftsprojekte“ (Verein Gartenpolylog-Vereinsstatuten).

Die Angebote des Vereins reichen von Workshops und einer jährlichen Netzwerktagung, welche der Vernetzung bestehender sowie im Aufbau befindender Gärten dient, bis hin zur Gründung und Begleitung von Gemeinschaftsgärten mit fachlicher Unterstützung in Konzeption und Planung (vgl. Verein Gartenpolylog).

Dadurch unterstützt der Verein die Urban Gardening Bewegung und trägt zur Entstehung neuer Gartenprojekte bei. Unter den Vereinsstatuten heißt es: „(...) die Verbreitung der Projektideen, welche durch Vorgängerinitiativen wie die Interkulturellen Gärten in Deutschland entwickelt und an vielen Standorten erfolgreich umgesetzt wurden“ (Verein Gartenpolylog-Vereinsstatuten).

Der Verein Gartenpolylog spielte aufgrund seiner Funktion als ‚Dachverband‘ für bestehende sowie zukünftige Gartenprojekte in Wien eine essentielle Rolle für diese Forschung. So wurden über die Vereinshomepage Informationen über bestehende Urban Gardening Bewegungen in Wien bezogen. Zudem wurden Stellungnahmen der Vereinsmitglieder zur allgemeinen Struktur gegenwärtiger Urban Gardening Projekte in Wien, für die vorliegende Untersuchung verwendet.

3.3 Die Datenerhebungen

Im Rahmen dieser Feldforschung wurden verschiedene Methoden und Techniken der Kultur- und Sozialanthropologie eingesetzt, um die verfolgte Forschungsfrage beantworten zu können.

Als Grundlage dieser Feldforschung wurde die ‚Teilnehmende Beobachtung‘ herangezogen. Diese wurde durch unterschiedliche Formen von Interviews und Gesprächen ergänzt.

Die teilnehmende Beobachtung sollte zur Beschreibung der sogenannten ‚sozialen Wirklichkeit‘ des Phänomens des Urban Gardening dienen und die Interviews hatten zum Ziel, auf jene Aspekte zu einzugehen, die während der Beobachtungen nicht thematisiert worden sind.

Der Gemeinschaftsgarten in der Kirchengasse, der von dem Verein ‚Salatpiraten‘ initiiert wurde, war der Ort, an welchem die ‚Teilnehmende Beobachtung‘ durchgeführt wurde. Hier fanden über mehrere Monate von Anfang Juli bis Ende November Feldaufenthalte statt. Des Weiteren wurden während dieser Zeit acht Interviews mit GärtnerInnen und InitiatorInnen durchgeführt.

Die in den anderen beiden Vereinen gewonnen Daten dienten als Ergänzung, um die Vernetzung zwischen den verschiedenen Urban Gardening Initiativen in Wien zu erfahren. Es wurde jeweils ein Interview mit der Initiatorin des Tigergartens, sowie ein Interview mit einer der Obfrauen des Gartenpolylogs durchgeführt, um Informationen zum allgemeinen Aufbau der Gartenbewegungen in Wien zu beziehen. Ziel war es, ein ganzheitliches Bild von der Struktur des Gemeinschaftsgartens der Salat Piraten zu erhalten sowie etwaige Kooperationen zwischen den urbanen Garteninitiativen in Wien zu erfassen.

3.3.1 Die Teilnehmende Beobachtung

Über fünf Monate, von Juli 2013 bis November 2013 habe ich also Beobachtungen im Gemeinschaftsgarten der Salat Piraten durchgeführt, um mich in der sozialen Umwelt der AkteurInnen zu orientieren, sowie die Konzepte und Strategien der StadtgärtnerInnen in dem Gemeinschaftsgarten kennen zu lernen und zu dokumentieren.

Ich stellte mich bei den InitiatorInnen und GärtnerInnen des Gemeinschaftsgartens der Salat Piraten als Studentin der Kultur- und Sozialanthropologie vor, die eine Forschung in Gemeinschaftsgärten in Wien zum Thema ‚Ernährungssouveränität‘ durchführte. Dabei wurde ich von Anfang an mit offenen Armen empfangen. Die GärtnerInnen motivierten mich gleich bei meinem ersten Aufenthalt im Feld zur Gartenarbeit und führten mich in die ‚Welt des gemeinschaftlichen Gärtnerns‘ ein. Die AkteurInnen waren an dem wissenschaftlichen Interesse an ihrem Gartenprojekt gewöhnt, da, so wurde mir erzählt, in den letzten Monaten mehrere StudentInnen Interviews durchgeführt und Fragebögen ausgeteilt haben. Die InitiatorInnen hatte allerdings keine gute Meinung über die ForscherInnen, die

bereits Untersuchungen im Garten durchgeführt haben. Sie waren der Meinung, dass immer wieder die gleichen Motive sowie Fragen thematisiert wurden und die ForscherInnen nur kurz Interesse an dem Garten zeigten und dann nie wieder von sich hören ließen. Ich merkte, dass dies den GärtnerInnen nicht zusagte und legte deswegen mein Forschungsvorhaben offen, das sich aus einer mehrmonatigen Mitarbeit in ihrem Garten sowie aus Gesprächen mit ihnen zusammensetzte. Dem willigten die GärtnerInnen ein und so erlebte ich das Feld anfangs also aus der Rolle der sogenannten ‚Neuen‘ im Gemeinschaftsgarten, die noch nicht das nötige vor allem praktische Wissen über das Gärtnern besitzt und zunächst über den Ablauf im Gemeinschaftsgarten wie auch über die Aufteilung der Tätigkeiten informiert werden musste.

Die Anfangsbeobachtungen waren dabei eher unfokussiert und generell an allgemeinen Fragestellungen ausgerichtet, denn ich wollte mir eine erste Grundorientierung im Feld verschaffen. Die GärtnerInnen erklärten mir die Abläufe im Garten und führten mich in die Organisation der gärtnerischen Tätigkeiten unter den Mitgliedern ein. Dies erweiterte meinen Wissensstand über Natur und Pflanzen erheblich, von wesentlichen Sachen wie dem Umgang mit Setzlingen und den anderen Pflanzen, bis zur Gestaltung des Gartens und dessen Umfeldes.

Nach dieser ersten Phase der ‚beobachtenden‘ Teilnahme, in der ich mir das nötige Grundwissen im Bezug auf das urbane Gärtnern aneignete, folgte eine intensive Beteiligung an den Aktivitäten im Feld. Die GärtnerInnen bemerkten meine Beharrlichkeit und mein nicht endendes Interesse an ihrem Gartenprojekt, da ich, so meinten sie, öfter im Garten anzutreffen war, als die vergangenen ForscherInnen. Mir fiel auf, wie es sich unter den Mitgliedern herumsprach, dass ich beinahe mit allen ‚aktiven‘ GärtnerInnen Gespräche geführt habe. Dies begrüßten die GärtnerInnen des Vereins positiv und so wurde ich von diesem Zeitpunkt an, während meiner Anwesenheit im Garten, ins Feld involviert und führte wie die anderen GärtnerInnen Tätigkeiten im Garten durch, wie das Einpflanzen von Setzlingen und das Pflegen bestehender Pflanzen.

Während der Aufenthalte im Gemeinschaftsgarten wurden demnach keine ‚reinen‘ Beobachtungen durchgeführt, da die Teilnahme an den Aktivitäten im Garten im Vordergrund stand.

Mir wurde auch die Mitgliedschaft im Verein der Salat Piraten angeboten, um ein festes Mitglied des Gartenteams zu werden.

Dadurch wäre es zu einer fortwährenden völligen Teilnahme gekommen, die sich in einem intensiven Kontakt mit den anderen GärtnerInnen geäußert hätte. Ich war mir jedoch bewusst, dass dies die Gefahr in sich birgt, dass ich nicht mehr im Stande wäre über diese Ebene hinaus zu reflektieren und aus diesem Grunde lehnte ich die Mitgliedschaft ab.

Denn obgleich der sozialen Eingebundenheit meiner Person in das Forschungsfeld, versuchte ich meine ständigen persönlichen Erfahrungen zu reflektieren, indem ich nach jeder Anwesenheit im Garten eine systematische (Selbst-)beobachtung durchzuführen versuchte.

Gerade aus diesem eigentlich unbeabsichtigten Rollenwechsel der anfänglichen distanzierten Betrachtung des Feldes und der Einsatzbereitschaft im Feld als Gärtnerin entstand aus meiner Sicht als Forscherin ein komplexes und beziehungsreiches Bild des untersuchten Feldes.

Die Methode der ‚Teilnehmenden Beobachtung‘ wurde angesichts der Zugangsschwierigkeiten zu anderen Gemeinschaftsgärten nur im Gemeinschaftsgarten der Salat Piraten eingesetzt.

Im Gemeinschaftsgarten Tigergarten war der Feldzugang, aufgrund der hohen Einzäunung des Gartens schwierig und der Zutritt war zudem für ‚Nicht-GärtnerInnen‘, also für Außenstehende nicht gestattet.

Auch wenn mir angeboten wurde, dass ich jederzeit vorbeikommen könnte und – sollten GärtnerInnen im Garten anwesend sein – auch Zugang zu diesem habe, so waren zu selten GärtnerInnen präsent und ich hatte auch den Eindruck, dass meine Anwesenheit nur bedingt erwünscht war. Ein Grund hierfür war womöglich, dass sich häufig AnrainerInnen unerlaubt Zutritt zum Gemeinschaftsgarten verschafften und oft reifes Obst und Gemüse aus dem Garten entfernten. Dies bedauerten die GemeinschaftsgärtnerInnen sehr und wollten dies durch die Absperrung des Gartens verhindern.

So wurde lediglich einmal ‚teilnehmend‘ im Tigergarten beobachtet während bzw. nach dem Interview mit der Initiatorin des Gemeinschaftsgartens, da der Zugang zum Feld sonst nicht gegeben war.

Im Forschungsfeld ergab sich des Weiteren die Möglichkeit, offene, „ethnografische Interviews“ (Schlehe 2003: 72) zu führen. Diese Form von Gesprächen findet gewöhnlich während des Interaktions- und Kommunikationsprozess im Feld statt (vgl. a.a.O.).

So wurden während der Beobachtungen in den Gemeinschaftsgärten Gespräche mit den AkteurInnen geführt. Ziel dieser Gespräche war es, alltägliche Erfahrungen und lokales Wissen der StadtgärtnerInnen zu erfahren und sich, wie Schlehe (a.a.O.) betont, dem „Verständnis von Subjekten, kulturellen Deutungsmustern und Handlungspraxen anzunähern“.

Ein wesentlicher Bestandteil des Forschungsprozesses bestand zudem darin, die Erfahrungen im Forschungsfeld durch das Verfassen von Feldnotizen in Daten umzuwandeln.

So wurden alle Gespräche, Gedanken, Gefühle und Probleme während der Feldaufenthalte in einem Gedächtnisprotokoll verschriftlicht.

Diese Feldaufzeichnungen wurden – wie auch alle Phasen des methodischen Vorgehens – in einem Feldtagebuch festgehalten, um im späteren Verlauf der Forschung bzw. während der Reflexion, noch einmal darauf zurückgreifen zu können.

3.3.2 Qualitative Interviews

Für die Materialerhebung kamen also die Teilnehmende Beobachtung und zwei Formen qualitativer Leitfadeninterviews, nämlich das ExpertInneninterview und das problemzentrierte Interview zum Einsatz. So wurden, zusätzlich zu den Beobachtungen und den offenen Gesprächen in den Gemeinschaftsgärten, zehn Interviews im Zeitraum zwischen Juli 2013 und November 2013 durchgeführt. Um ein ganzheitliches Bild von der Organisation der Gemeinschaftsgärten zu bekommen, sowie Einsicht in die Struktur und der Gemeinschaft der Gärten zu erhalten, wurden Interviews, nicht nur mit den GründerInnen, sondern auch mit den aktiven GärtnerInnen der Gemeinschaftsgärten durchgeführt. Die Obfrau des Vereins Gartenpolylogs wurde befragt, um allgemeine Informationen über die Urban

Gardening Bewegung in Wien, sowie über die Vernetzung der einzelnen Gartenprojekte zu erhalten.

Die Interviews fanden in den Gemeinschaftsgärten, in den Vereinslokalen und in Kaffeehäusern statt und wurden mit einem Aufnahmegerät aufgezeichnet.

Es wurden hierbei zwei unterschiedliche Formen von qualitativen Interviews durchgeführt:

Die ExpertInneninterviews

Im Laufe der Feldforschung konzentrierte ich mich besonders auf die GründerInnen der Gartenprojekte, da sie über ein besonderes und umfassendes Wissen zu dem Thema meiner Forschung verfügen.

Diese Art von Interviews mit Beteiligten solcher ‚Eliten‘, die durch ihre Position über spezielle Kenntnisse verfügen, werden in der empirischen Sozialforschung ‚ExpertInneninterviews‘ genannt. Es wird dabei angenommen, „dass einzelne Personen (...) als Quellen der Authentizität einen Zugang zum Verständnis einer Gesamtkultur liefern könnten“ (Schlehe 2003: 80).

ExpertInneninterviews wurden also während der vorliegenden Forschung mit Personen abgehalten, die für bestimmte Themen als außerordentlich kompetent gelten.

In diesem Fall waren es die InitiatorInnen des Gemeinschaftsgartens der Salat Piraten, sowie des Gemeinschaftsgartens ‚Tigergarten‘ und eine der Obfrauen des Vereins ‚Gartenpolylog‘.

Die Gesprächsdauer der Interviews reichte von 30 Minuten bis 50 Minuten. In fast allen Fällen wurden Einzelinterviews durchgeführt, da die Motive der einzelnen InitiatorInnen im Zentrum des Forschungsinteresses standen.

Die Problemzentrierten Interviews

Zusätzlich wurden zu den ExpertInneninterviews fünf problemzentrierte Interviews mit den aktiven GärtnerInnen der beiden Gemeinschaftsgärten durchgeführt. Dabei wurde induktives und deduktives Vorgehen kombiniert, um die Erfahrungen und Reflexionen der Befragten in ihrer Tätigkeit als GemeinschaftsgärtnerInnen zu erfahren.

Wenn von deduktivem Vorgehen gesprochen wird, so ist damit gemeint, dass ich mit einem theoretisch-wissenschaftlichen Vorwissen in die Erhebungsphase, also in die Befragung gegangen bin. Die Aussagen des Interviewten waren jedoch von entscheidender Bedeutung für die weitere Gestaltung der Befragung.

Die allgemeinen theoretischen Vorraussetzungen, die ich für diese Art der Befragung erarbeitet hatte, wurden im Interview selbst, nicht mitgeteilt. Dies hatte im Allgemeinen zum Ziel, dass ich einerseits – wie Lamnek es betont (vgl. 2005) – offen für die Bedeutungsstrukturierung des Problembereichs sein sollte, andererseits sollte der/die Befragte durch dieses Vorwissen in seinen Aussagen nicht beeinflusst werden.

Die Interviewleitfäden

Für die qualitativen Interviews wurden dementsprechend Leitfäden entworfen und herangezogen, wobei gleiche Themenkomplexe bei allen Interviewten vorhanden, aber die Konzentration sowie die Schwerpunkte der verschiedenen Themenkomplexe, je nach InterviewpartnerIn unterschiedlich waren.

So wurden beispielsweise zwei Leitfäden erstellt: Einer diente zur Befragung der ExpertInnen, dies waren die InitiatorInnen der beiden Gartenprojekte sowie des Vereins und konzentrierte sich auf die Garten- und Vereinsstruktur. Der zweite Leitfaden wurde zur Befragung der GärtnerInnen herangezogen und beinhaltete demnach hauptsächlich Fragen nach den Beweggründen Urban Gardening zu betreiben, sowie nach den alltäglichen Erfahrungen im Gemeinschaftsgarten. Aber in

beiden Fällen war die verfolgte Forschungsfrage für die Formulierung der Themen bestimmend.

Die gestellten Fragen bezogen sich auf mehrere Hauptthemen. Die ersten zwei Thematiken betrafen die Organisation der Gemeinschaftsgärten sowie der Vereine und den Beweggrund für die Gründung bzw. Mitwirkung der AkteurInnen.

Danach wurde auf den Aspekt des gemeinschaftlichen Gärtnerns eingegangen. Die GärtnerInnen sollten erzählen, wie ein ‚normaler‘ Tag im Garten ablaufe. Hierbei wurden besonders die Zusammenarbeit im Garten, sowie die Probleme die sich dabei ergaben, thematisiert.

Das vierte Thema war das der nachhaltigen Stadtentwicklung. Die GesprächspartnerInnen wurden befragt, welche Ansichten sie diesbezüglich haben und inwiefern nachhaltiges Handeln einen wichtigen Aspekt im Alltag der GärtnerInnen darstellt.

Die letzten Hauptthemen betrafen das Ernährungs- und Konsumverhalten der StadtgärtnerInnen und die Auswirkungen des Gärtnerns auf dieses. Es wurde gefragt, inwieweit der Eigenanbau von Nahrungsmitteln eine Bedeutung für die GärtnerInnen hat und ob der Aspekt der Selbstversorgung eine tragende Rolle für diese spielt, besonders hinsichtlich einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

Obwohl die Interviewtechnik auf bestimmte vorher erarbeitete Problemstellungen abzielte, sollte den InterviewpartnerInnen die Möglichkeit gegeben werden, von ihnen persönlich als wesentlich befundene Informationen einzubringen. So wurde die Reihenfolge der leitenden Hauptthemen nicht zwingend eingehalten, sondern nach dem Interesse der GesprächspartnerInnen erzählgenerierend strukturiert. Dies ist eine in den qualitativen Forschungsmethoden der empirischen Sozialforschung übliche Vorgangsweise.

4. Analyse und Auswertung der empirischen Daten

Mitte November 2013 wurde die fünfmonatige Datenerhebungsphase beendet und mit der Auswertung und Analyse des vorhandenen Forschungsmaterials begonnen. In den folgenden Abschnitten erfolgt die kommentierte Auswertung des Forschungsmaterials zur Bedeutung von Ernährungssouveränität für die gegenwärtige Urban Gardening Bewegung in Wien.

4.1 Aufbereitung des Forschungsmaterials

Das Forschungsmaterial besteht aus den Daten der empirischen Untersuchung, in diesem Falle waren dies die Aussagen in den Interviews sowie die Notizen im Feldtagebuch. Nachdem das Material festgelegt wurde, wurde in einem zweiten Schritt eine Tabelle angelegt, die Informationen zu den InterviewpartnerInnen und zur Erhebungssituation umfasst.

Abbildung 1 (siehe unten) zeigt die Aufzählung aller InterviewpartnerInnen sowie die Charakterisierung der einzelnen Interviewsituationen hinsichtlich der Räumlichkeit, in der das Interview stattfand, der Dauer des Interviews und der Motivation der GesprächspartnerInnen.

Die InitiatorInnen der Gemeinschaftsgärten bzw. der Vereine wurden mit vollem Namen angegeben. Einige der GärtnerInnen bzw. Vereinsmitglieder wollten nicht namentlich genannt werden und wurden aus diesem Grunde mit Frau A bzw. Frau B anonymisiert.

Interview-nummer	Interview-partnerIn	Dauer	Besondere Vorkommnisse
1	Simone Rongitsch	25 Min.	Interview findet im Gemeinschaftsgarten statt. Gesprächspartnerin wirkt ein bisschen gestresst, freut sich jedoch über das Interesse an dem Gartenprojekt.
2	Arbana Gjoni	45 Min.	Interview findet im Kaffeehaus statt. Interviewpartnerin freut sich über das Gespräch, fühlt sich mit dem Forschungsthema verbunden.
3	Sebastian Zeddel	47 Min.	Interview wird in einem Restaurant geführt. Gesprächspartner findet das Thema sehr interessant, ist sehr gesprächig und erzählt

			viel. Man merkt, dass er Experte auf diesem Gebiet ist.
4	Georg Demmer	35 Min.	Gespräch findet in einem Kaffeehaus statt, Interviewpartner gibt viele nützliche Informationen preis, wirkt sehr locker und redet langsam und sehr verständlich.
5	Markus Handl	27 Min.	Interview findet in einem Lokal statt. Die Hintergrundgeräusche sind ziemlich laut und der Gesprächsfluss wird oft von anderen Leuten unterbrochen. Interview ist dennoch informativ.
6	Frau A	37 Min.	Gespräch findet im Garten statt. Gesprächspartnerin verspätet sich ein wenig und wirkt ein bisschen aufgeregt. Man merkt jedoch, dass sie sich mit dem Thema auseinandergesetzt hat.
7	Frau B	36 Min.	Interview findet in einem Kaffeehaus in der Nähe des Gemeinschaftsgartens statt. Die Interviewte verspätet sich ein wenig, gibt aber vorher Bescheid. Es herrscht eine angenehme Atmosphäre und die Gesprächspartnerin geht genau auf die Fragen ein.
8	Caroline Sommerfeld-Lethen	50 Min.	Gespräch findet im Gemeinschaftsgarten statt. Die Interviewpartnerin ist Expertin auf ihrem Gebiet und erzählt sehr viel. Sie wirkt enthusiastisch und freut sich, dass sich jemand für das Projekt interessiert.
9	Bianca Sünbold	45 Min.	Interview findet in einem Kaffeehaus statt. Termin wurde oft verschoben, dann aber doch eingehalten. Interviewpartnerin freut sich über das Interview und wirkt sehr aufgeschlossen.
10	Yara Coca Domínguez	45 Min.	Gespräch wird in einem Kaffeehaus abgehalten. Trotz Zeitdruck, bemüht sich die Expertin und versucht, so gut, wie möglich auf die Fragen einzugehen. Die Gesprächssituation war durch die Hintergrundlautstärke der Lokalität allerdings etwas unangenehm.

Abbildung 1: Liste der InterviewpartnerInnen und Charakterisierung der Interviewsituation

Wie in der Tabelle ersichtlich dauerten die Interviews zwischen 25 und 50 Minuten. Die Dauer der Gespräche war vor allem von der zeitlichen Verfügbarkeit der GesprächspartnerInnen abhängig, die im Vorhinein abgesprochen wurde. Dies war notwendig, da ich mich an den vorgegebenen zeitlichen Rahmen halten wollte und bei Ausschweifungen während des Interviews, meine GesprächspartnerInnen wieder in die im Leitfaden definierte Richtung zu lenken versuchte.

Alle Interviews wurden – wie üblich bei qualitativen Interviews – mit einem Aufnahmegerät aufgezeichnet und im Anschluss transkribiert. Zusätzlich zum Transkript wurde ein Gesprächs- und Beobachtungsprotokoll verfasst. Da einige der GesprächspartnerInnen im Dialekt erzählten, erfolgte zur allgemeinen Verständlichkeit die Transkription in Hochdeutsch.

Die Grammatik wurde jedoch nicht verändert, auch bei grammatikalischer Inkorrektheit, blieben die Sätze unverändert. Emotionale Äußerungen wurden festgehalten und Pausen wurden mit Klammern gekennzeichnet. Betonte Worte wurden fett geschrieben, lang gezogene Begriffe mit Bindestrichen gekennzeichnet. Lautäußerungen, wie Lachen oder Seufzen, wurden in Klammer festgehalten. Das fertige Transkript wurde durch anschließendes Anhören der Aufzeichnung verglichen und etwaige Übertragungsfehler wurden ausgebessert.

Zusätzlich war es möglich, während der Teilnehmenden Beobachtung zahlreiche Gespräche in Form von sogenannten „ethnografischen Interviews“ (Schlehe 2003) durchzuführen. Nach diesen Gesprächen wurden Gedächtnisprotokolle angefertigt, die, wie die Beobachtungen selbst, im Feldtagebuch festgehalten wurden. Die Beobachtung und aktive Teilnahme am Geschehen in den Gemeinschaftsgärten, die in Form von Feldnotizen verschriftlicht wurden, waren für das Verstehen der GesprächspartnerInnen hilfreich.

4.2 Auswertung des Datenmaterials

Da es sich bei der hier dargestellten Forschung um eine explorative Untersuchung handelt, wurde die qualitative Inhaltsanalyse nach Philip Mayring (vgl. 1988) zur Analyse und Auswertung der empirischen Daten herangezogen.

Die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse dient, unter Einbeziehung der allgemeinen theoretischen Voraussetzungen (siehe Kapitel 2), der Exploration neuer Erkenntnisse zur Forschungsfrage. Diese Art von Analyse ist ein Verfahren zur systematischen Textanalyse, die regelgeleitet und transparent, Texte auf eine bestimmte Forschungsfrage hin analysiert und auswertet. Ziel der Inhaltsanalyse ist das Analysieren von Material, welches menschliches Handeln bzw. Verhalten repräsentiert.

Im Falle der vorliegenden Forschung wurde also, nach der ersten Sichtung und Ordnung des Forschungsmaterials sowie der Beschreibung der vorhandenen Daten, die Analyse auf die Forschungsfrage, also auf die Bedeutung von Ernährungssouveränität für urbane Gartenbewegungen in Wien, gerichtet.

Das als wesentlich erachtete Material wurde im Zuge des inhaltsanalytischen Verfahrens reduziert, sodass die wesentlichen Inhalte erhalten blieben, jedoch ein überschaubarer Rahmen geschaffen werden konnte. In einem weiteren Schritt wurden die Schwerpunktsetzungen der InterviewpartnerInnen aus dem reduzierten Material gesichtet und „kategorisiert“ (Lamnek 1995). In diesem Fall waren die Themen, die in allen Interviews am häufigsten angesprochen wurden, Ausgangspunkt für die eigentliche Kategorienbildung. Auf diese Weise konnten drei Hauptkategorien gebildet werden, welche sich aus drei Subkategorien zusammensetzen. Diese sind in Abbildung 2 ersichtlich.

Die Bezeichnung der Kategorien erfolgte dabei durch einen oder mehrere Begriffe, deren Formulierungen nahe am Material waren. Entsprach eine neue Textstelle der Definition der bestehenden Kategorien nicht, wurde eine neue Kategorie aus dem vorliegenden Material gebildet.

Durch die Anwendung des Interviewleitfadens waren die Gesprächstranskripte bereits nach den Forschungsfragen gegliedert. Somit war eine grobe Struktur für die im Folgenden generierten Kategorien bereits inhaltlich vorgegeben.

Vernetzung und Gemeinschaftsgefühle	Organisation der Gemeinschaftsgärten und der Vereine
	Gemeinschaftliche Nutzung und Bewirtschaftung der Grünflächen
	Kooperation und Vernetzung der Do-it-Yourself Projekte
Partizipation an der Stadtentwicklung	Beitrag zur Stadtgestaltung
	Einflüsse der Stadtpolitik
	Widerstände von ‚außen‘
Möglichkeit der nachhaltigen Subsistenzwirtschaft in der Stadt	Umgang mit städtischen Ressourcen
	Stellenwert der Ernte
	Möglichkeit des lokalen Eigenanbaus von Nahrungsmitteln

Abbildung 2: Hauptkategorien und Subkategorien

Die erste Hauptkategorie trägt die Bezeichnung ‚*Vernetzung und Gemeinschaftsgefühle*‘ und behandelt die Organisations- und Kooperationsform der, für diese Forschung berücksichtigten, Wiener Garteninitiativen. Hierbei kamen unterschiedliche Ansichten von den Gartenbewegungen bezüglich der gemeinschaftlichen Nutzung der Gärten zum Vorschein.

Die erste Hauptkategorie setzt sich – wie alle Hauptkategorien – aus drei Subkategorien zusammen: Die erste Subkategorie die ‚*Organisation der Gemeinschaftsgärten und der Vereine*‘ befasst sich dabei mit der allgemeinen Organisation der Wiener Garteninitiativen, wie der Entstehung und der Finanzierung der Projekte. Die zweite Subkategorie lautet ‚*gemeinschaftliche Nutzung und Bewirtschaftung der Grünflächen*‘ und thematisiert die unterschiedliche Auslegung des Konzeptes des ‚gemeinschaftlichen Gärtnerns‘ bei den Garteninitiativen und geht zudem auf die verschiedenen Nutzungsformen der berücksichtigten urbanen Gemeinschaftsgärten in Wien ein. Die dritte Subkategorie, die ‚*Kooperation und Vernetzung der Do-it-Yourself Projekte*‘ behandelt, wie der Name schon sagt, die Vernetzung zwischen den urbanen Garteninitiativen und die

Mitarbeit der GärtnerInnen in ähnlichen Do-it-Yourself Projekten. Dabei werden positive sowie negative Aspekte der Kooperation mit anderen Grassroot-Projekten thematisiert.

Die zweite Hauptkategorie trägt den Namen *„Partizipation an der Stadtentwicklung“* und befasst sich mit der Forderung der urbanen GärtnerInnen an der Stadtentwicklung teilzuhaben und das Stadtbild, zugunsten der BewohnerInnen, ökologischer zu gestalten. Hierbei werden in der ersten Subkategorie die *„Einflüsse der Stadtpolitik“*, also die Probleme mit der städtischen Verwaltung in Wien bei der Initiierung der Gartenprojekte aufgezeigt. Die zweite Subkategorie, der *„Beitrag zur Stadtgestaltung“*, behandelt den Wunsch der StadtgärtnerInnen das Stadtbild zu verändern und somit an der Stadtentwicklung zu partizipieren. Da gerade dieser Beitrag zur Stadtgestaltung oftmals von den AnrainerInnen kritisiert worden ist, befasst sich die dritte Subkategorie mit den *„Widerstände von „außen“* und zeigt die Konflikte der GemeinschaftsgärtnerInnen mit anderen Interessengruppen auf.

Die dritte Hauptkategorie die *„Möglichkeit der nachhaltigen Subsistenzwirtschaft“* geht auf den Aspekt der Selbstversorgung der Wiener StadtgärtnerInnen durch den Eigenanbau von nachhaltigen Nahrungsmittel in den urbanen Gärten ein, da dieser wesentlich für die Beantwortung der Forschungsfrage war.

In der ersten Subkategorie wird der nachhaltige *„Umgang mit städtischen Ressourcen“* und der zukunftsfähige Aufbau der berücksichtigen Gemeinschaftsgärten thematisiert. Danach wird in der zweiten Subkategorie auf den *„Stellenwert der Ernte“* bei den Urban Gardening Initiativen in Wien eingegangen. In diesem Zusammenhang wird in der dritten Subkategorie die *„Möglichkeit des lokalen Eigenanbaus von Nahrungsmitteln“*, also die Bedeutung des lokalen gemeinschaftlichen Eigenanbaus von nachhaltigen Nahrungsmittel für die StadtgärtnerInnen in der Stadt Wien diskutiert.

In den folgenden Abschnitten werden nun die Ergebnisse näher dargestellt. Die Aussagen der InterviewpartnerInnen des Gemeinschaftsgartens der Salat Piraten haben im Hinblick auf die Auswertung einen besonderen Stellenwert. Daher wird von Anfang an von diesen Ergebnissen ausgegangen.

Die Aussagen der Salat Piraten werden mit den Aussagen der GesprächspartnerInnen des Gemeinschaftsgartens ‚Tigergarten‘, sowie des Vereins ‚Gartenpolylog‘ kontrastiert, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Urban Gardening Initiativen in Wien herauszuarbeiten. Dies ist notwendig, um die verschiedenen Motive und Ziele der Gartenbewegungen in Bezug auf das gemeinschaftliche Gärtnern in der Stadt Wien, aufzuzeigen.

4.2.1 Darstellung der Ergebnisse I: Vernetzung und Gemeinschaftsgefühle

Die erste Hauptkategorie behandelt die Organisationsform der Wiener Gemeinschaftsgärten sowie der Vereine und geht auf die unterschiedlichen Nutzungskonzepte der städtischen Grünflächen ein. Zudem wird der Grad der Zusammenarbeit zwischen den Grassroot-Initiativen offen gelegt.

4.2.1.1 Organisation der Gemeinschaftsgärten und der Vereine

Was die Gründung der Gemeinschaftsgärten anbelangt, so zeigte sich, dass der Gemeinschaftsgarten in der Kirchengasse im 7. Wiener Bezirk durch eine Gruppe kreativer StadtbewohnerInnen, die sich zu einem Verein mit dem Namen ‚Salat Piraten‘ zusammenschlossen, errichtet wurde.

Der Verein war im Herbst 2012 gegründet worden und der Gemeinschaftsgarten in der Kirchengasse ist das erste Projekt und wird seit Anfang des Jahres 2013 aufgebaut.

Die Obfrau des Vereins der ‚SalatPiraten‘, Dipl.-Ing. Simone Rongitsch erzählte mir, wie es zur Gründung des Vereins kam. Sie hatte im Zuge ihrer Diplomarbeit zum Thema ‚Urbane Landwirtschaft in Buenos Aires‘ bereits ein Urban Farming Projekt in Argentinien durchgeführt. Hierbei stand der Entwurf einer produktiven Stadtlandschaft zur Sicherung der Freiräume in einem sozial-schwächeren Viertel in der Stadt Buenos Aires im Vordergrund. Das Projekt diene der Schaffung einer neuen Nahrungsquelle für die StadtbewohnerInnen und sollte, durch das selbstständige Beitreiben der urbanen Landwirtschaft, zudem deren Eigeninitiative stärken.

Das Urban-Farming Projekt in Buenos Aires und die positiven Erfahrungen, die damit einhergingen, bewegten Simone Rongitsch dazu, ein ähnliches Projekt in ihrer Heimat durchzuführen. Die Raumplanerin wollte zeigen, dass urbane Landwirtschaft auch im innerstädtischen Raum der Stadt Wien funktionieren kann. Dies war der Grund, der sie auch in Wien dazu veranlasste, ein ähnliches Projekt zu starten. Dazu sagte sie: *„(...) was in Buenos Aires funktioniert (lacht) was ich quasi als Ausländerin in Buenos Aires machen kann, kann ich in Wien auch machen“* (Simone Rongitsch, Nr.1/S.3/Z27f).

Gemeinsam mit einer Freundin die ihr nach Argentinien gefolgt war und sie dort bei ihrem Projekt unterstützt hatte, suchte sie dann eine geeignete Grünfläche in Wien: *„(...) da haben wir halt gemerkt wie einfach das eigentlich geht und wie gut das den Leuten tut und was das für ein Spaß **für uns auch** war, nicht nur, dass du denen hilfst und denen das zeigt, sondern du hast halt selber eine Beschäftigung und dann haben wir halt gedacht, dass kann ja in Wien nicht so schwer sein und haben auch dann angefangen zu suchen“* (Bianca Sünbold, Nr.9/S.1/Z25ff).

Simone Rongitsch erzählte des Weiteren, wie sie während der Suche nach einer Fläche auf andere MitstreiterInnen traf. So zum Beispiel auf den Vertreiber des ‚Co-Space‘, dies ist ein ‚Co-Working und Community-Space‘, also ein Gemeinschaftsbüro in Kombination mit Gastronomie .

George Demmer, der Vertreiber des ‚Co-Space‘, hieß die Idee, nebenan einen Garten zu initiieren, willkommen. Der Gemeinschaftsgarten wird also in Kooperation mit dem Co-Space geführt, der auch das offizielle Vereinslokal zur Verfügung stellt. Vor dem Beginn der Gartensaison wurde die Lokalität zudem als Lager genutzt.

Das Konzept wurde anschließend bei der MA 42, dem Magistrat der Stadt Wien, das für die Wiener Stadtgärten zuständig ist, eingereicht. Mit deren Bewilligung konnte mit der Planung und der Gestaltung des Gartens gestartet werden.

Der Verein der Salat Piraten wuchs innerhalb kurzer Zeit auf insgesamt 30 Mitglieder. Der Gemeinschaftsgarten selbst wird von einem sogenannten ‚Kernteam‘

geführt, das aus ca. 15 GärtnerInnen besteht. Diese treffen sich auch wöchentlich im Garten zum „After-Work-Urban-Gardening“ (Sebastian Zeddel, Nr.3/S.3/Z22).

Die restlichen 15 Mitglieder unterstützen den Garten und den Verein eher passiv:

„Wir haben da eher so passive Mitglieder, die halt sagen, ja okay, wir unterstützen das, die kommen öfter vorbei und dann gibt's halt noch die 10-15 Eingefleischten, die sich wirklich täglich oder wöchentlich intensiv drum kümmern“ (Simone Rongitsch, Nr.1/S.5/Z20ff).

Der zweite, für die vorliegende Forschung berücksichtigte Gemeinschaftsgarten war der ‚Tigergarten‘. Dieser war im Juni 2012 im 8. Wiener Bezirk von einer Gruppe engagierter AnrainerInnen gegründet worden. Die Initiatorin Caroline Sommerfeld-Lethen wollte für ihre Familie etwas Naturnahes in der Stadt schaffen, da sie die Trennung von Natur und Stadt nicht mehr nachvollziehen konnte und ihre Kinder den Bezug zur Natur nicht verlieren sollten.

Die Anrainerin vernetzte sich mit der Agendagruppe des Vereins ‚Lokale Agenda 21 in Wien zur Förderung von Bürgerbeteiligungsprozessen‘¹ und zog in Kooperation mit diesem, einen Gemeinschaftsgarten auf einer ehemals als Hundezone genutzten Fläche im Tigerpark auf.

Bei diesem Urban Gardening Projekt haben die InitiatorInnen, im Gegensatz zu den Salat Piraten, keinen Verein gegründet, sondern sind zu einem bestehenden Verein beigetreten.

Den Informationen der GemeinschaftsgärtnerInnen zufolge, ist es in der Stadt Wien nämlich nicht ohne Weiteres möglich, als Privatperson die Nutzung einer öffentlichen Grünfläche übertragen zu bekommen.

Dies bestätigt auch die Initiatorin des Gemeinschaftsgartens Tigergarten: *„Die Stadt gibt das vor, dass man sozusagen, wenn man Grünflächen der Stadt Wien nutzen will (...) und das nicht als Privatperson machen darf sondern als Verein oder als Firma, Organisation (...)“* (Caroline Sommerfeld-Lethen, S.5/Z17ff).

¹ Der Verein ‚Lokale Agenda 21 zur Förderung von Bürgerbeteiligungsprozessen‘ setzt sich in Wien seit 1998 für eine nachhaltige Bezirks- und Stadtentwicklung ein. Der Verein selbst ist die zentrale Koordinationsstelle für den ‚LA 21 Prozess‘ in den Bezirken und übernimmt Aufgaben des Wissenstransfers, der Öffentlichkeitsarbeit und der Steuerung. (Vgl. LA 21)

Daher war bei beiden Gartenprojekten die Gründung eines Vereins bzw. der Beitritt zu einem Verein erforderlich, um die Grünflächen der Stadt Wien für gemeinschaftliche Projekte zu nutzen.

Im Gegensatz zum Verein der Salat Piraten jedoch, wo die GemeinschaftsgärtnerInnen auch Vereinsmitglieder sind, sind beim Gemeinschaftsgarten Tigergarten nur die Initiatorin des Gemeinschaftsgartens sowie der zuständige Vertreter aus der Agendagruppe, Mitglied des zuständigen Vereins. Die GärtnerInnen selbst, das sind bei diesem Gemeinschaftsgarten vorwiegend Familien und institutionelle Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen und andere soziale Einrichtungen, aber auch Einzelpersonen, sind aufgrund der hohen Anzahl keine Mitglieder des Vereins.

Nach der Gründung eines Vereins oder dem Beitritt in einen solchen, ist eine weitere Auflage der Stadt Wien für die Nutzung von städtischen Freiräumen für gemeinschaftliche Projekte, die nicht kommerzielle Nutzung dieser Flächen. Demzufolge dürfen die Vereine durch ihre Gartenprojekte keinen Gewinn erzielen und keine geschäftlichen Interessen verfolgen. Lediglich Spenden sowie Förderungen, die der Erhaltung des Gemeinschaftsgartens zugute kommen, dürfen entgegengenommen werden.

Es zeigte sich in weiterer Folge, dass die berücksichtigten Gartenprojekte sich vorwiegend durch Mitgliedsbeiträge und Spenden von Veranstaltungen finanzieren, die ein paar Mal jährlich in den Gemeinschaftsgärten stattfinden.

So wird das Gemeinschaftsgartenprojekt der Salat Piraten durch einen Mitgliedsbeitrag von 30 Euro pro Jahr und durch Spenden von den Festen im Sommer finanziert: *„(...) also ich glaub, wenn wir anfangen würden, Gemüse in großem Maßstab zu verkaufen oder so, würde wahrscheinlich jemand was sagen, aber wir dürfen als Verein natürlich Spenden lukrieren“* (Frau B, Nr.7/S.20/Z6ff).

Zudem wurde dem Verein für sein Projekt eine Förderung von der Stadt Wien zugesprochen.

Auch der Tigergarten erhielt Förderungen von der Stadt Wien für den Aufbau des Gemeinschaftsgartens. So wurde ein Teil der Kosten für den Bau der Beete, also für die Erde und das Holz, von der MA 42, dem Amt für die Wiener Stadtgärten und dem Bezirk selbst, gesponsert.

4.2.1.2 Gemeinschaftliche Nutzung und Bewirtschaftung der Grünflächen

Eine zweites Thema, das im Zusammenhang mit der Hauptkategorie angesprochen wurde, ist der Aspekt der gemeinschaftlichen Nutzung der urbanen Gärten. Es zeigte sich, dass die Bedeutung von ‚Gemeinschaft‘ von den drei berücksichtigten Gartenbewegungen unterschiedlich aufgefasst wurde.

Den Informationen des Vereins Gartenpolylog zufolge, sind die meisten Gemeinschaftsgärten in der Stadt Wien nach einer bestimmten Organisationsform, die aus einer abgeschwächten Form des Community Gardening besteht, organisiert. So werden die Parzellen einzeln vergeben, Gartengeräte dennoch gemeinschaftlich genutzt und alltägliche Aufgaben zur Erhaltung des Gartens, abseits der Parzellen, unter den StadtgärtnerInnen aufgeteilt.

Im Gegensatz zu den anderen berücksichtigten Gemeinschaftsgärten der Stadt Wien, die Parzellen Parteienweise vergeben oder vermieten und bei denen jede Partei für ihre Parzelle zuständig ist, wird der Gemeinschaftsgarten der Salat Piraten zur Gänze gemeinschaftlich geführt und bewirtschaftet.

Diese Idee der gemeinschaftlichen Nutzung, sowie der Bewirtschaftung der Grünfläche stand, den StadtgärtnerInnen zufolge, seit Anfang an, also seit dem Aufbau des Gartens, im Vordergrund. Dies bestätigte die Initiatorin des Gartens: *„Und das war uns auch wichtig, weil es gibt (Pause) sehr wenige, oder fast keine Gärten in Wien, Gemeinschaftsgärten die so nach dem Gemeinschaftsprinzip funktionieren, die meisten haben Felder zu vergeben, sehen sich als Gemeinschaftsgarten, weil sie sich eine Fläche teilen, oder weil sie sich, wenn jeder sein Hochbeet, ja“* (Simone Rongitsch, Nr.1/S.7/Z21ff).

Durch diese spezielle Organisationsform des Gemeinschaftsgartens möchte die Gartenbewegung Aufteilungsprobleme vermeiden sowie die bestmögliche Nutzung der Grünfläche erzielen. So erzählt eine Gemeinschaftsgärtnerin: *„(...) das war von Anfang an eine klare Entscheidung ä-h-m weil's da soviel Potential für Streitereien und so weiter gibt, einfach dass man sagt ja und ich hab das Beet im Schatten und du hast das in der Sonne und ich bin am Zaun (...) ich find für die Fläche, die größtmögliche Chance ist, wenn man wirklich versucht irgendwie die ganze Fläche gemeinsam zu bewirtschaften, das ist natürlich auch von den Leuten her am Spannendsten, aber ich mag dieses kleine Abstecken und mein Beet, dein Beet Ding nicht, weil wenn man's sich eh grad so einteilen kann, dass jeder am Tag mal Gießen kommt oder einmal am Tag gegossen wird“* (Frau B, Nr.7/S.4/Z9ff).

Das Konzept der gemeinschaftlichen Nutzung ist nämlich, wie schon erwähnt, kein allgemein adaptiertes Konzept im Bereich der Gemeinschaftsgärten.

Der Tigergarten im 8. Bezirk beispielsweise, vergibt die zu bewirtschaftenden Hochbeete, wie die meisten Gärten der Stadt Wien, Parteienweise.

So erzählt die Initiatorin: *„Ja, es sind einmal die Zwergerlgartengruppe die hat dieses Beet da vorne, es ist einmal ich weiß nicht welches Beet das ist, ich glaub da hinten die Behindertenwerkstatt und es ist einmal da hinten eine Truppe rote Falken“* (Caroline Sommerfeld-Lethen, Nr.8/S.10/Z1ff).

Diese Form der Organisation hat sich, der Initiatorin zufolge durchgesetzt, da so einerseits ein besserer Überblick über die aktiven GärtnerInnen behalten werden kann und sich andererseits die vielen verschiedenen Parteien beim Gärtnern nicht gegenseitig behindern.

Es befindet sich zwar eine kleine Hütte im Garten mit Geräten, die zur Bewirtschaftung der Grünfläche dienen und für alle GärtnerInnen zugänglich sind, die Pflege und Bewirtschaftung der Beete obliegt aber nur den einzelnen Parteien, die unabhängig voneinander gärtnern: *„(...) das ist eines jeden eigenen Problem, es gibt Leute, die ihren Salat in die Höhe schießen lassen und sich nicht kümmern“* (Caroline Sommerfeld-Lethen, Nr.8/S.11/Z2f).

Der Gemeinschaftsgarten der Salat Piraten bildet deswegen mit seiner besonderen Organisationsform, die sich aus der gemeinschaftlichen Nutzung der Fläche

zusammensetzt, die Ausnahme unter den berücksichtigten Gemeinschaftsgärten in Wien. Die Grünfläche wird zur Gänze kollektiv bearbeitet und die Ernte gemeinsam verwertet.

Das Team des Gemeinschaftsgartens der ‚Salat Piraten‘, das aus ca. 15 aktiven GärtnerInnen besteht, kann prinzipiell überall anbauen wo es möchte, *„(...) aber es ist dann nicht nur deins“* (Frau B Nr.7/S.5/Z1f).

Da die Fläche überschaubar ist, funktioniert dies, den Aussagen der GärtnerInnen nach, sehr gut. So erzählt ein Stadtgärtner: *„Wir haben das jetzt nicht so deklariert das ist dein Feld, das ist mein Feld (...) sondern wir haben uns gedacht was machen wir denn? Da wir dann ein eher kleinerer Kreis sind und auch eine kleine Fläche haben (Pause) es ist überschaubar und es ist dann so ich hab das eine Beet mit Zucchini, Kürbis und Gurken angelegt, aber ich würde es nicht als mein Feld bezeichnen (Pause) ich hab halt das Feld gemacht, aber es ist jetzt nicht so, ich schau jetzt nur darauf, das natürlich nicht“* (Sebastian Zeddel, Nr.3/S.9f/Z28ff).

Jeder trägt die Verantwortung für den ganzen Garten *„(...) und wenn man gießt, dann gießt man auch nicht nur sein Beet, sondern dann gießt man den ganzen Garten, man muss halt ne Stunde oder so einplanen“* (Frau A, Nr.6/S.12/Z21ff).

Was die Organisation der Tätigkeiten zur Erhaltung der Gärten betrifft, so zeigte sich, dass die Aufteilung der Gartenarbeit von den GärtnerInnen über ein Online Portal kommuniziert wird. Hierbei wurde sichtbar, dass die Kommunikation unter den GärtnerInnen durch die neuen Medien erleichtert oder überhaupt erst möglich wird. So wird bei den Salat Piraten die Aufteilung der Gartenarbeit mittels To-Do-Listen über eine Facebook-Gruppe organisiert: *„(...)wir haben einen Gießplan, das geht über Facebook und unser Community Forumsding, einfach so eine To-Do-Liste ganz einfach, jeder trägt sich ein und wir schauen dann, dass täglich einer da ist“* (Simone Rongitsch, Nr.1/S.8/Z9ff).

Zudem kam zur Sprache, dass auch die Nachbarsfamilien gelegentlich bei den alltäglichen Aufgaben mithelfen, sollten diese aus zeitlichen Gründen von den GärtnerInnen nicht eingehalten werden können. Einige GärtnerInnen des Gemeinschaftsgartens der Salat Piraten meinten auch, dass es häufig vorkomme, dass AnrainerInnen ihre Unterstützung anbieten und Samen oder Setzlinge zum

Einsetzen im Garten, vorbeibringen. So erzählt eine Gemeinschaftsgärtnerin: *„Ja da kommen immer so Leute und bringen uns Pflanzen und es war eine Frau, die aus der Türkei kommt und sie hat gesagt, dass sie Tomaten zuhause hat und sie jetzt in die Türkei fliegt, und ob sie zu uns die Tomaten bringen kann, damit wir uns darum kümmern und ja und ja es war ganz nett oder es kommen auch viele Leute mit Pflanzen und lassen diese in unserem Garten“* (Arbana Gjoni, Nr.2/S.5/Z5ff).

Seit der Gründung des Gemeinschaftsgartens bis zur Beendigung meiner Feldforschung meldeten sich regelmäßig StadtbewohnerInnen, die Interesse hegten, bei dem Urban Gardening Projekt mitzuarbeiten. Die Salat Piraten begrüßten die zahlreichen Anfragen und das anfängliche Kernteam gewann in kurzer Zeit viele neue Mitglieder.

Allerdings gestaltete sich nach der Aufbauphase des Gartens durch das Kernteam, der Umgang mit neuen Mitgliedern, sowie die Vermittlung der gemeinschaftlichen Prinzipien an diese, als schwierig.

Eine Gärtnerin berichtet: *„(...) also es hat sich schon eine gute Gemeinschaft entwickelt, das auf jeden Fall und am Anfang war's dann noch ein bisschen schwierig (...) da waren halt schon viele dabei, die den Verein halt nicht mit aufgebaut haben, die aber mit einsteigen wollten, also die nicht diese ganze Vereinsgründungssache mitgemacht haben, aber dann mithelfen wollten (Pause) da war's ein bisschen schwierig, weil die dann schon mit ganz anderen Gedanken gekommen sind. Da sind viele gekommen, die gesagt haben, ich hätt gern meine Parzelle, ich hätt gern mein eigenes Stück, ja, also das war dann halt ein bisschen schwierig das zusammenzubringen“* (Frau B, Nr.7/S.4/Z4ff).

In den Gesprächen zeigte sich, dass neue Mitglieder anfangs Verwunderung über die Organisationsform des Gemeinschaftsgartens zeigten, dies bestätigte auch eine Gemeinschaftsgärtnerin: *„(...) ich war da sehr überrascht ja, ich wusste halt nicht genau wie das funktioniert und ich hab mich ja auch ganz spontan dazu bereit erklärt da mitzumachen und hab eben gefragt quasi ja, wo darf ich mein Zeug einpflanzen und wo darf ich mein Zeug ernten und da gibt's halt dieses Konzept mit mein und dein nicht“* (Frau A, Nr.6/S.11/Z5ff).

Trotz der anfänglichen Schwierigkeiten mit neuen Mitgliedern, wird aber gerade die gemeinschaftliche Nutzung des Gartens, die durch den Beitrag der Nachbarschaft

ergänzt wird, von den GärtnerInnen als besonders positiv angesehen: *„(...) dass halt jeder irgendwie dann anpackt und dass dann auch was Gemeinschaftliches daraus entsteht“* (Frau A, Nr.6/S.5/Z27f).

Anhand der Aussagen der InterviewpartnerInnen wird ersichtlich, dass urbane Gemeinschaftsgärten die Nachbarschaft sowie das ‚Miteinander‘ fördern können. So wird besonders von den GärtnerInnen des Gemeinschaftsgartens der Salat Piraten hervorgehoben, wie bedeutend der Aspekt der gemeinschaftlichen Nutzung des Gartens für sie ist.

Urbane Gemeinschaftsgärten können somit als soziale Phänomene angesehen werden, die wichtige soziale Funktionen erfüllen.

So wird der Gemeinschaftsgarten der Salat Piraten als Treffpunkt genutzt, um anstehende Veranstaltungen zu planen und den *„Community Garden Gedanken“* (Sebastian Zeddel, Nr.3/S. 2/Z29) selbst zu zelebrieren. Dies ist für die GemeinschaftsgärtnerInnen von großer Bedeutung: *„(...) Und ich find, dass das halt auch als Kommunikationsort in der Stadt super und wichtig sein kann, weil natürlich (...) man lernt plötzlich neue Leute kennen aus der Nachbarschaft und über Gärten können irgendwie alle reden (...)“* (Frau B, Nr.7/S.12/Z26ff).

Jeden Mittwoch treffen sich die aktiven Mitglieder, dann wird *„(...) gegossen, gejätet ä-h-m vielleicht bisschen geerntet äh wir haben mal Salat gegessen, die erste Ernte zum Beispiel und dann werden Events besprochen (...) ein Austausch, wo es sich aber schon um den Garten dreht, findet dann statt“* (Frau A, Nr.6/S.2/Z30ff).

In den Interviews wurde der Hintergrund dieser gemeinschaftlichen Bewirtschaftung des Gartens der Salat Piraten im ‚Community Gardening‘, dem Ursprung des kollektiven urbanen Gärtnerns im New York der 1970er Jahre, gesehen. Also war das Zusammenbringen der NachbarInnen sowie die Bildung einer Gemeinschaft, dies wurde von mehreren GesprächspartnerInnen betont, einer der Hauptbeweggründe der AkteurInnen.

Dies bestätigte die Initiatorin des Gemeinschaftsgartens: *„Das ist schon ein Gemeinschaftsgarten, wir kommen da her, manchmal spielen wir nur da, am Sonntag Brettspiele, keine Ahnung, was Trinken meistens und das is‘ schon irgendwie so zum Beispiel (...) ich hab keinen Balkon, ich hab keine Terrasse, also von dem her genieß‘ ich*

das schon, dass ich sage, ich komm da jetzt her und ja, es ist immer irgendwer, jedes mal wenn man herkommt, sagt der Erste gleich, das hat schon funktioniert und das kommt und das ist ja alles spannend, weil's das erste Jahr ist, also wir schauen, dass es stetig weitergeht und ja“ (Simone Rongitsch, Nr.1/S.13/Z26ff).

So zeigte sich während der Feldforschung, dass der soziale Aspekt bei dieser Urban Gardening Bewegung einen wesentlichen Stellenwert einnimmt.

Dies äußerte sich auch in den Aussagen der GemeinschaftsgärtnerInnen, die sich zwar nicht als „*eingeschworene Gruppe*“ (Frau A, Nr.6/S.13/Z19) ansahen, jedoch schon als Teil einer Gemeinschaft sehen und sich auch mit dieser identifizieren. So meinten einige GärtnerInnen, dass sie die Gemeinschaft, die sich mittlerweile gebildet hat, besonders schätzen und sich wohl in dieser fühlen: „*Wir sind jetzt nicht die Piraten, die gemeinsam durch die Stadt laufen und säen und Schätze ernte, das jetzt nicht, aber es ist schon so, dass sich jeder damit identifiziert, es so auch nach außen trägt, es ist eine angenehme Identifikation und Mischung von Leuten da*“ (Sebastian Zeddel, Nr.3/S.8/Z2ff).

Dies zeigt sich auch während meiner Teilnahme beim gemeinschaftlichen Gärtnern. Auch wenn einige der GärtnerInnen schon vor der Gründung des Gemeinschaftsgartens befreundet gewesen sein mögen, so hatte ich das Gefühl, dass gerade die gemeinsame Verantwortung der GärtnerInnen, die mit der Gründung und Erhaltung eines urbanen Gemeinschaftsgartens einhergeht, zur Bildung einer neuen Qualität der Gemeinschaft geführt hat.

Dem stimmten auch zwei Stadtgärtnerinnen zu: „*(...) dass man halt die Leute trifft (...) dann war das halt schon schön, weil's halt so (Pause) die haben alle die gleichen Intentionen dahinter (...) den gleichen Beweggrund, warum wir da sind und das ist halt schon schön*“ (Bianca Sünbold, Nr.9/S.8/Z11).

4.2.1.3 Kooperation und Vernetzung der Do-it-Yourself Projekte

Während der Feldforschung in den Wiener Gemeinschaftsgärten wurde sichtbar, dass die StadtgärtnerInnen auch der Vernetzung, sowie der Kooperation mit Projekten mit ähnlichen Hintergründen, eine wesentliche Bedeutung zumessen.

Vernetzung meint darüber hinaus zweierlei: Die untersuchten Gemeinschaftsgärten sind einerseits mit dem Verein ‚Gartenpolylog‘ vernetzt, andererseits arbeiten sie mit diversen anderen ‚Do-it-Yourself Projekten‘ zusammen.

Der Verein ‚Gartenpolylog‘ dient, wie schon erwähnt, der virtuellen Vernetzung der Wiener Gemeinschaftsgärten und fungiert gleichzeitig als Interessensvertretung dieser. Dies bestätigte eine der Obfrauen des Vereins: *„(...) und die Idee, die Grundidee war eben äh zu schauen, welche Initiativen gibt's in Österreich, also wie zu vernetzen und dann äh natürlich auch ein bisschen Lobbying-Arbeit zu machen“* (Yara Coca Domínguez, Nr.10/S.1/Z10ff).

Die Salat Piraten suchen, wie in den Interviews erkennbar, zwar nicht unbedingt aktiv den Zugang zum Gartenpolylog, trotzdem nehmen sie gelegentlich an Aktionen des Gartenpolylogs teil: *„(...) ach ja wir haben mitgemacht bei dieser (...) Gemeinschaftsgärtenfahrradtour oder so, wo bei lauter Gemeinschaftsgärten angehalten wurde (Pause) geile Aktion eigentlich“* (Bianca Sünbold, Nr.9/S.6/Z7ff). Die Vernetzung mit anderen Gemeinschaftsgärten in der Stadt Wien fand bei dem untersuchten Urban Gardening Projekt allerdings nicht statt. Den StadtgärtnerInnen zufolge, wird dies aufgrund der außergewöhnlichen Organisationsform des Gartens nur bedingt gewünscht: *„(...) weil halt auch die meisten irgendwie auch ein bisschen anders sind als wir (...) vielleicht war's auch dieses Ding, wir wollen's alleine schaffen, ich weiß es nicht, also es war nicht beabsichtigt, dass wir uns an keinen wenden, aber wir haben auch nicht den Bedarf gesehen irgendwie“* (Bianca Sünbold, Nr.9/S.7/Z1ff).

Allerdings kooperiert der Gemeinschaftsgarten der Salat Piraten mit Projekten mit ähnlichen Ideologien und viele der Mitglieder sind zudem noch in anderen Do-it-Yourself Projekten beteiligt. So meinte die Initiatorin: *„George Demmer macht dieses, ähm Co-Space, Arbeitsplatz gemeinsam nützen, ist auch eine Art neuartiger Bürolandschaft, ähm sonst (Pause) ja die Bianca, die ist Krankenschwester, die hat vorher eben diese Kaffeehaus dort unten gehabt und die hat sich auch für die Richtung neuartiges Pop-Up Café entschieden und sie hat auch sehr viel vegan gekocht und gemacht und vegetarisch, also viel ausprobiert“* (Simone Rongitsch, Nr.1/S.10/Z20ff).

Eine Vereinsmitglied betont, dass viele der GärtnerInnen motiviert und aufgeschlossen gegenüber neuen Projekten mit ähnlichen ökologischen Hintergründen seien und es auch darum gehe die unterschiedlichen Teile der Gesellschaft mittels solcher Projekte zu vernetzen.

Das Gemeinschaftsbüro Co-Space (Co-Working und Community-Space) ist – wie bereits erwähnt – Kooperationspartner und die BesucherInnen der Lokalität können den Gemeinschaftsgarten nebenan auch nutzen: *„Das ist ja auch der große Vorteil mit dem Co-Space trotzdem auch, dass der nebenan ist, dass der Georg auch gleich daneben ist, einfach um zu gucken, ob alles okay ist, oder wenn sonst keiner Zeit, mal irgendwie mit der Gießkanne rüber zu gehen oder so“* (Frau B, Nr.7/S.10/Z2ff).

So bringt, laut den Aussagen der GärtnerInnen, die Zusammenarbeit des Co-Space mit dem Gemeinschaftsgarten viele Vorteile für beide Projekte: Der Gemeinschaftsgarten konnte die Räumlichkeiten des Co-Space für die Unterbringung der ersten Setzlingen nutzen und auch die, beim Aufbau des Gartens, benötigte Elektrizität konnten von dem Gemeinschaftsbüro mitgenutzt werden. Der Co-Space dagegen bieten seinen BesucherInnen den urbanen Garten zum entspannten Verweilen an.

Eine andere Kooperationsform ist die im Zusammenhang mit dem Sommerfest, das erstmals im September 2013 stattfand. In Kooperation mit dem ‚Mädlsflohmarkt‘, den DJ’s von ‚Tanz durch den Tag‘ – ein Kollektiv von Kunst- und Kulturschaffenden, welches in der Stadt Wien Freiluft-Events und Festivals veranstaltet – und dem ‚Hafenjungen‘, der die Getränke sponserte, fand dieses Fest statt. Dazu sagt ein Vereinsmitglied lapidarisch: *„(...)s-o-o-o viele Leute mit vielen Ideen“* (Frau A, Nr.6/S.17/Z28). Diese Aussage zeigt die Wertschätzung der Zusammenarbeit zwischen den StadtgärtnerInnen und den KooperationspartnerInnen.

Durch die Gestaltung des urbanen Gartens als Gemeinschaftsgut, das bedeutet, dass die Gärten gemeinschaftlich und kooperativ genutzt werden, zeigte sich, dass die Gemeinschaftsgartenszene auch ein Ort der sozialen Vielfalt ist. So erzählt eine Gemeinschaftsgärtnerin: *„Und vor allem es hat einfach irrsinnig viele verschiedene*

Leute dahin gebracht, auch in Kooperation mit dem Mädlsflohmarkt gemeinsam (...)
(Frau B, Nr.7/S.19/Z12ff).

Folglich entstanden durch die Kooperation mit anderen gemeinschaftlichen Projekten, Freiräume des sozialen Miteinanders und der sozialen Begegnungen. Diese urbanen Freiräume sehen die AkteurInnen als Schnittstelle zwischen den wachsenden Strukturen und den individuellen Vorstellungen der Menschen.

Aber auch der Tigergarten kooperiert mit anderen Vereinen. Da die halb-öffentliche Grünfläche ja nur von einem ‚Verein‘ genutzt werden darf, vernetzte sich die Gründerin mit dem Verein ‚Asphaltpiraten‘, der eine alternative Nutzung des öffentlichen Raums in Wien anstrebt. So berichtet die Initiatorin des Gemeinschaftsgartens: *„(...) die fanden das natürlich Klasse, dass jetzt einfach eine größere Menge neu dazukommen zum Verein, auf der anderen Seite und wir dann die Vereinsstruktur nutzen können und haben dann eben die Vereinskennzahlen usw. ähm der MA42 gegeben und dann ging das ganz schnell (...)*“ (Caroline Sommerfeld-Lethen, Nr.8/S.5/Z7ff).

Hier kann man deutlich die zweckgerichtete Zusammenwirkung des Tigergartens mit dem Verein ‚Asphaltpiraten‘ erkennen. Mitglieder des Vereins sind allerdings nur die zwei Hauptverantwortlichen des Gartenprojektes, da in dem Gemeinschaftsgarten – wie bereits erwähnt – vorwiegend Mitglieder institutioneller sowie sozialer Einrichtungen gärtnern, die dem Verein, aufgrund der hohen Anzahl der GärtnerInnen, nicht beigetreten sind. Demzufolge sind nur die Initiatorin Caroline Sommerfeld-Lethen und der Zuständige der Agendagruppe Josefstadt, der dem Verein Lokale Agenda 21 angehört und die Gründung des Gemeinschaftsgartens ermöglichte, Mitglieder des Vereins.

Die Vernetzung lässt sich aber auch in anderen Bereichen nachvollziehen. Denn neben der Vernetzung auf der Ebene der Organisationen, sind auch die einzelnen Individuen, also die GemeinschaftsgärtnerInnen bei anderen Initiativen in Wien tätig. So wurde dies bei einem Interviewten sichtbar, der für eine ‚neue Wirtschaft‘ eintritt und, das ‚veraltete‘ österreichische Recht zu verbessern versucht. Dazu erzählt der Gemeinschaftsgärtner: *„(...) das ist die Initiative neue Wirtschaft, wo sich einfach so kleine Firmen usw. einmal in Monat treffen und halt probieren gewisse*

Sachen irgendwie besser zu machen und untereinander abzusprechen und so.“ „(...) ich hab mir diesen winzigen Laden und drei Gewerbescheine dafür und du stößt halt an allen Ecken und Enden an irgendwelche Hürden und Schwierigkeiten und alles Mögliche. Das Ganze, was in Österreich so dieses Recht angeht für Gewerbe usw. ist so extrem veraltet“ (Markus Handl, Nr.5/S.10/Z14ff).

Ein weiteres Vereinsmitglied der Salat Piraten ist der Besitzer des ‚Hafenjungens‘ im 6. Bezirk. Die Lokalität ist tagsüber eine Grafikdesignagentur, abends wird sie zur Kneipe und zum Shop: *„(...) also tagsüber ist das ganz normal mein Büro, also mein Brotjob ist Grafiker und abends von 17-21 Uhr, deswegen auch die kurzen Öffnungszeiten, ist es dann öffentlich ein Lokal und ein Shop“* (Markus Handl, Nr.5/S.11/Z18ff).

Die Idee hinter diesem Konzept ist eine einfache: Der selbstständige Grafiker wollte seine Arbeitszeiten einhalten und einem geregelten Tagesablauf nachgehen: *„(...) ich wollt einfach nicht daheim sitzen und von zuhause als Freelancer oder so arbeiten und da wird man mit der Zeit so asozial (...) ja, man arbeitet nachts durch irgendwie, sitzt dann tagsüber im Kaffeehaus, weil keiner Zeit hat und das wollt ich nicht mehr und deswegen hab ich gesagt (Pause) dass das Büro dann einfach öffentlich geworden ist“* (Markus Handl, Nr.5/S.11/Z30ff).

Ein positiver Aspekt dieser Kooperationen, dies wurde von mehreren StadtgärtnerInnen betont, ist vor allem die Unterstützung untereinander: *„Wien ist sonst eher so sehr so auf Neid und so weiter und Konkurrenz und so aufgebaut und bei uns ist das (...) halt eine Generation auch von Unternehmen (...) das ist eher so ein neues Ding auch für Wien (...) dass wir das eher als Bereicherung sehen, wenn da noch jemand da ist und halt irgendwie schaut, ob man da nicht gewisse Sachen austauschen kann, Know-how oder was gemeinsam machen, Kooperationen und so“* (Markus Handl, Nr.5/S.16/Z29ff).

Es wurde sichtbar, dass die Kooperation unter den Do-it-Yourself Projekten zum Nutzen aller Beteiligten führte und dies auch von den Beteiligten bewusst angestrebt wurde.

So wird vor allem der Wissensaustausch, der durch die Vernetzung mit den anderen Do-it-Yourself Projekten entsteht, von den StadtgärtnerInnen als Bereicherung

angesehen. Hier wird vor allem die Fähigkeit der gemeinsamen Bewältigung von Problemen, als positiver Aspekt der Kooperation anerkannt.

4.2.2 Darstellung der Ergebnisse II: Partizipation an der Stadtentwicklung

Die zweite Hauptkategorie, die ‚Partizipation an der Stadtentwicklung‘, thematisiert den Beitrag der Urban Gardening Bewegung zur Stadtgestaltung. Dabei werden die Schwierigkeiten, die durch eine alternative Nutzung öffentlicher Flächen in der Stadt Wien entstehen, diskutiert.

4.2.2.1 Einflüsse der Stadtpolitik

Ein Leitmotiv in den Gesprächen mit den GärtnerInnen war die Stadtpolitik bzw. die Beziehungen zu der Stadt Wien.

Die Suche nach einer entsprechenden Fläche für das Pilotprojekt wurde den Gründungsmitgliedern des Vereins der Salat Piraten von der Stadt Wien nicht einfach gemacht, da es nicht vorgesehen ist, dass ein Park oder eine (halb)-öffentliche Fläche in der Stadt Wien landwirtschaftlich von einem Verein genutzt werden kann.

Eine Obfrau des Vereins ‚Gartenpolylog‘ meinte, dass *„in Wien eine Basisdemokratie herrscht, also es gibt das Rathaus, es gibt die Gemeinde, aber es gibt dann auch die Bezirke und die bestimmen auch sehr wohl, was in jedem Bezirk passiert, was eh sinnvoll ist, aber dort sitzen dann Personen, manche sind zugeneigt, manche sind abgeneigt, je nachdem welche Farbe auch die Personen dann tragen und wenn sie dann dagegen sind, dann ist es fast unmöglich (...)“* (Yara Coca Domínguez, NR.10/S.2/Z13ff).

Aber trotz dieser gesetzlichen oder ungünstigen Konstellation war die Gemeindeverwaltung sehr offen. Im 7. Wiener Gemeindebezirk agierte die Bezirksverwaltung dem Gemeinschaftsgartenprojekt der Salat Piraten gegenüber sehr aufgeschlossen: *„(...) wir sind dann aber doch im siebten Bezirk fündig geworden, durch den grünen Bezirksvorsteher, der dem bisschen offener gegenüber steht und da*

hat sich dann eben diese recht kleine Fläche in der Kirchengasse ergeben“ (Sebastian Zeddel, Nr.3/S.2/Z2ff).

Anfangs gab es gemäß einer Gärtnerin auch *„(...) bissl die Geschichte der politischen Anbietung von den Grünen im Bezirk zum Beispiel, die natürlich den Bezirk verwalten.“ (Frau B, Nr.7/S.7/Z9ff).*

Dennoch betont die Gartenbewegung, dass sie eine eigenständige, autonome und politisch unabhängige Gemeinschaft ist, die sich gänzlich von Einflüssen politischer Parteien frei hält. Dies bestätigt ein Mitglied der Gartenbewegung: *„(...) es wurde festgelegt, dass wir ähm nicht als grünes Projekt hier stehen wollten, sondern eben das eigenständig, autonom, unpolitisch, unabhängig, machen wollen“ (Georg Demmer, Nr. 4/S.9f/Z31ff).*

Dieser Kerngedanke soll so auch an die Öffentlichkeit, sowie an neue Vereinsmitglieder weitergegeben werden: *„(...) deren Projekt ist das nicht, die können sagen, sie fördern das, sie unterstützen das, aber es ist nicht ihr Projekt (Pause) und ich find das wichtig, auch für die neuen Leute, die dazukommen (...)“ (Frau B, Nr.7/S.7/Z15ff).*

Auch wenn der Verein der Salat Piraten durch seinen Namen schon oft in Verbindung mit einer politischen Partei gebracht wurde, betonten die GärtnerInnen, dass diese nicht in Zusammenhang mit der Namensgebung stand: *„Es ist aus mehrerer Sicht ein schwieriger Name, weil man ja auch immer (Pause) quasi erklären muss, dass man nix mit den Piraten als politische Partei zu tun hat“ (Frau B, Nr.6/S.17/Z6ff).*

Tatsächlich betreiben die Gärtnerinnen kein ‚Guerilla Gardening‘¹, sondern wollen in Absprache mit der Gemeinde den Gemeinschaftsgarten führen, also *„(...) nach Möglichkeit beim bestem Einvernehmen mit der Stadt und mit dem Bezirk die Fläche bewirtschaften.“ (Frau B, Nr.6/S.17/Z28ff).*

¹ Das Phänomen des ‚Guerilla Gardening‘ ist die ‚rebellische‘ Form der Stadtbegrünung. Guerilla-GärtnerInnen greifen mit geringer Ausstattung in das Stadtbild ein, als Form politischen Protests (vgl. Jungblut 2012). Die Bepflanzung der öffentlichen Flächen erfolgt meist ohne Zustimmung der Stadt und deswegen stellt diese Form des Urban Gardening im europäischen Raum in vielen Fällen eine Straftat dar.

Das Pilotprojekt selbst wurde zudem gestartet, um anfänglichen kritischen Stimmen entgegenzukommen und zu zeigen, dass ein Urban Gardening Projekt in einer Stadt wie Wien funktionieren kann. Denn vor allem in den innerstädtischen Bezirken ist die Anzahl an öffentlich zugänglichen Freiflächen sehr gering und von Seiten der Stadtverwaltung gibt es kaum Projekte, welche die Zunahme dieser Flächen fördern würden. Diese geringe Versorgung mit öffentlich zugänglichen Grünflächen in der Wiener Innenstadt verleitete die Salat Piraten dazu, ein Vorzeigeprojekt zu initiieren, das beweist, dass eine Gemeinschaft innerhalb kürzester Zeit grüne Freiräume in der Stadt Wien schaffen kann.

So erzählt der stellvertretende Obmann des Vereins: *„(...) es geht hier in erster Linie um die Schaffung des Ortes, um das Bild und natürlich auch um's gemeinschaftliche Arbeiten (...)“* (Georg Demmer, Nr.4/S.4/Z16ff). Der Name steht somit für *„(...) diesen nicht-perfektionistischen Anspruch des Gartens“* (Markus Handl, Nr.5/S.6/Z24).

Es stellte sich heraus, dass der Verein der Salat Piraten sich nicht zwingend als Auflehnung gegen die städtische (Konsum)Gesellschaft sieht, obgleich der Name ‚Salat Piraten‘ dies ein wenig impliziert. Vielmehr wurde während der Forschung sichtbar, dass die Vereinsmitglieder einen Gemeinschaftsgarten schaffen wollten, der als Demonstrationsgarten für alle jene, die Urban Gardening mitten in der Stadt betreiben wollen, fungieren soll.

4.2.2.2 Beitrag zur Stadtgestaltung

Ein wesentlicher Punkt, der in den Interviews von den AkteurInnen der Gartenbewegungen mehrmals angesprochen wurde, ist der Beitrag des Urban Gardening zur Stadtgestaltung und somit zur Schaffung eines bestimmten Stadtbildes.

Es stellte sich heraus, dass die Fläche des Gemeinschaftsgartens der Salat Piraten von der Stadt Wien ursprünglich als Park ausgeschrieben war, sie jedoch mit Sträuchern und Büschen verwachsen war und infolgedessen von den AnrainerInnen als Aufenthaltsort nicht genutzt werden konnte. Dies bestätigt ein Stadtgärtner: *„(...) es gab keine Sitzmöglichkeiten, es gab überhaupt keine Aufenthaltsfunktion (...) du*

konntest das kaum betreten, das war auch damals bei der Begehung so, wie die vom Bezirk und vom Magistrat da waren, dass man da echt so zwischen den ganzen Hundehaufen drin rumgelaufen ist und Müllsäcken (...)“ (Markus Handl, Nr.5/S.3/Z9ff).

So war es eine Intention des Pilotprojektes zu zeigen, dass eine alternative Nutzung von öffentlichen Flächen in der Stadt funktionieren kann und jederR StadtbewohnerIn hierzu etwas beitragen kann. Ein Mitglied der Gartenbewegung berichtet dazu: *„Ja, also dazu anregen auf jeden Fall oder vorzeigen, dass es geht, auch dass es in Wien geht und so dass zwar nicht alles Super läuft, aber das man es auf jeden Fall machen kann aber es ist trotzdem echt viel Arbeit, das heißt, wenn die Leute nicht von selber motiviert sind und nicht selber Lust drauf haben, bringt's gar nix“* (Frau B, Nr.7/S.16/Z5ff).

Somit wurde sichtbar, dass im Mittelpunkt der Handlungen der AkteurInnen, die Umgestaltung städtischer Freiflächen stand und dass eines ihrer Ziele darin bestand, an der städtischen Entwicklung zu partizipieren. Dies wollten die GärtnerInnen auch den AnrainerInnen bewusst vermitteln: *„(...) wir wollen eher quasi die Nutzung in den Vordergrund setzen, dass man als Park oder als Wiese, dass das nicht nur zum Sitzen und zum Anschauen, sondern, dass man da auch eine andere Nutzung machen kann“* (Sebastian Zeddel, Nr.3/S.10/Z7ff).

Der Slogan des Vereins: ‚Freiflächen plündern und Schätze säen‘, klingt demnach angriffslustiger als er den Vereinsmitgliedern zufolge tatsächlich gemeint ist, denn die GärtnerInnen sehen ihre Wirkung anders und beschreiben ihre Absichten normalisierter. So kam dies in den Interviews zur Sprache, zum Beispiel in einem Interview mit George Demmer: *„Es klingt aggressiv, aber es ist vielleicht mehr Marketing als tatsächlich, also wir machen das schon nach Vertrag und so weiter und wie gesagt, (Pause) der Gemeinschaftsgarten Kirchengasse ist jetzt das erste Projekt und vielleicht gibt's dann in Zukunft auch andere Projekte“* (Georg Demmer, Nr.4/S.13/Z10ff).

Den StadtgärtnerInnen der Initiative der Salat Piraten geht es also um die Annektierung und Umnutzung des urbanen Raumes, allerdings nur mit der Bewilligung der Stadt Wien: *„Wir wollten das schon alles legal haben“* (Bianca Sünbold, Nr.9/S.15/Z16f).

Die Salat Piraten sehen ihren Gemeinschaftsgarten also als Demonstrationsgarten für alle jene StadtbewohnerInnen, die Urban Gardening in der Stadt betreiben wollen. Die Initiative beschreibt ihr erstes Projekt als sogenanntes Beispiel für die Schaffung einer urbanen Landwirtschaft in der dichtbebauten Innenstadt Wiens. Dazu sagt die Vereinsobfrau: *„(...) wir sind ja ein Verein für die Förderung urbaner Landwirtschaft (...) also wir sehen das Projekt jetzt so als unser Startprojekt von den Salat Piraten (...)“* (Simone Rongitsch, Nr.1/S.13/Z11ff).

Aus allen Aussagen geht hervor, dass, neben der Förderung urbaner Landwirtschaft in Wien, auch die Inspiration der StadtbewohnerInnen erreicht werden soll. Der stellvertretende Obmann des Vereins meint dazu: *„(...) dass viele Leute, die an unserem Garten vorbeigehen oder an einer Veranstaltung teilnehmen in irgendeiner Weise auch selbst inspiriert sind etwas in die Wege zu leiten u-n-d das ist glaub ich das Vereinsziel“* (Georg Demmer, Nr.4/S.4f/Z30ff).

Mehrere GärtnerInnen betonten, wie wichtig sie die Möglichkeit finden, an der städtischen Entwicklung teilzuhaben und das Stadtbild zu verändern: *„(...) das ist was, was mir extrem fehlt in Wien als Möglichkeit (...) dass es zu wenig Freiräume gibt, wo man sich selber einbringen kann u-n-d die Möglichkeit dann wirklich sehr zentral in der Stadt irgendwie einfach was zu machen und Erde hinzuschaffen und zu gärtnern und auch wirklich was zum Stadtbild zu verändern find ich extrem interessant, auch dass die Stadt eigentlich den Leuten gehört, vom Gedanken her (...) darüber hinaus, find ich's einfach total großartig, wenn man die Stadt gestalten kann, das ist was, was mir extrem fehlt in Wien als Möglichkeit, (Pause) dass die Stadt eigentlich so fertig ist (...)“* (Frau B, Nr.7/S.2/Z1ff).

Denn die Möglichkeit der GärtnerInnen einen Beitrag zur Stadtgestaltung durch solche Maßnahmen zu leisten, verbindet die GärtnerInnen mit der Stadt und diese Partizipation sollte, den Aussagen der StadtgärtnerInnen nach, in der Stadt Wien noch viel mehr durch weitere ähnliche Projekte gefördert werden: *„Das müssen auch nicht alles Gärten sein oder Gemüsegärten sein, wobei das natürlich nützlicher ist, find ich, als andere Sachen, aber dieses Grundprinzip irgendwie, dass man da sich einbringen kann, dass man da partizipieren kann, das find ich sehr wichtig (...) und ich find, aber diese Stadtmitgestaltung, ist ja etwas, das einen mit der Stadt verbindet und dann einen irgendwie auch sesshaft macht und wo man das Gefühl hat, man kann was*

beitragen (Pause) u-n-d dann wird man immer sehr viel heimischer sein und auch sehr viel motivierter sein, irgendwie was für die Stadt zu tun und das sollte man nicht unterbinden, find ich“ (Frau B, Nr.7/S.13/Z7ff).

Die Beteiligung an Entscheidungen sowie an Planungsprozessen der städtischen Entwicklung stellt also ein wesentliches Motiv für die Wiener Garteninitiativen dar. Dies erzählt eine Stadtgärtnerin: *„Ich glaub wir sind halt einfach Leute, die gern Sachen machen, weißt du (...) und da muss man einfach hergehen (Pause) Dinge machen und selber machen (...) und der Platz dafür ist eigentlich immer da“ (Frau B, Nr.7/S.22/11ff).*

Die GärtnerInnen wollen aktiv Verantwortung übernehmen und Veränderungen, die die Stadt selbst als Lebens- und Wohnraum betreffen, mitgestalten. Denn diese Partizipation fördert, gemäß den Aussagen der Interviewten, die Kommunikation zwischen den BewohnerInnen der Stadt selbst, wie auch zwischen ihnen und der Stadtverwaltung sowie politischen EntscheidungsträgerInnen.

So wurde dank den Interviews sichtbar, dass die AkteurInnen der Gartenbewegungen öffentliche Räume als Ort der demokratischen Teilhabe ansehen. Das Phänomen des urbanen Gärtnerns auf Freiräumen scheint also – nach meinen Ergebnissen – in direkter Beziehung zu Aushandlungsprozessen um die Nutzungsmöglichkeiten öffentlicher Grünflächen zu stehen. Zusätzlich werden neue Formen demokratischer Aushandlungen mittels Do-it-Yourself Aktivitäten der StadtgärtnerInnen erprobt. So bedeutet Urban Gardening für die StadtgärtnerInnen auch vor allem partizipative Stadtgestaltung.

4.2.2.3 Widerstände von ‚außen‘

Während der Forschung in den Gemeinschaftsgärten zeigte sich, dass die von den Mitgliedern der Gartenbewegung erstrebte partizipative Stadtgestaltung durch die Widmung urbaner Freiräume von den AnrainerInnen oftmals kritisiert wurde.

So wurde beispielsweise das Grundprinzip des Gemeinschaftsgartens der Salat Piraten häufig von einigen AnrainerInnen infrage gestellt. Denn manche von ihnen

vertreten die Ansicht, wonach die Salat Piraten den öffentlichen Freiraum für ihr Projekt in Anspruch nehmen und die Fläche sich somit zu Eigen machen. Und *„(...) anstatt dem öffentlichen Raum was zu geben, eigentlich dem öffentlichen Raum was wegnehmen“* (Frau B, Nr.7/S.8/Z25f).

So waren einige AnrainerInnen zwar der Meinung, dass der Verein die öffentliche, ehemals brachliegende Fläche ‚verschönerte‘ habe, jedoch durch das Tor und dem Zaun der freie Zugang nun verwehrt sei. Somit wurde die Schaffung des Gemeinschaftsgartens der Salat Piraten nicht von allen StadtbewohnerInnen geschätzt. Vor allem die Einzäunung des Bereiches wurde, den Aussagen der Interviewte nach, als negativ von den AnrainerInnen betrachtet, vor allem im Zusammenhang mit der Zugänglichkeit des – ja eigentlich weiterhin – öffentlichen Raumes.

Während der Feldforschung konnte in der Tat festgestellt werden, dass in den meisten Gemeinschaftsgärten in Wien, externen BesucherInnen nur dann Zugang haben, wenn sich GemeinschaftsgärtnerInnen im Garten aufhalten. Zur Vorbeugung von in der Vergangenheit aufgetretenen Problemen, wie Vandalismus und Diebstahl werden die Gemeinschaftsgärten gemäß den Auflagen des Gartenbauamtes eingezäunt. Dies bestätigt auch ein Gemeinschaftsgärtner: *„(...) dementsprechend müssen wir auch gewährleisten, dass dort kein Vandalismus oder sonstiges passiert, deswegen auch eingezäunt und eigentlich auch abgeschlossen, wenn wir oder einer von uns dort ist, ist es offen und jeder kann auch reinkommen. Das wird dann auch nach außen so kommuniziert“* (Sebastian Zeddel, Nr.3/S.7/Z16ff).

So ist der Gemeinschaftsgarten der Salat Piraten, wie die meisten Gemeinschaftsgärten in der Stadt Wien eingezäunt und während der Wochentage nur dann zugänglich, wenn GärtnerInnen anwesend sind. Der Verein selbst kann diese Vorlage der Stadt Wien nur übernehmen, da er aufgrund der Übertragung der Nutzungsrechte für die Gartenfläche haftet. Daher werden gemäß den Auflagen des Gartenbauamtes, sowie der Versicherung, die Flächen eingezäunt. Der stellvertretende Obmann des Vereins bezeugt dies: *„(...) aber wir sollten es zusperren aus zwei, drei Gründen, einerseits weil wir einen Vertrag für diese Fläche haben und in einer Weise auch haftbar sind, das heißt wir haben auch eine Versicherung*

abgeschlossen, das heißt, wie das ist wenn sich dort ein Kind verletzt etc. Das ist ein Grund, warum wir es laut Versicherung zusperren müssen, auch laut Vertrag mit der Stadt es absperren müssen (...)“ (Georg Demmer, Nr.4/S.7/Z26ff).

Aber am Wochenende und bei Veranstaltungen ist der Gemeinschaftsgarten öffentlich zugänglich, da es nach wie vor *„ein öffentlicher Platz ist, da ist ein Zaun rundherum, klar (...) aber sonst hat jeder Zugang zum Garten“* (Frau A, Nr.6/S.5/Z8f).

Auch beim Tigergarten stößt die Einzäunung des Gemeinschaftsgartens auf Widerstand. So erzählt die Initiatorin: *„Ich weiß noch, in der allerersten Bezirksversammlung, wo wir da gesessen sind, zwei, drei Leute gesagt haben, na ja, aber wenn das jetzt so ist, dass dann sozusagen der Verein das hier zusperrt und es gar nicht mehr Park ist das fanden sie ein bisschen blöd“* (Caroline-Sommerfeld-Lethen, Nr.8/S.13/Z4ff).

Und tatsächlich ist es so, gemäß den Aussagen der Interviewten, dass die AnrainerInnen die Einzäunung der ehemals zwar brachliegenden, aber jederzeit öffentlich zugänglichen Flächen, nicht gut hießen.

Im Tigergarten wurde vor Kurzem ein Zahlenschloss angebracht, da häufig zu erntendes Gemüse abhanden kam und Müllsäcke im Garten abgelegt wurden. Dazu sagt die Initiatorin des Gartens: *„(...) nachdem doch am Anfang der Saison so entsetzlich viel weggekommen ist, also nicht Gegenstände sondern zu Erntendes das war halt Gemüse, Obst, alles was nicht niet und nagelfest war, hat sich irgendjemand geschnappt (...) und dann war's ein bisschen auch schwierig dadurch, dass ich glaube es waren vermutlich entweder Obdachlose oder irgendwelche Leute auch immer die so riesige Müllsäcke mit Zeugs, also Gewand und irgendwelchen Kram oder auch so jemand der sich da hinten im Eck, hinter den Büschen, so ne Art Bettstadt gebaut hat das ist auch, ich mein ich find's nicht schlimm, wenn da irgendwo ein Sack liegt oder wenn jemand fragt, darf ich in der Nacht, die Sachen, die ich habe rausholen und tagsüber hier stehen lassen fänd ich okay, oder wenn da immer jemand durchtrampelt (...)*“ (Caroline Sommerfeld-Lethen, Nr.8/S.8/Z6ff).

Glücklich ist die Initiatorin des Gartens damit nicht unbedingt, da seit diesem Zeitpunkt, auch die Häufigkeit der gemeinsamen Begegnungen im Garten abnahm.

„(...) deswegen war ich lange eigentlich gegen die Idee mit dem Zahlenschloss, da es ja schlussendlich ein Stück öffentliches Grün ist und es ist ja nicht so, dass der Verein jetzt dieses Eck gepachtet hat und da kein Mensch rein darf (Pause) und jetzt darf man halt rein, wenn jemand vor Ort ist, das ist aber nicht so oft und es ist auch die Zahl oder die Häufigkeit der äh Treffen, dass ich hier Leute getroffen hab, während ich hier hergekommen bin, um mich um mein Beet zu kümmern oder irgendwas zu schauen oder zu erledigen. Jetzt treff ich seltener andere Gärtner, weil's einfach zu ist und jeder kommt und nutzt zu dem Zeitpunkt, wo er gerade nutzen will und es sitzt eben niemand so herum“ (Caroline Sommerfeld-Lethen, Nr.8/S.8/Z25ff).

Es zeigte sich auch, dass es vor allem mit manchen Gruppen mit ausgeprägt anderen Interessen – wie die HundebesitzerInnen – zu Konflikten kam.

So mit den im selben Bezirk ansässigen HundebesitzerInnen, welche die Einzäunung der Grünfläche kritisierten: *„(...) dass es einfach so nach dem Prinzip geht, ihr nehmt was weg, was der Gemeinschaft gehört (...) ihr eignet euch das an und ihr jungen Leute macht da irgendein Blödsinn (...)“ (Bianca Sünbold, Nr.9/S.12/Z16ff).*

So kamen die Beschwerden und Widerstände beim Aufbau des Gemeinschaftsgartens der Salat Piraten vorwiegend von den HundebesitzerInnen, die sich ihrer Hundezone beraubt fühlten und dies durch Protestaktionen verdeutlichten. So erzählte ein Mitglied der Gartenbewegung: *„Natürlich es gab von den Hundebesitzern gleich am Anfang, denn diese haben ihr ehemals ä-h-m Hundeklo nicht mehr nutzen können durch den Zaun und haben demonstrativ ihre Hunde vor dem Zaun ihr Gackerl machen lassen, um zu zeigen, dass sie jetzt nicht dem ganz entsprechen (...)“ (Sebastian Zeddel, Nr.3/S.5/Z9ff).*

Von Interesse ist, dass die zuvor nicht wirklich genutzte Freifläche durch den Garten, anscheinend wieder attraktiver und so zum Streitgegenstand wurde. Die anfängliche Kritik an der Einzäunung des Gemeinschaftsgartens führte zur Verwunderung der StadtgärtnerInnen, da die Fläche zwar vorher jederzeit öffentlich zugänglich war, aber von niemandem als Aufenthaltsort genutzt wurde. Ein Mitglied der Gartenbewegung begründet dies so: *„Ich glaub das ist so ein bisschen Wien (...) na ja, dass die Leute etwas nicht verwenden die ganze Zeit, aber sobald jemand anders*

daraus etwas Positives macht, dann sagen sie, sie hätten aber und sie würden aber und man kann das nicht machen, also so bissl, es dürfen keine andren Leute Spaß haben, wenn ich auch keinen Spaß hab“ (Frau B, Nr.7/S.9/Z2ff).

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die Diskussion um die Nutzung urbanen öffentlichen Raumes, häufig zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Interessensgruppen führt.

Vor dem Hintergrund einer steigenden Bevölkerungsanzahl in den Städten, kommt es aufgrund der Zunahme der Nutzung öffentlicher Freiräume, vermehrt zu Konflikten. So stellte sich heraus, dass öffentliche Grünflächen in verdichteten städtischen Räumen immer intensiver von den StadtbewohnerInnen genutzt werden, vor allem von denjenigen, die über keinen Garten verfügen. Die Umnutzung der urbanen Freiräume, beispielsweise durch Urban Gardening Initiativen, führt allerdings oftmals zu Widerständen und Kritik der AnrainerInnen, weil sich im öffentlichen Raum die Nutzungsansprüche der StadtbewohnerInnen überlagern.

Die demografische Veränderung in den Städten verlangt also nach einer, für alle BewohnerInnen, adäquaten und gerechten Umgestaltung städtischer Freiräume. So sollte es das Ziel einer nachhaltigen Stadtgestaltung sein, ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Interessen der BewohnerInnen herzustellen und so eine zukunftsfähige Entwicklung sicherzustellen.

4.2.3 Darstellung der Ergebnisse III: Möglichkeit der nachhaltigen Subsistenzwirtschaft in der Stadt

Die dritte Hauptkategorie die ‚*Möglichkeit der nachhaltigen Subsistenzwirtschaft in der Stadt*‘ behandelt den nachhaltigen Umgang der Do-it-Yourself Initiativen mit städtischen Ressourcen. Im Zentrum steht dabei der Stellenwert des lokalen Eigenanbaus, sowie die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln für die Wiener GemeinschaftsgärtnerInnen.

4.2.3.1 Umgang mit städtischen Ressourcen

In den Gesprächen mit den AkteurInnen der Wiener Urban Gardening Bewegung wurde der Aspekt des ressourcenschonenden Umgangs mit den urbanen öffentlichen Grünflächen häufig thematisiert.

So zeigte sich in den Interviews, dass die StadtgärtnerInnen ihre eigenen Projekte, also den Gemeinschaftsgarten der Salat Piraten und den Gemeinschaftsgarten Tigergarten, als vorbildlich nachhaltiges Projekt für die Stadt Wien ansehen. Aber auch von offizieller Stelle wird dieser Beitrag gewürdigt. Dies bestätigt die Initiatorin des Tigergartens: *„Also wir haben auch (...) für den Tigergarten (...) einen Klimaschutzpreis des Bezirks gewonnen“* (Caroline Sommerfeld-Lethen, Nr.9/S.16/Z14f).

Bei der Gartenbewegung der Salat Piraten fanden auch konkrete Überlegungen zum nachhaltigen Aufbau des Gartens sowie zum zukunftsfähigen Umgang mit Ressourcen statt.

Diese Intentionen rührten vor allem daher, dass die Obfrau, wie auch einige der Vereinsmitglieder, als RaumplanerInnen tätig sind und aus diesem Grunde nicht nur einer einzigen Interessensgruppe dienen wollten. Also geht es dieser Gruppe nicht nur um die StadtbewohnerInnen, sondern es soll auch auf die städtische Umwelt Rücksicht genommen werden, vor allem beim Aufbau des Gemeinschaftsgartens. Diese Absichten bestätigt ein Salat Pirat: *„(...) also sprich, sei es der Natur, die jetzt zum Beispiel keinen direkten Anwalt hat, andere Berufsgruppen, jung, alt, (Pause) da*

ist es als Planer eigentlich die Sichtweise ganzheitlich zu sehen und das hat sich bei mir eigentlich schon immer durchgesetzt“ (Sebastian Zeddel, Nr3/S.13/Z26ff).

Gemäß den Beobachtungen wie auch den Interviews wurde der Gemeinschaftsgarten der Salat Piraten mit ‚Gebrauchtwaren‘ aufgebaut, um Ressourcen zu schonen und die Kosten niedrig zu halten. So dienten für die Beete *„(...) Bierkisten und ein altes Bettgestell aus Metall und für die Kräuter ‚Tetrapacks‘. Dinge die sonst entsorgt worden wären und in Müllverbrennungsanlagen gelandet wären“* (Ausschnitt aus dem Feldtagebuch vom 18.07.2014).

Auch hier spiegelt sich der Aspekt der nachhaltigen Veränderung des Stadtbildes mittels Praktiken des Do-it-Yourself wieder. Denn die StadtgärtnerInnen betrachten die Objekte im Garten, nicht als benutzte und verbrauchte Konsumgüter, sondern als ‚Ressource‘, die wieder verwertet werden kann und in dem neuen Umfeld eine neue Funktion erfüllt. Die Dinge werden nicht nur im ‚vorhergesehenen Sinne‘ genutzt, sondern erlangen durch die GärtnerInnen eine neue, andere Gebrauchsbestimmung. Den GemeinschaftsgärtnerInnen zufolge *„(...) steckt von jedem etwas Eigenes in diesem Garten drin (...) das Beetehaus ist von jemanden aus Omas altem Garten gekommen zum Beispiel (...), um auch zu zeigen, man muss nicht sehr viel Geld haben (...) mit dem was man schon hat, kann man schon sehr viel erreichen und das haben wir eigentlich mit relativ wenig Geld geschafft“* (Sebastian Zeddel, Nr.3/S.20/Z16ff). So setzte es sich die Urban Gardening Bewegung zum Ziel eine öffentliche Freifläche ressourcenschonend zu einem zukunftsfähigen Gemeinschaftsgarten umzufunktionieren.

Dementsprechend stammen auch die Samen und Setzlinge des Gemeinschaftsgartens aus biologischem Anbau von Bauernhöfen und von einem AMS Projekt in Gänserndorf: *„(...) die Erde ist jetzt aus einem Gartenlandschaftsbetrieb in der Nähe vom Marchfeld, also eher naturbelassen und jetzt nicht von Bella Flora aus dem Sack gekauft, sondern wir haben schon alles eher bisschen natürlicher gehalten (...)“* (Sebastian Zeddel, Nr.3/S.12/Z27ff).

Die Aussagen der GemeinschaftsgärtnerInnen zeigen auf jeden Fall sehr deutlich, dass Urban Gardening eine wichtige Rolle im gegenwärtigen Diskurs über nachhaltige Entwicklung in Städten spielt. Auch wenn einige der NachbarInnen Zweifel gegenüber dem nachhaltigen Aufbau des Gemeinschaftsgarten äußerten. Eine solche Aussage lautet zum Beispiel: *„(...) na ja jetzt wollt's ihr da also Gemüse anbauen und so quasi auf Urban Gardening und Organisch und dann baut's ihr alles in Kisten an, die aus Plastik sind (...)“* (Simone Rongitsch, Nr. 1/S.9/Z16f).

Die StadtgärtnerInnen sind sich trotz solchen vereinzelt Aussagen einig, dass der nachhaltige Aufbau des Gartens bei gleichzeitiger Wiederverwendung ‚gebrauchter‘ Konsumgütern einerseits und durch den Einsatz biologischer Setzlinge andererseits, eine Bereicherung für die Stadt aus ökologischer Sicht sein kann.

Dazu sagt die Initiatorin: *„was ist schlimmer, wenn ich's verbrennen lass und es geht in die Luft oder ich benutz es einfach noch länger (...)“* (Simone Rongitsch, Nr.1/S.9/Z.18f).

Die AkteurInnen der Gartenbewegung der Salat Piraten sehen die Gründung des Gemeinschaftsgartens in einem der dicht bebautesten Bezirke Wiens mit einem Grünflächenanteil von nur drei Prozent als großen Erfolg. Besonders hinsichtlich der nachhaltigen Entwicklung Wiens wird das als positive Entwicklung betrachtet. Dazu meint ein Stadtgärtner: *„(...) ehemals war's ein zugewucherter Busch, Baumplatz, der als Hundeklo benutzt wurde, genauso die Müllcontainer die dort stehen, waren sehr präsent und der Geruch dementsprechend auch und durch den Garten hat sich das alles aufgelockert und es ist luftiger geworden, heller geworden und es wurde auch anders wahrgenommen“* (Sebastian Zeddel, Nr.3/S.4/Z26ff).

Die Analyse der Interviews ergab, dass der nachhaltige Umgang mit dem Gemeinschaftsgarten das Stadtbild, aus der Sicht der GärtnerInnen, positiv beeinflusste und zu einer Aufwertung des Stadtraumes führte. Vor allem für die direkten NachbarInnen brachte der Garten, gemäß den GärtnerInnen, eine Aufwertung des Wohn- und Lebensraumes, da die städtische Begrünung positive Auswirkungen auf die Luftqualität hatte und die hohen Temperaturen im Sommer reduzierte. Durch dieses Beispiel wird ersichtlich, dass ein urbaner Gemeinschaftsgarten den StadtbewohnerInnen sowohl einen Erholungsraum bieten,

als auch den Genuss eigenproduzierter nachhaltiger Nahrungsmittel ermöglichen kann.

4.2.3.2 Stellenwert der Ernte

Die Ernte des reifen Gemüse und der Kräuter wird im Gemeinschaftsgarten der Salat Piraten gemeinsam verwertet, denn auch hier steht der Aspekt der gemeinschaftlichen Nutzung des Gartens im Vordergrund. So erzählt die Obfrau des Vereins: *„(...) wenn wirklich was da war, dann haben wir das meistens, jetzt einmal nur Salat und so Kräutersachen gegessen, oder mit Brot oder irgendwelche Schnittlauchbrote oder so, ähm, die paar Früchte von den Sträuchern, die haben wir schon immer so nebenbei und die Erdbeeren auch immer so nebenbei gegessen und es ist dann so dass die meisten immer so, ahn, ich mach mir jetzt mal einen Salat (...)“* (Simone Rongitsch, Nr.1/S.12/Z1ff).

Demnach ist es – nach den Aussagen von fünf StadtgärtnerInnen – nicht vorgesehen, dass sich jede Gärtnerin und jeder Gärtner jederzeit Gemüse mit nachhause nimmt, *„(...) dass wir da jetzt einfach hingehen und jeder nimmt sich irgendwas runter oder so, sondern es ist wirklich geplant, im Zuge von Veranstaltungen, dass das dann gemeinsam verwertet wird“* (Markus Handl, Nr.5/S. 13/Z19ff).

Anfang September 2013 veranstalteten die Salat Piraten ein Erntefest, anlässlich welches Endprodukte erstmals auch von BesucherInnen verköstigt werden konnten. Es wurden *„(...) Gazpacho, Salate, Gurkensuppen, Aufstrichbrote angeboten. Die Gäste sind sehr durchmischt, alle möglichen Leute begutachten den Garten und probieren die zubereiteten Erträge“* (Ausschnitt aus dem Feldtagebuch vom 07.09.2014).

Für die GemeinschaftsgärtnerInnen war dies ein großer Erfolg, die AkteurInnen freuten sich vor allem über die zahlreichen BesucherInnen und über die positiven Reaktionen zu den angebotenen Speisen, die vorwiegend aus den Erträgen des Gemeinschaftsgartens zubereitet wurden.

Die GärtnerInnen wiesen ausdrücklich darauf hin, dass die Ernte gegenwärtig nur ein *„schöner Nebeneffekt“* (Frau A, Nr.6/S.8/Z17) sei. So betonten viele der Beteiligten, dass viel mehr der ‚Weg‘ zum Endprodukt das Ziel sei und die Ernte selbst nicht so sehr: *„Genau, es ist schön, dass man was Eigenes hat und so*

(Pause) a-b-e-r ich finde eigentlich, dass nicht der Weg ist das Ziel ist im Moment, ich find es schön zu gärtnern, ich find es schön am Samstag in den Garten zu können, auch wenn ich alleine im Garten bin (...)“ (Frau A, Nr.6/S.8/Z15ff).

Gegenwärtig spielt die Menge der Ertrags für die GemeinschaftsgärtnerInnen also keine bedeutende Rolle, da vorerst, besonders im Gemeinschaftsgarten der Salat Piraten, der noch im Aufbau ist, die Fertigstellung einiger Beete sowie die Schaffung zusätzlicher Beete im Vordergrund steht.

Da die Ernte im ersten Jahr allerdings, trotz der schlechten Wetterbedingungen, keine Schäden erlitt, finden Überlegungen statt, in der kommenden Saison die Ernte zu vermehren. Dies bestätigt auch die Initiatorin des Tigergartens. *„(...)Also weniger im Sinne von konkretem Ertrag, den wir dann wie auch immer verarbeitet haben, es geht nicht um die Karottenmenge oder um ein komplettes Gericht, dass man aus der Mangoldausbeute bestreiten kann, sondern eher so ein bisschen (Pause) ä-h, das eine Motiv (...) so ein bisschen, das ist unser, so geht das und wächst das und ä-h-m auch ein bisschen die Unberechenbarkeit (Pause) werden die Karotten was oder nicht, was machen wir aus etwas, das da hinten wächst und Gemüsemalve heißt, ähm das auf jeden Fall und das wertzuschätzen, also die einzelnen Sachen, die ä-h, die wir da haben, wenn man eine Handvoll Fisolen hat, ist das nicht irre viel, nur Teil eines Gerichts für fünf Personen, aber es sind unsere“* (Caroline Sommerfeld-Lethen, Nr.8/S.15/Z20ff)

Subsistenzwirtschaft wird also – zumindest was die von mir befragten Personen betrifft – in keinem der hier untersuchten Gemeinschaftsgärten betrieben. Den GemeinschaftsgärtnerInnen zufolge, hätten dafür die Gärten von Beginn an anders aufgebaut werden müssen. Zudem zeigte sich während der Interviews mit den InitiatorInnen der Gärten, dass die autarke Selbstversorgung kein Beweggrund für die Gründung der Gärten war.

Eine Gärtnerin meint dazu: *„Da hätten wir wahrscheinlich den Bereich limitieren müssen, dann hätte man mehr Hochbeete und viel bewusster drauf schauen müssen, was pflanzt man ein etc., wie teilt man sich das Jahr auf oder weil man dann ja auch nur vom Garten versorgt wird“* (Frau A, Nr.6/S.19/Z26ff).

Eine andere Gemeinschaftsgärtnerin betont des Weiteren, dass sie Subsistenzwirtschaft in einer Stadt wie Wien auch nicht für notwendig hält, da die StadtbewohnerInnen ohnehin gut versorgt seien. Sie sagt: *„(...) ich weiß auch nicht, ob das Sinn macht (Pause) weil ja auf der anderen Seite, viele andere Leute davon leben, dass sie Gemüse produzieren usw. und rund um Wien es ja viele Anbauflächen gibt, die nicht alle Bio sind, aber die tatsächlich sehr regional sind und wo die Wege nicht weit sind“* (Frau B, Nr.7/S.14/7Zff).

Diese Ansicht vertritt auch die Obfrau des Vereins der Salat Piraten und nennt als Beispiel einen sozial-schwächeren Stadtteil in Buenos Aires in Argentinien, wo der Subsistenzwirtschaft aus vielerlei Gründen eine weitaus größere Bedeutung zukommt: *„Subsistenzwirtschaft müsstest du ja ganz anders aufbauen, du müsstest quasi einen Ertrag haben, den du dann einlegen kannst, nein das ist in dem Fall nicht mit. Es ist auf der einen Seite, wir haben ja auch genügend Möglichkeiten anders Nahrung zu bekommen, sag ich jetzt mal, das ist eher so ein Thema in Afrika oder Argentinien in sozial-schwächeren Vierteln“* (Simone Rongitsch, Nr.1/S.15/Z9).

Allerdings zeigte sich während der Feldforschung in den Gemeinschaftsgärten, dass die GärtnerInnen trotz der kleinen Fläche der Gärten, die für die Selbstversorgung nicht ausreichen würde, in gewisser Hinsicht von den Erträgen profitieren. Spezielle Dinge wie Kräuter oder Salate, die zur Genüge im Garten vorhanden sind, müssen die StadtbewohnerInnen nun nicht weiter aus dem Supermarkt beziehen. Dies bestätigt ein Mitglied der Gartenbewegung der Salat Piraten: *„(...) man denkt schon drüber nach, dass man dann zum Beispiel sein Biokistl im Sommer dann abbestellen kann, weil man dann einfach eigenes Gemüse aus dem Garten hat (Pause) und sich das ein bissl erübrigt, dass es so ein Notbehelf ist und dass es aber auch andere Wege gibt, an frisches Gemüse zu kommen, das man selber angebaut hat in dem Fall (...) ich denke mal, dass es ergänzend wichtig ist“* (Frau B, Nr.7/S.13/Z28ff).

Außerdem erwies sich, dass der aktive Eigenanbau von Nahrungsmitteln das Ernährungs- und Konsumverhalten der GärtnerInnen positiv beeinflusste. So sagte eine Stadtgärtnerin: *„Ich probiere jetzt mehr sozusagen Bio zu kochen, also nicht mit diese extra chemischen ä-h-m und ja, also ich war schon eine sensitive Person, aber der*

Garten hat mich bewusster dafür gemacht, was ich esse und dass ich aufpassen muss (...)“ (Arbana Gjoni, Nr.2/S.11/Z2ff).

Einige GärtnerInnen meinten auch, dass der Gemeinschaftsgarten sie motivierte, sich nachhaltiger und vor allem auch gesünder zu ernähren. So berichtete eine Gemeinschaftsgärtnerin, dass sie nun auch zuhause, in den eigenen vier Wänden versucht, Gemüse anzubauen: *„(...) ich mag selbstgezoogenes Gemüse natürlich viel lieber und was es auch verändert hat, ist das ich, dadurch, dass wir Setzlinge gezogen haben im Frühling, dann auch gleich welche zuhause behalten hab (...) und ich war dann auch unglaublich stolz über meine eigene kleine Ernte daheim und auch dieses Kräuter vor der Haustür zu haben“* (Frau B, Nr.7/S.10/Z28ff).

Die Urban Gardening Projekte ermöglichen es den AkteurInnen wieder am Prozess der Nahrungsmittelerzeugung teilzuhaben. Denn es stellte sich heraus, dass sich die befragten StadtbewohnerInnen zunehmend abgeschnitten vom Produktionskreislauf der Lebensmittel fühlen.

So erzählt ein Gemeinschaftsgärtner: *„(...) es ist eher auch als Lernprozess zu sehen, dass man weiß, man könnte und wie man es könnte und ähm ich bin mit so einem kleinen Bagger gefahren, ich hab Erde geschauelt, ich weiß was es heißt (...) und wie brauchbar es ist gießen und ansetzen, das ist jetzt nicht ein Wissen, was unnötig ist, was mir auch nie helfen wird“* (Sebastian Zeddel, Nr.3/S.18/Z10ff).

Während der Forschung zeigte sich, dass das Wissen darüber, wie man Gemüse anbaut und erntet und wie unberechenbar dieser Prozess letztendlich sein kann, eine große Motivation für die StadtgärtnerInnen darstellt, vor allem hinsichtlich der vorherrschenden globalen Nahrungs- und Ressourcenkrise. Denn *„(...), es kann natürlich Krieg sein, es kann nach dem Krieg sein und wenn man natürlich nicht weiß, wo die Kartoffel herkommt, wo was herkommt, dass die Kuh nicht lila ist und alles in diese Richtung, kann das einem natürlich immer helfen“* (Sebastian Zeddel, Nr.3/S.17/Z19ff).

Den Prozess des Gedeihens der Pflanzen mitzuverfolgen und *„nicht gleich das fertige Produkt in den Händen zu halten“* (Frau A, Nr.6/S.5/18f), diente für die GärtnerInnen als Impulsgeber und sensibilisierte ihr Bewusstsein gegenüber dem Nahrungsmittelanbau: *„(...) ich find's interessant (...) einfach wieder zu wissen, da tu*

ich einen kleinen Samen rein und dann krieg ich das raus was ich eigentlich essen kann (...)“ (Simone Rongitsch, Nr.1/S.16/Z16ff).

Die Veränderung des Konsumstils äußert sich bei den StadtgärtnerInnen auch darin, dass Nahrungsmittel wieder mehr geschätzt und nicht als selbstverständlich angesehen werden. Dies bestätigt die Initiatorin des Tigergartens: *„Oder solche Sachen, ich würde nie etwas, was ich hier im Garten habe versehentlich oder unbedacht, so lange liegen lassen, bis ich's wegwerfe (Pause) was mir bei dem gekauften Salat durchaus mitunter passiert (...) überhaupt, es ist so ne gewisse Kostbarkeit der einzelnen Sachen und auch (...) dass man einfach staunt über etwas, das von einem winzigen Samen bis zu einer ganzen Pflanze sozusagen wächst (...)*“ (Caroline Sommerfeld-Lethen, Nr. 8/S.16/Z12ff).

Ein Aspekt, der also bei den Gesprächen über den Stellenwert der Ernte in den Gemeinschaftsgärten häufig zur Sprache kam, war die sogenannte ‚Möglichkeit‘ in der Stadt Urban Gardening zu betreiben. Viele der GärtnerInnen wiesen ausdrücklich darauf hin, dass es für sie nicht von essentiellern Wert sei, in der Stadt eine Fläche zu haben, wo sie Gemüse anbauen können. Das Wissen allerdings, wie man in der Stadt Subsistenzwirtschaft betreiben könnte, wenn der ‚Wohlstand‘ in der Wiener Gesellschaft nicht mehr vorhanden ist, motiviert die GärtnerInnen. So erzählt ein Mitglied der Gartenbewegung der Salat Piraten: *Es ist nicht so, dass ich den Platz brauche, dass der für mich so wichtig ist, dass ich diesen haben, sondern ähm für mich ist es jetzt auch eher wichtig, dass ich die Möglichkeit habe, (...), das ist auf jeden Fall eine Bereicherung, ob das jetzt in diesem kleinen Garten oder aus einem größeren Rahmen ist (...)*“ (Sebastian Zeddel, Nr.3/S.15/Z26ff).

Somit sollte den StadtgärtnerInnen zufolge, jedeR StadtbewohnerIn das Recht sowie auch die Möglichkeit haben, sich mit dem Prozess des Urban Gardening auseinanderzusetzen.

Auch hier kommt das soziale Element des urbanen Gärtnerns zum Vorschein. Die Mitglieder der Urban Gardening Initiativen betonen, dass es vorwiegend um den gemeinsamen Lernprozess und der Bildung von Bewusstsein über nachhaltige Nahrungsmittelerzeugung in der Stadt geht. So meint eine Gemeinschaftsgärtnerin:

„Ich finde das wirklich gut und eine gute Motivation für die Gesellschaft, man kann mehr sensitiv sein, wie man lebt, und vor allem wie gesund man lebt und das Bewusstsein wird gestärkt und grün ist auch mehr positiv denken und bringt auch Freude. Ich glaube, dass man das besonders in Wien braucht“ (Arbana Gjoni, Nr.2/S.6/Z21ff).

Während der Forschung wurde also sichtbar, dass der gemeinsame Anbau von Nahrungsmitteln das Verständnis für landwirtschaftliche Erzeugnisse schärfen kann. Die gewonnene Authentizität über lokales Wirtschaften in der Stadt wollen die GemeinschaftsgärtnerInnen auch an die StadtbewohnerInnen weitergeben, um diese für ähnliche Do-it-Yourself Projekte im städtischen Raum zu motivieren.

4.2.3.3 Möglichkeit des lokalen Eigenanbaus von Nahrungsmitteln

Anhand der Interviews mit den GemeinschaftsgärtnerInnen zeigte sich, dass das Interesse an urbaner Landwirtschaft, sowie das Aufziehen eines nachhaltigen Do-it-Yourself Projekts im Mittelpunkt der untersuchten Urban Gardening Bewegungen stand.

Auch wenn der Eigenanbau von Nahrungsmitteln in einer Stadt wie Wien, die ohnehin gut versorgt ist, von den StadtbewohnerInnen als nicht notwendig erachtet wird, spielt er für die Gartenbewegungen eine bedeutende Rolle, vor allem im Diskurs über eine nachhaltige Stadtentwicklung. So erzählt ein Mitglied der Urban Gardening Initiative der Salat Piraten: *„(...) die Idee sich ein bisschen selbst zu versorgen, wobei das ja wirklich nur am Rande der Fall ist, äh find ich schon schön und auch so eine Gegenströmung des Überkonsums, das man wieder saisonal wird und so bisschen zu sensibilisieren, aber das in verschiedensten Bereichen auch unabhängig vom Gärtnern“ (Frau A, Nr.6/S.6/Z27ff).*

Während der Interviews wurde von den GesprächspartnerInnen oftmals der Wunsch nach mehr Möglichkeiten des Eigenanbaus nachhaltiger Nahrungsmittel in der Stadt, geäußert. So betont die Initiatorin des Gemeinschaftsgartenprojekts der Salat Piraten: *„(...) es sieht kein Mensch mehr eine Tomatenpflanze, jeder kennt alles*

nur mehr fix fertig, sei es jetzt vom Markt oder vom Supermarkt (...)“ (Simone Rongitsch, Nr.1/S.15f/Z29ff).

Auch wenn viele StadtgärtnerInnen die StadtbewohnerInnen für einen nachhaltigeren Konsum motivieren wollen, sehen sie sich nicht als AktivistInnen, da sie genau wissen, wie teuer nachhaltig produzierte Lebensmittel in der Stadt Wien sind. So meint eine Stadtgärtnerin: *„(...) es ist halt immer noch so bisschen ein Luxus für, sagen wir mal die obere Mittelklasse, sich wirklich nachhaltig ernähren zu können, weil die ganze Ernährungsindustrie die arbeitet ja dagegen (...) und da find ich's ein bisschen arrogant zu sagen, dass man das irgendwie groß verbreiten soll. Natürlich soll man die Menschen sensibilisieren, aber ich kann auch gut verstehen, wenn jemand das nicht machen kann“* (Frau A, Nr.6/ S.8/26ff).

Dies stellt für die Wiener Urban Gardening Bewegungen einen Anlass dar, um den Zugang zu nachhaltigen Nahrungsmitteln zu erleichtern und den StadtbewohnerInnen den Anbau und Konsum von nachhaltig erzeugten Nahrungsmitteln zu ermöglichen. Eine Stadtgärtnerin der Garteninitiative der Salat Piraten berichtet, dass urbane Gemeinschaftsgärten hierzu einen bedeutenden Beitrag leisten können: *„(...) also ich find das macht die Lebensmittel wieder greifbarer ä-h-m (Pause) und es ist gut und es ist eigentlich auch relativ einfach, muss man sagen, also ich find, dass schließt irgendwie auch niemanden irgendwie aus in sozialer Hinsicht oder sonst irgendwie, während ja irgendwie in Biomarkt gehen, schon irgendwie noch mal eine andere Liga ist irgendwie bezogen auf Geld und so (...)“* (Frau B, Nr.7/S.12/Z1ff).

Wichtige Aspekte, die in diesem Zusammenhang genannt werden können, sind die öffentliche Zugänglichkeit und die Offenheit der in dieser Forschung berücksichtigten Gemeinschaftsgärten. Diese sozialen Komponenten erleichtern den Einstieg in ein gemeinschaftliches Gartenprojekt erheblich und ermöglichen es auch interessierten StadtbewohnerInnen die Gärten zu besichtigen und mitzugärtnern. Während meiner Aufenthalte in den Gemeinschaftsgärten konnte ich feststellen, dass die BesucherInnen den gemeinschaftlichen Gartenprojekten positiv begegnen: *„Während des Interviews blieben zwei ältere Männer am Gartenzaun stehen und*

betrachteten und bewunderten den Garten. Simone meinte, dass dies sehr häufig vorkommt und viele Leute am Zaun stehen bleiben und sich den Garten anschauen oder auch fragen ob sie kurz hereinkommen dürfen“ (Ausschnitt aus dem Feldtagebuch vom 15.08.2014).

Ein Stadtgärtner erzählt zudem: *„(...) die Leute schauen und es ist eigentlich sehr schön zu sehen, wie sie überrascht sind, dass dort Tomaten direkt am Zaun wachsen, das ist dann eher so (Pause) bringt ein Lächeln ins Gesicht einfach“ (Sebastian Zeddel, Nr.3/S.5/Z3ff).*

Die Reaktionen der StadtbewohnerInnen auf das Engagement der GärtnerInnen und deren Gemeinschaftsgartenprojekt sind meist positiv. Oft werden die GemeinschaftsgärtnerInnen aber auch damit konfrontiert, dass Urban Gardening ein Trend sei, der sich in der Stadtentwicklung nicht durchsetzen wird.

Die AkteurInnen werden beispielsweise oft als sogenannte ‚Hipster‘¹ bezeichnet. Dies berichtet auch eine Stadtgärtnerin: *„(...) Hipsterding, ja ist es, aber ich glaub weil es einfach die Generation ist, die anfängt über was nachzudenken wieder (...) es ist ja die Generation wird immer beschrieben als, sie haben keine Ziele und sie stehen für nichts ein und sie suchen ein Mitläuferdings (...) weil man sagt ja nix aus, sie stehen ja für nix, wir sind keine Hippies, keine Punks oder die sagen im Prinzip nix aus und jetzt kommt's aber drauf, dass es doch ein bisschen, dass man irgendwas machen muss und deswegen entwickelt sich das so, ich glaub nicht, dass es was ist, was morgen wieder weg ist (Pause) ich glaub, das kommt halt oft dadurch, dass alles urbanisiert wird und da kommen wir halt gerade drauf und deswegen ist es ja gerade modern“ (Bianca Sünbold, Nr.9/S.13/Z22ff).*

Den AkteurInnen der gegenwärtigen Urban Gardening Bewegung ist ihre Einordnung von Außenstehenden in die Generation der ‚Hipster‘ bewusst. Sie sehen dies allerdings nicht zwingend negativ, dies bestätigt auch eine Stadtgärtnerin: *„Ja aber soll es halt irgendeinen Titel tragen, ich mein jede Strömung, die sich bisschen etabliert und durchgesetzt hat, hat irgendwann mal einen Titel gekriegt. Dann sind wir*

¹ Hipster ist ein im frühen 21. Jahrhundert in den Medien verbreiteter eher negativ behafteter Begriff. Er bezeichnet Angehörige einer Subkultur, die meist aus der urbanen Mittelschicht besteht und die ihrem Szenebewusstsein, bei Gleichgültigkeit dem Mainstream gegenüber, ignorant und meist extravagant Ausdruck verleiht. (Vgl. Wikipedia)

halt ein Hipstertum, was soll's? Solange wir was Positives und auch für die Gesellschaft oder zumindest in kleinem Kreis für die Gemeinschaft beitragen, dann sollen sie uns Hipster nennen“ (Frau A, Nr. 6/S.18/Z6ff).

Den Aussagen der GärtnerInnen zufolge, sind sich die Gartenbewegungen einig, dass sie einer ‚neuen‘ Generation von StadtbewohnerInnen angehören, die ihr Bewusstsein gegenüber nachhaltiger Ernährung und Konsum in der Stadt mithilfe neuartiger Ideen den StadtbewohnerInnen der sogenannten ‚älteren‘ Generationen zu vermitteln versucht: *„(...) wieder so zurück zur Einfachheit (Pause) weil wir ja in d-i-e-s-e-r überangetriebenen aktiven Gesellschaft leben und alles ist ja aktiv (...) schrecklich (...) aber es ist noch ein langer Weg ja (Pause) aber die Ressourcen sind bald erschöpft und ich denke unsere Generation die lebt noch, was das Konsumverhalten anbelangt in Saus und Braus, aber ich denke, die nachfolgende, die muss sich dann schon wieder einschränken“ (Frau A, S.14/Z24ff).*

Denn der gemeinsame Eigenanbau von Gemüse und Kräutern sowie das Gefühl, das damit einhergeht, nicht immer dem Profit und dem Gewinn nach zu handeln, motiviert die Gartenbewegung: *„(...) in meinen letzten Firmen war halt alles immer auf Expansion und Gewinn ausgelegt, das fand ich an sich immer sehr spannend und interessant wie etwas funktioniert, was überhaupt nichts damit zu tun hat (...)“ (Georg Demmer, Nr.4/S.3/Z17ff).*

Zudem erachten die StadtgärtnerInnen den Aspekt der Gemeinschaftlichkeit bzw. das Vereinsleben gerade in einer überindividualisierten Gesellschaft als wichtig. Dazu erzählt eine Akteurin der Gartenbewegung der Salat Piraten: *„Wenn man ausgewachsen ist u-n-d einen Job hat und nicht mehr studiert und man lernt nicht mehr täglich neue Leute kennen und da ist's immer schön, wenn sich so Möglichkeiten auftun mit anderen Leuten, als man sonst zu tun hat irgendwie“ (Frau A, Nr.6/S.5/Z3ff).*

Den AkteurInnen der Garteninitiativen zufolge, kann Urban Gardening als Ausgangspunkt eines zukunftsfähigen Umgangs mit städtischen Ressourcen gesehen werden. So unterschiedlich der organisatorische Rahmen der Urban Gardening Projekte auch ist, allen gemeinsam ist der Wunsch nach gesunden und nachhaltig produzierten Nahrungsmitteln.

In den Gesprächen mit den GemeinschaftsgärtnerInnen kam also zum Vorschein, dass sie vor allem die Möglichkeit des lokalen Anbaus von Nahrungsmitteln in der Stadt als wichtig und vorbildlich hinsichtlich einer zukunftsfähigen Entwicklung der Stadt erachten. Die Menge des Ertrages steht gegenwärtig allerdings weniger im Vordergrund, denn das urbane Gärtnern dient eher zur Ergänzung des täglichen Nahrungsmittelkonsums und kann den Einkauf im Supermarkt (noch) nicht gänzlich ersetzen. Dennoch kann ein urbaner Gemeinschaftsgarten den StadtgärtnerInnen zufolge, den nachhaltigen Umgang mit städtischen Ressourcen fördern und zu einer zukunftsfähigen Entwicklung der Stadt beitragen.

4.3 Zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse

In der vorliegenden Arbeit wurde die Bedeutung von Ernährungssouveränität für die gegenwärtige Urban Gardening Bewegung in Wien erforscht.

In diesem Sinne wurde untersucht, inwieweit subsistenzorientierte Praktiken des ‚Do-it-Yourself‘ bei den Urban Gardening Projekten zum Einsatz kommen und welche Bedeutung diese für eine nachhaltige urbane Entwicklung tatsächlich, aber auch in den Augen der beteiligten Personen, haben.

Im Folgenden werden die Forschungsergebnisse zusammengeführt, wobei an dieser Stelle einige wichtige Fragen im Vordergrund stehen:

Die erste Frage beschäftigt sich mit dem Zusammenhang zwischen dem Urbanismus des ‚Do-it-Yourself‘ und der gegenwärtigen Urban Gardening Bewegung.

Wie viele SozialwissenschaftlerInnen zeigten (vgl. Mayer 2012, Helfrich/Bollier 2012) und wie ich das im theoretischen Teil betont habe, führte die Neoliberalisierung der Städte sowie die daraus resultierende Ernährungs- und Ressourcenkrise zur Bildung einer neuen Generation urbaner sozialer Bewegungen. Immer mehr Menschen engagieren sich heute in Grassroot-Projekten im städtischen Raum. Dabei werden lokale Initiativen gebildet, deren AkteurInnen für die gemeinschaftliche Ausübung subsistenzorientierter Tätigkeiten plädieren.

Diese ‚Do-it-Yourself‘ Bewegung ist „Ausdruck einer höchst pragmatischen Kapitalismus – und Konsumkritik“, wie manche AutorInnen betonten (Baier/Müller/Werner 2013b). So ist ‚Do-it-Yourself‘ einerseits Expression des Strebens nach Autarkie und Partizipation, andererseits erfordert es Formen der Kooperation und Zusammenarbeit, um den Übergang in eine neue Lebens- und Wirtschaftskultur ressourcenschonend zu meistern.

In meiner Forschung konnte ich Angaben von ForscherInnen zu der Do-it-Yourself Bewegung bestätigen. So wurde es auch in Wien klar, dass es sich dabei nicht um eine vereinzelte Bewegung handelt. Die Ergebnisse meiner Untersuchung zeigten, dass die Bewegung aus verschiedenen Phänomenen besteht, die sich in unterschiedlichen städtischen Situationen entwickeln und in verschiedenen Teilen der Wiener Gesellschaft auftauchen.

Die Urban Gardening Bewegung ist also eines dieser Phänomene. Die StadtgärtnerInnen wollen zeigen, dass sie mittels der kollektiven Nutzung urbaner Grünflächen lebenswerte städtische Freiräume schaffen können.

Anhand der Beobachtungen in Wiener Gemeinschaftsgärten sowie Interviews mit InitiatorInnen und Mitgliedern gegenwärtiger Urban Gardening Bewegungen in Wien wurde klar, dass diese ‚Do-it-Yourself‘ UrbanistInnen wirklich solche Entwicklungen vorantreiben.

Mittels gemeinschaftlicher pragmatischer Ansätze eignen sie sich urbane Räume an und gestalten sie ressourcenschonend um. Nach den Aussagen der interviewten AkteurInnen werden dadurch neue zukunftsfähige Freiräume für den urbanen Alltag der StadtbewohnerInnen geschaffen, da die Begegnungen mit anderen StadtbewohnerInnen gefördert und nachhaltiges Wirtschaften begünstigt wird.

Vor allem die Bedeutung der ‚Gemeinschaft‘ stellt bei den Urban Gardening Projekten einen bedeutenden Aspekt dar.

Denn es zeigte sich, dass die in dieser Forschung berücksichtigten Gemeinschaftsgärten sich in ihrer Organisationsform vor allem durch eine jeweils unterschiedliche Auffassung der ‚gemeinschaftlichen Nutzung‘, unterscheiden.

Im Gemeinschaftsgarten Tigergarten im 8. Bezirk werden die Beete und Parzellen Parteienweise vergeben und demnach von jeder Partei einzeln bewirtschaftet. Lediglich die Gartengeräte werden gemeinsam von allen Parteien benützt. Den Informationen des Vereins Gartenpolylog zufolge, sind die meisten Gemeinschaftsgärten in der Stadt Wien nach dieser Organisationsform, die aus einer abgeschwächten Form des Community Gardening besteht, organisiert.

Der Gemeinschaftsgarten der Salat Piraten im 7. Bezirk bildet deswegen mit seiner besonderen Organisationsform eine Ausnahme unter den Gemeinschaftsgartenprojekten in der Stadt Wien. Die GärtnerInnen des Gemeinschaftsgartens führen den Gemeinschaftsgarten zur Gänze gemeinschaftlich. Die Ernte wird demnach kollektiv bearbeitet und von den GärtnerInnen gemeinsam verwertet, um eine optimale Nutzung der Fläche zu ermöglichen.

Dies entspricht der Ansicht Elinor Ostroms (vgl. 1999), die in Zusammenhang mit der Gartenbewegung den Umgang mit Gemeingütern analysierte und darauf hinwies, dass mittels der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung lokaler Ressourcen, die bestmögliche Nutzung dieser, erzielt werden kann.

Die Ergebnisse meiner empirischen Erhebung zeigten, dass das ‚Open-Source Prinzip‘, also die gemeinsame Nutzung von Ressourcen, somit die Leitidee des Gemeinschaftsgartens der Salat Piraten und zum Teil auch des Gemeinschaftsgartens Tigergarten ist, da beide wie Allmenden, also wie Gemeingüter genutzt werden.

Die für diese Forschung berücksichtigten städtischen Freiflächen werden kollektiv bewirtschaftet und die Erzeugnisse die dadurch entstehen, kollektiv verwertet. So beziehen sich die sozialen Bewegungen in Wien bei den Konstruktionen der Gemeinschaftsgärten auf das Konzept des ‚Commoning‘. Dieser Begriff bezeichnet die Tätigkeit der Nutzung sowie des Erhalts der Gemeingüter, in diesem Falle der Gemeinschaftsgärten. Dabei entstehen ExpertInnen zufolge (vgl. Winterfeld et al 2012, Exner/Kratzwald 2012) heterogene Elemente aus einer sozialen Praxis heraus und werden in ein funktionalisierendes Netzwerk eingebunden werden.

Diese Annahmen bestätigten sich auch während meiner Untersuchung in den Wiener Gemeinschaftsgärten. Die städtischen Ressourcen, also die Grünflächen werden von den AkteurInnen der urbanen Garteninitiativen gemeinschaftlich genutzt und vor der Privatisierung geschützt.

Von den Wiener StadtgärtnerInnen wird das Konzept der gemeinschaftlichen, selbst-organisierten Nutzung des Gartens auch deswegen sehr geschätzt, weil die Zusammenarbeit dadurch gestärkt wird. Denn die urbanen Gemeinschaftsgärten fordern die Partizipation und den Austausch von Wissen, um eine gemeinsame Nutzung die auf ‚Gegenseitigkeit‘ beruht, zu ermöglichen.

Meiner Analyse nach, ist für die Wiener StadtbewohnerInnen die Gemeinschaftsarbeit also ein wesentlicher Grund für die Schaffung urbaner Gärten. In der Äußerungen der StadtgärtnerInnen wurde zudem deutlich, dass sich diese als Teil einer Gemeinschaft sehen und sich mit dieser identifizieren.

So wurde während meiner Forschung sichtbar, dass die gemeinschaftliche Nutzung der Gärten nicht nur bestimmte soziale Fähigkeiten benötigt, sondern diese auch hervorruft.

Denn gerade die gemeinsame Verantwortung der GärtnerInnen für den Garten, förderte dabei die soziale Komponente der Beteiligten.

So entstand im Gemeinschaftsgarten der Salat Piraten durch die gemeinsame Arbeit im Garten, das gemeinsame Erfahren von freudigen Erlebnissen sowie das gemeinsame Bewältigen von Problemen, eine Gemeinschaft.

Der Wille der GärtnerInnen sich als Teil dieses Kollektivs zu sehen, macht dabei – und dies betont auch der Soziologe Tönnis (vgl. 2003) – die ‚Gemeinschaft‘ aus.

Bei der vorliegenden Untersuchung zeigte sich zudem, dass die Do-it-Yourself Projekte von Kooperationen geprägt sind.

Denn neben dem Aspekt der gemeinschaftlichen Nutzung der Gärten, wird auch der Vernetzung mit diversen anderen Do-it-Yourself-Projekten eine wesentliche Bedeutung zugemessen. So zeigte sich, dass die Urban Gardening Initiativen mit ähnlichen gemeinschaftlichen Projekten kooperieren.

Dabei wurde anhand meiner empirischen Erhebung deutlich, dass vor allem der Wissensaustausch, der durch die Kooperation mit den anderen Do-it-Yourself Projekten entsteht, von den StadtgärtnerInnen als enorme Bereicherung angesehen wird. Die Bildung der untersuchten Urban Gardening Initiativen in Wien und deren Einbindung in soziale Netzwerke scheint also zum Nutzen aller Beteiligten zu führen. Die neuen Räume des Do-it-Yourself werden somit von den AkteurInnen als Orte der Kommunikation und Kooperation angesehen.

Der zweite, für die vorliegende Forschungsarbeit, wesentliche Aspekt beschäftigt sich mit der Frage, inwieweit die Sensibilisierung der StadtbewohnerInnen für eine nachhaltige urbane Entwicklung im Interesse der AkteurInnen liegt.

Meine Forschung bestätigte die theoretische Annahme, wonach die urbanen Gemeinschaftsgärten, die meist von ‚Grassroot-Initiativen‘ initiiert werden, sich immer mehr zu einer kohäsiven sozialen Bewegung, die die neoliberale Strukturierung des städtischen Raumes kritisiert, entwickeln.

Durch die Vernetzung der Wiener Urban Gardening Initiativen mit anderen Vereinen und Do-it-Yourself Bewegungen, widersetzen sich die StadtgärtnerInnen bewusst dem Prozess der „Profit-gesteuerten Urbanisierung“ (Brenner/Marcuse/Mayer 2012: 1) sowie der Kommodifizierung urbaner Ressourcen und Räume.

So strebt die gegenwärtige Wiener Urban Gardening Bewegung die Neubesetzung öffentlicher urbaner Räume sowie die Teilhabe an der städtischen Entwicklung an. Dies bestätigt eine Obfrau des Gartenpolylogs durch eine Aussage, die für das ganze – im Zuge dieser Forschung – untersuchte Phänomen charakteristisch ist: *„Ich glaub sehr wohl, dass es mittlerweile ein politischer Akt geworden ist, also im Sinn von ‚ich aktiviere mich‘, ich will an der Gestaltung meines Viertels, meiner Stadt beteiligt werden u-n-d ich will damit zeigen, dass es auch anders geht (...).“* (Yara Coca Domínguez, Nr.10/S.1/Z23ff).

Es stellte sich also heraus, dass die AkteurInnen der Urban Gardening Bewegung in Wien städtische Freiräume als Orte der demokratischen Teilhabe ansehen. Somit steht das Phänomen des Urbanen Gärtnerns in direktem Bezug zu Aushandlungsprozessen um die Nutzung öffentlicher Freiflächen.

Die Wiener StadtgärtnerInnen fordern ein „Recht auf Stadt“ (Lefèbvre 1996), also – gemäß den Annahmen von ExpertInnen (vgl. Schmid 2012, Müller 2012b) – den Zugang zu den Ressourcen der Stadt für alle Teile der Bevölkerung sowie die Möglichkeit der Realisierung alternativer Lebensstile. Meinen Forschungsergebnissen zufolge, bedeutet Urban Gardening für die StadtgärtnerInnen also auch partizipative Stadtgestaltung.

Wie im theoretischen Teil dieser Arbeit bereits betont, sind es gerade diese urbanen sozialen Bewegungen, die die Stadtentwicklung von unten, durch Selbsthilfe und Selbstermächtigung antreiben, um zukunftsfähige Stadtentwicklungsprozesse zu fördern. Denn die demografische Veränderung in den Städten verlangt nach einer Neugestaltung der urbanen öffentlichen Räume. Dies bestätigt auch die bereits weiter oben zitierte Obfrau des Gartenpolylogs: *„Also wenn man sich dieses Wachstum von den Städten anschaut, dann ist all das absolut notwendig (Pause) ich find' allein deswegen, weil immer mehr Menschen nur in Städten aufwachsen werden.“* (Yara Coca Domínguez, Nr.10/S.3/Z10ff)

So war es auch eine Intention der Wiener Urban Gardening Bewegung zu zeigen, dass urbane Gemeinschaftsgartenprojekte in einer Stadt wie Wien möglich sind und die Beteiligten durch die Umnutzung städtischer Grünflächen, das Stadtbild nachhaltig verändern können.

Urbane Gemeinschaftsgärten spielen somit auch im gegenwärtigen Diskurs über die nachhaltige Entwicklung Wiens eine bedeutende Rolle, da die GemeinschaftsgärtnerInnen mittels der kollektiven ressourcenschonenden Nutzung urbaner Freiräume, einen Beitrag zur zukunftsfähigen Entwicklung der Stadt leisten können. Durch meine Forschung wurde sichtbar, dass die eigene Gestaltung von Sozialräumen und der Kontakt mit der Natur wichtige Impulse für eine nachhaltige Stadtentwicklung geben können.

Zudem wurden den GärtnerInnen zufolge die berücksichtigten Wiener Gemeinschaftsgärten ressourcenschonend und nachhaltig aufgebaut. Das Stadtbild wurde durch die Grünfläche positiv beeinflusst und dies führte, gemäß meinen

Ergebnissen, vorwiegend für die AnrainerInnen zu einer Aufwertung des Stadtraumes.

Des Weiteren wurde durch die Gespräche mit den StadtgärtnerInnen ersichtlich, dass Urbanes Gärtnern das Verständnis für landwirtschaftliche Erzeugnisse schärfen kann und das Ernährungs- und Konsumverhalten der GärtnerInnen positiv beeinflusste. Diese gewonnene Authentizität über lokales Wirtschaften in der Stadt soll, den Aussagen der GärtnerInnen nach, auch an die StadtbewohnerInnen überliefert werden.

Die Urban Gardening Bewegungen in Wien sehen sich in diesem Zusammenhang als Strömung, die von einer neuen Generation von StadtbewohnerInnen ausgeht und nachhaltige Veränderungsprozesse im urbanen Raum anstrebt. Diese Strömung setzt, wie auch Borgstedt betont (vgl. 2012: 122), auf die eigenen Fähigkeiten und nutzt ihre Selbstkompetenz als Ressource, um das eigene Leben selbstbestimmt gestalten zu können.

Dabei findet bisweilen eine ideologisch motivierte Diskussion über die Rolle solcher urbaner Gemeinschaftsgärten als Teil des Übergangs von einer fossil getriebenen Wirtschaft zu einer nachhaltigen Gesellschaft statt.

Ein immer wiederkehrendes Thema dabei ist, das der notwendigen Sensibilisierung für nachhaltigere Lebensformen. Meine Forschung zeigte, dass sich die Bewegungen in Wien es zum Ziel setzen, das Bewusstsein der StadtbewohnerInnen für einen nachhaltigen Umgang mit der Stadt zu fördern.

Ein Thema, das in den Gesprächen mit den StadtgärtnerInnen mehrmals angesprochen wurde, ist demzufolge die notwendige Förderung des Bewusstseins für eine ökologische und nachhaltige Nahrungsmittelproduktion in der Stadt Wien. Der dritte Aspekt, der in im Kontext dieser Forschung über urbane Gemeinschaftsgärten in Wien, im Vordergrund steht, setzt sich deswegen mit der Bedeutung der Subsistenzwirtschaft für die Wiener StadtgärtnerInnen auseinander. Denn es zeigte sich, dass sich die GemeinschaftsgärtnerInnen mit der Frage beschäftigen, wie in Zukunft, angesichts der allgemeinen weltweiten

Bevölkerungszunahme und der Klima- und Ressourcenkrise, Nahrungsmittel nachhaltig produziert werden können.

Anhand der Interviews mit den GemeinschaftsgärtnerInnen wurde sichtbar, dass die Forderung nach der Möglichkeit in der Stadt zu gärtnern und Nahrungsmittel nachhaltig anzubauen, im Vordergrund gegenwärtiger Urban Gardening Bewegungen in Wien steht. Mittels Praktiken des Do-it-Yourself wollen die AkteurInnen der urbanen Garteninitiativen den nachhaltigen Eigenanbau von Nahrungsmitteln fördern und die StadtbewohnerInnen für eine nachhaltige urbane Entwicklung sensibilisieren.

Die Gemeinschaftsgärten können somit als Einstieg in die partizipative Stadtentwicklung gesehen werden, die das ‚Recht auf Stadt‘ mit dem ‚Recht auf Nahrung‘ zu verbinden versuchen.

Die Wiener StadtgärtnerInnen betonen, wie teuer der Konsum nachhaltig produzierter Lebensmittel in Wien ist und aus diesem Grund der Zugang zu diesen, nicht allen StadtbewohnerInnen möglich ist. Mittels urbaner Gemeinschaftsgärten wollen sie, meinen Forschungsergebnissen zufolge, den Eigenanbau nachhaltiger Nahrungsmittel den StadtbewohnerInnen ermöglichen und zu einem genuine Bestandteil der Stadtgesellschaft machen. In urbanen Gärten in Wien können somit alternative Möglichkeiten zur industriellen Versorgung mit Nahrungsmitteln entstehen.

Die Forderung nach dem freien Zugang zu Land und folglich zum nachhaltigen Eigenanbau von Nahrungsmitteln ist auch der oberste Grundsatz des Rechts auf ‚Ernährungssouveränität‘. Dieses Recht, das seit 1996 von der weltweiten KleinbäuerInnenbewegung ‚La Vía Campesina‘ forciert wird, verlangt das Ende „des kapitalistischen Eigentums von Grund und Boden.

Die Forderung nach Ernährungssouveränität in Städten steht demnach, und dies bestätigte auch meine Forschungsarbeit, in direktem Zusammenhang mit der Inbesitznahme öffentlichen urbanen Raumes.

In diesem Zusammenhang zeigte sich, dass urbane Gemeinschaftsgärten in Wien die Möglichkeit einer vom Markt unabhängigen Subsistenzproduktion anbieten und aus

diesem Grunde das Potential haben, die globale Entwicklung in Richtung ‚Ernährungssouveränität‘, anzutreiben.

Die Gärten in der Stadt Wien sind derzeit jedoch nicht auf Subsistenzwirtschaft ausgelegt, die Menge des Ertrages steht demnach (noch) nicht im Vordergrund, sondern die Möglichkeit in der Stadt ‚Gärtnern‘ zu können. Es zeigte sich allerdings, dass urbane Gärten die StadtbewohnerInnen unabhängiger vom Markt machen und somit zur Autonomie und Souveränität dieser beitragen können. Dies bestätigt auch ein Akteur der Gartenbewegung der Salat Piraten, dessen Aussage in diesem Kontext, für das gesamte Phänomen des Urban Gardening, zutreffend ist: *„Und sicherlich die Souveränität darüber ist natürlich eine Bereicherung (1) weil es befreit einen von der Entmündigung, man ist ja quasi nur noch Konsument, so kann man aber auch ein bisschen mehr für sich selber auch sorgen* (Sebastian Zeddel, Nr.3/S.16/Z26ff).

Denn es scheint, dass das Wissen, wie man sich in der Stadt selbst versorgen könnte, die GärtnerInnen motiviert. Deswegen fordert die Wiener Urban Gardening Bewegung Zugang zu öffentlichen Freiräumen, um die Möglichkeit sowie das Recht des Eigenanbaus von Nahrungsmitteln in der Stadt, zu verteidigen.

Die für diese Forschung berücksichtigten urbanen Garteninitiativen fordern somit ein Recht auf Mitsprache bei der Gestaltung städtischer Freiräume und -flächen und das Recht des Betreibens von urbaner Landwirtschaft auf diesen. Meine Forschungsergebnisse machen deutlich, dass die ‚Wiederentdeckung‘ des Erntens im urbanen Alltag für viele Wiener GärtnerInnen ein wenig Autarkie in einer neoliberalisierten Stadt bedeutet. Zudem wurde sichtbar, dass durch die urbane Gartenwirtschaft für viele StadtbewohnerInnen ein bedeutender Baustein für ein zukunftsfähigeres Leben im urbanen Raum gelegt werden kann.

5. Schlussbetrachtungen und Ausblick

Das vorliegende Forschungsvorhaben befasste sich mit der Bedeutung von Ernährungssouveränität für die gegenwärtige Urban Gardening Bewegung in Wien. Zu diesem Zweck war zunächst die Auseinandersetzung mit der Entstehung der Urban Gardening Bewegung als urbane soziale Bewegung, die ‚von unten‘ an der städtischen Entwicklung partizipieren will, maßgebend. In weiterer Folge war die Diskussion von Ansätzen subsistenzorientierter Konzepte in Bezug auf den gegenwärtigen Nachhaltigkeitsdiskurs von zentraler Bedeutung. Dabei war das Einbeziehen des Zusammenhangs zwischen dem Do-it-Yourself Urbanismus und der Ausübung kollektiver gärtnerischer Tätigkeiten wesentlich für meinen Zugang.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage war die Durchführung von qualitativen Interviews und Beobachtungen in bestehenden Gemeinschaftsgärten in Wien über einen Zeitraum von fünf Monaten ausschlaggebend. Ziel war es, die Entwicklungen und Dynamiken gegenwärtiger Urban Gardening Initiativen in Wien, in Bezug auf städtische Ernährungssouveränität, zu erforschen. So wurde untersucht, ob die AkteurInnen der Gartenbewegung in Wien subsistenzorientierte Praktiken einsetzen und inwieweit diese zur Sensibilisierung der StadtbewohnerInnen für eine nachhaltige urbane Entwicklung tatsächlich, aber auch in den Augen der Beteiligten beitragen.

Die Analyse der durchgeführten empirischen Datenerhebung hat ergeben, dass die GemeinschaftsgärtnerInnen die kollektive Gartenpraxis selbst als Beitrag zur städtischen Ernährungssouveränität sehen. Dies konnte durch die verstärkte Eigenmacht der StadtgärtnerInnen begründet werden, die im urbanen Raum Wiens neue angepasste Formen des gemeinschaftlichen Gartenbaus entwickelt haben und dadurch eine Ernährungsreform ‚von unten‘ entrieren wollen.

So konnte anhand der großen Vielfalt an Do-it-Yourself Initiativen festgestellt werden, dass die Mitglieder dieser, städtische brachliegende Flächen zugunsten einer nachhaltigen Stadtentwicklung verändern wollen. Dabei initiieren die AkteurInnen Gemeinschaftsgärten auf öffentlich urbanem Raum, um diesen sowohl

vor der Privatisierung zu schützen als auch nachhaltige und vor allem lokal angebaute Nahrungsmittel für die Stadtbevölkerung ressourcenschonend und kostengünstig zugänglich zu machen.

Zwar konnte ich anhand meiner Forschungsarbeit zeigen, dass die Wiener StadtgärtnerInnen die Teilhabe am Prozess der Nahrungsmittelerzeugung durch die Ausübung subsistenzorientierter Praktiken anstreben, doch gilt dies, wie anhand zweier Wiener Gemeinschaftsgärten gezeigt werden konnte, nur unter bestimmter Einschränkung: Die Menge des Ertrages und somit die autarke Selbstversorgung durch den Eigenanbau von Nahrungsmitteln steht bei den berücksichtigten Wiener Garteninitiativen nicht im Vordergrund. So geht es einzig und allein um die Möglichkeit der StadtbewohnerInnen, eine sozial- und umweltverträgliche Landwirtschaft auf städtischem Raum zu betreiben sowie die eigene Ernährung souverän und selbstständig – sofern dies von den BewohnerInnen gewollt wird – zu bestimmen.

Die Gemeinschaftsgärten, die von Grassroot-Initiativen auf urbanem öffentlichen Raum erschaffen werden, sollen den StadtbewohnerInnen das Ausüben von ökologischer Landwirtschaft, als, und dies wurde mehrmals betont, ergänzende Alternative zur industriellen Lebensmittelversorgung ermöglichen.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass das Konzept der Ernährungssouveränität auf einem umfassenden Verständnis von Selbstbestimmtheit gründet und die Urban Gardening Bewegung in Wien mit der Forderung nach dem Zugang zu öffentlichem Raum, die herrschenden Eigentums- und Produktionsverhältnisse in der Stadt kritisiert. Somit steht das Phänomen des Urbanen Gärtnerns in direktem Bezug zu Aushandlungsprozessen um die Nutzung öffentlicher Freiflächen.

In diesem Zusammenhang ist es anzunehmen, wie viele WissenschaftlerInnen und Vereine es zeigen, dass sich zukünftig immer mehr Gemeinschaften bilden werden, die sich ihr unmittelbares Umfeld aneignen werden, um Nahrungsmittel nachhaltig anzubauen.

Urbane Gemeinschaftsgärten agieren als Schnittstellen zwischen der Stadtpolitik und den StadtbewohnerInnen und haben somit wahrscheinlich das Potential zu zukunftsfähigen Freiräumen der städtischen Gesellschaft zu werden.

Dabei spricht nicht nur der nachhaltige Effekt der urbanen Landwirtschaft für das Phänomen des Urban Gardening. Denn Gartenprojekte, wie der Gemeinschaftsgarten der Salat Piraten und der Tigergarten vermitteln nicht nur den AkteurInnen selbst ein Verständnis vom Anbau und der Herkunft von Nahrungsmitteln, sondern schaffen auch Orte der Begegnung mit anderen StadtbewohnerInnen. So zeigte meine Forschung, dass gerade die Gemeinschaftsarbeit in den selbstorganisierten urbanen Gärten von den StadtbewohnerInnen geschätzt wird. Die Gärten spiegeln also nicht nur das Bedürfnis der StadtbewohnerInnen nach selbstgestaltetem städtischen Raum wider, sondern auch den Wunsch nach Gemeinschaft und Begegnung mit Gleichgesinnten. Die Gemeinschaft, die kollektiv einen öffentlichen Raum umgestaltet, ist somit das konstituierende Element der Gärten.

Gemeinsam haben die AkteurInnen der Urban Gardening Bewegung also nicht nur, dass sie Natur im städtischen Raum erfahren wollen, sondern nebenbei auch ein neues Verständnis von Urbanität entwickeln.

6. Literaturverzeichnis

6.1 Literaturquellen

BACCINI, Peter/KYTZIA, Susann/OSWALD, Franz. 2002. Restructuring Urban Systems, in Moavenzadeh, Fred/Hanaki, Keisuke/Baccini, Peter (Hg.): *Future Cities: Dynamics and Sustainability*. Dordrecht/Boston/London: 17-44.

BAIER, Andrea. 2010. Urbane Subsistenz als Teil nachhaltiger Gesundheitsförderung, in Göpel, Eberhard/Gesundheitsakademie e. V. (Hg.): *Nachhaltige Gesundheitsforschung. Gesundheit gemeinsam gestalten – Band 4*. Frankfurt am Main: 240-257.

BAIER, Andrea/MÜLLER, Christa/WERNER, Karin. 2013a. *Stadt der Commonisten. Neue urbane Räume des Do it yourself*. Bielefeld.

BENNHOLDT-THOMSEN, Veronika. 2012. Ökonomie des Gebens. Wohlstand durch Subsistenz, in Müller, Christa (Hg.): *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. München: 252-265.

BERNDT, Christian. 2014. Arbeiten und Produzieren, in Lossau, Julia/Freytag, Tim/Lippuner, Roland (Hg.): *Schlüsselbegriffe der Kultur- und Sozialanthropologie*. Stuttgart: 227-242.

BERTRAM, Grischa. 2013. Kritisiert die Kritiker_innen! in *sub/urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung* (1): 169-174.

BOHN, Katrin/VILJOEN, André. 2012. Produktive Stadtlandschaft. Über ungewöhnliche Verbindungen von Stadt und Ernährung, in Müller, Christa (Hg.): *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. München: 150-159.

BORGSTEDT, Silke. 2012. Das Paradies vor der Haustür: Die Ursprünge einer Sehnsucht aus der Perspektive soziokultureller Trendforschung, in Müller, Christa (Hg.): *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. München: 118-125.

BRENNER, Neil. 2012. What is critical urban theory? In Brenner, Neil/Marcuse, Peter/Mayer, Margit (Hg.): *Cities for people, not for profit. Critical urban theory and the right to the city*. London: 11-23.

BRENNER, Neil/MARCUSE, Peter/MAYER, Margit. 2012. Cities for people, not for profit: an introduction, in Brenner, Neil/Marcuse, Peter/Mayer, Margit (Hg.): *Cities for people, not for profit. Critical urban theory and the right to the city*. London: 1-10.

BRENNER, Neil/PECK, Jamie/THEODORE, Nik. 2010. Variegated neoliberalization: geographies, modalities, pathways, in *Global Networks* 10 (2): 182-222.

CASTELLS, Manuel. 1977. *The urban question*. London.

DANGSCHAT, Jens S. 2002. Soziale Aspekte der nachhaltigen Stadtentwicklung, in Klotz, Arnold/Frey, Otto/Rosinak, Werner/Ludwig Boltzmann Institut für interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.): *Stadt und Nachhaltigkeit. Ein Diskurs*. Wien/New York: 43-62.

EXNER, Andreas/KRATZWALD, Brigitte. 2012. *Solidarische Ökonomie und Commons*. Wien

FAINSTEIN, Susan/FAINSTEIN, Norman. 1985. Economic Restructuring and the Rise of Urban Social Movements, in: *Urban Affairs Review*, 21 (2): 187-206.

FAINSTEIN, Susan. 2011. Spotlight: Urban social movements, citizen participation, and trusted networks, in Hanagan, Michael/Tilly, Chris (Hg.): *Contention and Trust in Cities and States*. Dordrecht/New York/Heidelberg/London: 175-178.

FISCHER-KOWALSKI, Marina. 2002. Das magische Dreieck von Nachhaltigkeit, in KLOTZ, Arnold/FREY, Otto, ROSINAK, Werner/Ludwig Boltzmann Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.): *Stadt und Nachhaltigkeit. Ein Diskurs*. Wien/New York: 25-41.

FLICK, Uwe/KARDOFF, Ernst von/STEINKE, Ines. 2012. Was ist qualitative Forschung? Einleitung und Überblick, in Flick, Uwe (Hg.): *Qualitative Forschung: Ein Handbuch*. Reinbeck bei Hamburg: 13-29.

GEERTZ, Clifford. 1991. *Dichte Beschreibung : Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*. Frankfurt.

GLÄSER, Johann/LAUDER, Grit. 2004. Nach dem Interview, in Gläser, Johann/Lauder, Grit (Hg.): *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen*. Wiesbaden: 186-190.

HEISTINGER, Anna. 2012. Leben von Gärten. Warum urbane Gärten wichtig sind für Ernährungssouveränität, Eigenmacht und Sortenvielfalt, in Müller, Christa (Hg.): *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. München: 305-318.

HELD, Martin. 2012. Peak Oil und die Krise der Böden – urbane Nutzgärten und ihr Beitrag zu einer postfossilen Gesellschaft, in Müller, Christa (Hg.): *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. München: 292-304.

HELFRICH, Silke/BOLLIER, David. 2012. Commons als transformative Kraft. Zur Einführung, in Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: 15-24.

TRICARICO, Antonio/LÖSCHMANN, Heike. 2012. Finanzialisierung – ein Hebel zur Einhegung der Commons, in Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: 184-195.

HITZLER, Ronald/HONER, Anne. 1997. *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik*. Opladen.

HOLM, Andrej. 2010. "Recht auf Stadt" – mehr als nur ein guter Slogan, in: *Heft für Literatur, Stadt und Alltag*. (3) Juli: 32-33.

HORX, Matthias. 2009. *Anleitung zum Zukunftsoptimismus: warum die Welt nicht schlechter wird*. München.

IVESON, Kurt. 2013. Cities within the City: Do-It-Yourself Urbanism and the Right to the City, in *International Journal of Urban and Regional Research* 2013. 37 (3) Mai: 941-956.

KNOLL, Michael/KREIBICH, Rolf. 1997. Vorwort, in Knoll, Michael/Kreibich, Rolf (Hg.): „Sustainable City“ *Zukunftsfähige Städte*. Berlin: 9-11.

KRASNY, Elke. 2012a. Hands-on Urbanism 1850-2012. Vom Recht auf Grün, in Krasny, Elke/Architekturzentrum Wien (Hg.): *Hands-on Urbanism 1850-2012. Vom Recht auf Grün*. Wien: 8-37.

KREIBICH, Rolf. 1997. Telematische Stadt: Phantom oder Realität, in wissenschaftliche Zeitschrift der Bauhaus Universität Weimar (Hg.): *Thesis*. Weimar: 87-88.

LAMNEK, Siegfried. 1995. *Qualitative Sozialforschung. Band 2. Methoden und Techniken*. Weinheim.

LAMNEK, Siegfried. 2005. *Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch*. Weinheim.

LANGE, Bastian. 2012. Koop Stadt? Was ist von der „kreativen Stadt“ zukünftig zu erwarten? In Müller, Christa (Hg.): *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. München: 104-117.

LEFEBVRE, Henri. 1996. *Writings on Cities*. Oxford/Malden.

LEMKE, Harald. 2012. *Politik des Essens. Wovon die Welt von morgen lebt*. Bielefeld.

LUKS, Fred. 2002. *Nachhaltigkeit*. Hamburg.

MARCUSE, Peter. 2009. From critical urban theory to the right to the city, in *City* 13 (2-3): 185-196.

MARCUSE, Peter. 2012. Whose right(s) to what city? In Hube, Neil/Marcuse, Peter/Mayer, Margit (Hg.): *Cities for people, not for profit. Critical urban theory and the right to the city*. London: 11-23.

MAYER, Margit. 2008: Städtische soziale Bewegungen, in Roland, Roth/Rucht, Dieter (Hg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt am Main: 293-319.

MAYER, Margit. 2012. The „right to the city“ in urban social movements, in Brenner, Neil/Marcuse, Peter/Mayer, Margit (Hg.): *Cities for people, not for profit. Critical urban theory and the right to the city*. London: 63-85.

MAYER, Margit. 2013. Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt, in *sub/urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung* 2013 (1): 155-168.

MAYRING, Philipp. 1988. *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim.

MEAD, Margaret. 1963. *Sex and Temperament in Three Primitive Societies*. New York.

MEYER-RENSCHHAUSEN. 2012. Von Pflanzenkolonien zum nomadisierenden Junggemüse. Zur Geschichte des Community Gardening in Berlin, in Müller, Christa (Hg.): *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. München: 319-332.

MÖSSNER, Samuel. 2013. Neoliberalisierung als Gesellschaftskrise, in *sub/urban . Zeitschrift für Kritische Stadtforschung* (1): 185-188.

MÜLLER, Christa. 2002. Nachhaltiger Konsum braucht Eigenproduktion: Das Allgäuer Zentrum für Eigenversorgung, in Scherhorn, Gerhard/Weber, Christoph (Hg.): *Nachhaltiger Konsum. Auf dem Weg zur gesellschaftlichen Verankerung*. München: 91-97.

MÜLLER, Christa. 2007. Interkulturelle Gärten – Urbane Orte der Subsistenzproduktion und der Vielfalt, in *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften – Die ‚grüne‘ Stadt – urbane Qualitäten durch Freiraumentwicklung* (1): 55-67.

MÜLLER, Christa. 2012a. Urban Gardening. Grüne Signaturen neuer urbaner Zivilisationen, in Müller, Christa (Hg.): *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. München: 22-53.

MÜLLER, Christa. 2012b. Urban Gardening: Die grüne Revolte – Warum Gärtnern in der Stadt politisch ist, in *Blätter für deutsche und internationale Politik* (8): 103-111.

MULLIS, Daniel. 2011. Die Stadt im Neoliberalismus. Von der Produktion einer Ideologie zur Perspektive dagegen, in Holm, Andrej/Lederer, Klaus/Naumann, Matthias (Hg.): *Linke Metropolenpolitik. Erfahrungen und Perspektiven am Beispiel Berlin*. Münster: 14-33.

OSTROM, Elinor. 1999. *Die Verfassung der Allmende : jenseits von Staat und Markt*. Tübingen.

PAECH, Niko. 2012. Perspektiven einer Postwachstumsökonomie: Fremdversorgung oder urbane Subsistenz? In Müller, Christa (Hg.): *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. München: 88-103.

PECK, Jamie/TICKELL, Adam. 2002. Neoliberalizing Space, in BRENNER, Neil/THEODORE, Nik (Hg.): *Spaces of Neo-liberalism: Urban Restructuring in North America and Western Europe*. Oxford: 33-57.

PICKVANCE, Chris. 2003. From Urban Social Movements to Urban Movements: A Review and Introduction to a Symposium on Urban Movements, in *International Journal of Urban and Regional Research* 2003, 27 (1) March: 102-9.

POLANYI, Karl. 2001. *The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time*. Boston

PRUIJT, Hans. 2007. Urban Movements, in Ritzer, George (Hg.): *Blackwell Encyclopedia of Sociology*. Blackwell: 5115-5119.

ROSTOW, Walt. 1960. *Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie*. Göttingen.

SCHLEHE, Judith. 2003. Formen qualitativer ethnografischer Interviews, in Beer, Bettina (Hg.): *Methoden und Techniken der Feldforschung*. Berlin: 71-94.

SCHMID, Christian. 2012. Henri Lefèbvre, the right to the city, and the new metropolitan mainstream, in Brenner, Neil/Marcuse, Peter/Mayer, Margit (Hg.): *Cities for people, not for profit. Critical urban theory and the right to the city*. London: 42-62.

SCHUSTER, Wolfgang. 2013. *Nachhaltige Städte – Lebensräume der Zukunft*. München.

SEYFANG, Gill. 2008. *The New Economics of Sustainable Consumption: The Seeds of Change*. New York.

SPITZER, Hartwig. 1997. Fünf Ebenen der Nachhaltigkeit, in BIRZER, Markus/FEINDT, Peter Henning/SPINDLER, Edmund A. (Hg.): *Nachhaltige Stadtentwicklung. Konzepte und Projekte*. Bonn: 60-70.

STEIN, Hartwig. 2000. *Inseln im Häusermeer: eine Kulturgeschichte des deutschen Kleingartenwesens bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs ; reichsweite Tendenzen und Gross-Hamburger Entwicklung*. Frankfurt/Wien.

TEMEL, Robert. 2008. „Grüne Daumen“, in *Der Standard*, vom 16. August 2008: Album A4.

TÖNNIES, Ferdinand. 2003. (1. Auflage 1887). *Community and Society. Gemeinschaft und Gesellschaft*. New York.

VALLANCE, Suzanne/PERKINS, Harvey C./BOWRING, Jacky/DIXON, Jennifer E. 2012. Most Invisible: Glimpsing the City and its Residents in the Urban Sustainability Discourse, in *Urban Studies* 2012, 49 (8) June: 1695-1710.

VERK, Sabine. 1994. *Laubenleben: eine Untersuchung zum Gestaltungs-, Gemeinschafts- und Umweltverhalten von Kleingärtnern*. Münster.

WINTERFELD, Uta v./ BIESECKER, Adelheid/KATZ, Christine/BEST, Benjamin. 2012. Impulse zur Wachstumswende, in Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH: *Impulse für die politische Debatte*. Wuppertal.

6.2 Internetquellen:

Agenda Josefstadt 2012.

<http://agendajosefstadt.wordpress.com/2012/04/23/eroffnung-tigergarten-am-1-juni/>

Aktionsnetzwerk globale Landwirtschaft: Via Campesina und der Kampf für Ernährungssouveränität.

<http://www.gentechnikfreies-brandenburg.de/extras/faltblatt-via-campesina.pdf>

BAIER, Andrea/MÜLLER, Christa/WERNER, Karin. 2013b. Stadt der Commonisten. Neue urbane Räume des Do it yourself. Gastbeitrag.

http://www.bbe.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/10/NL20_Gastbeitrag_Baier_Mueller_Werner.pdf

BECKER, Matthias. 2012. Die Weltwirtschaftskrise ist eine Krise der Urbanisierung.

<http://www.heise.de/tp/artikel/36/36988/1.html>

Blog Commons und Solidarische Ökonomie.

<http://blog.commoners.at/commoners/was-ist-commoning/>

Brundtland Report 1987: Our Common Future .

http://conspect.nl/pdf/Our_Common_Future-Brundtland_Report_1987.pdf

Club of Rome.

http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/mission_des_club_of_rome_540.htm

DEELSTRA, Tjeerd/GIRARDET, Herbert. 2000. *Thematic Paper 2. Agriculture and Sustainable Cities.*

<http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.168.4991&rep=rep1&type=pdf>

Initiative Europa 2013: Was heißt Neoliberalismus?

<http://www.europa-geht-anders.eu/hintergruende/was-heisst-neoliberalismus>

Gabler Wirtschaftslexikon.

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/576005964/postwachstumsoekonomie-v2.html>

Gardora-Gartenwiki.

<http://gardora.at/wiki/Gartenpolylog>

GIAMMARCO, Francesco. 2012. Gesellschaft: Werte zum Anfassen, in *Der Tagesspiegel* 01.09.2012.

<http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/gesellschaft-werte-zum-anfassen/7081482.html>

HELD, Sarah. 2010. Die do-it-yourself Kultur. Design Quartier Ehrenfeld.

http://www.d-q-e.net/akademie/akademie_diy-held.pdf

HELFRIICH, Silke. 2007. Commons-Blog: Fundsachen von der Allmendenwiese. Was sind Gemeingüter/Commons?

<http://commonsblog.wordpress.com/was-sind-commons/>

HOLM. Andrej. 2013. Recht auf die Stadt – Soziale Bewegungen in umkämpften Räumen, in: p/art/icipate – Kultur aktiv gestalten.

<http://www.p-art-icipate.net/cms/recht-auf-die-stadt-soziale-bewegungen-in-umkampften-raumen/>

JUEGO, Bonn/SCHMIDT, Johannes Dragsbaek. 2010: Die globale Krise und der Angriff auf die Demokratie.

<http://www.perspektiven-online.at/2010/11/01/die-globale-krise-und-der-angriff-auf-die-demokratie/>

JUNGBLUT, Indra. 2012. Urban Gardening - Mit Gärten die Welt verändern, in Reset (Hg.): *Smart Approaches to Sustainability*.

<http://reset.org/knowledge/urban-gardening-eine-andere-welt-ist-pflanzbar?gclid=CPaclYT6yrgCFY1d3godTi8Alw>

KRATZWALD, Brigitte. 2011. ...und in der Stadt? Warum Ernährungssouveränität und das Recht auf Stadt zusammengehören.

http://lebensfuelle.files.wordpress.com/2010/04/ernc3a4hrungssouverc3a4nitc3a4t_s tadt.pdf

KRATZWALD, Brigitte. 2013. Städtische Ernährungssouveränität.

<http://linz.pflueckt.at/tag/brigitte-kratzwald/>

KRASNY, Elke. 2012b. Research Projekts.

<http://www.elkekrasny.at/archives/category/research-projects>

LA 21 – Lokale Agenda 21 Wien.

<http://la21wien.at/die-la-21-bezirke/8-bezirk/gruppen/garteln-im-tigerpark/agenda-initiative-tigergarteln-josefstadt/?searchterm=tigergarten>

La Vía Campesina.

<http://viacampesina.org/en/>

Lexikon der Nachhaltigkeit.

http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/gp_forschungsgruppe_fuenf_indikatorenansae tze_im_ve_1359.htm

LOW, Christiane. 2009. *Das narrative Interview im Kontext qualitativer Sozialforschung*. München.

<http://www.grin.com/de/e-book/126881/das-narrative-interview-im-kontext-qualitativer-sozialforschung>

MÜLLER, Christa/PAECH, Niko. 2012. Suffizienz & Subsistenz. Wege in eine Postwachstumsökonomie am Beispiel von „Urban Gardening“. Der kritische Agrarbericht 2012.

http://www.kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2012/Mueller_Paech.pdf

MÜLLER, Detlef. 2013. Wissen: Urban Gardening ist sanfte Stadtentwicklung von unten.

<http://www.essbare-stadt-minden.de/2013/05/23/wissen-urban-gardening-ist-sanfte-stadtentwicklung/>

Nachbarschaftsgarten Macondo.

<http://nachbarschaftsgartenmacondo.blogspot.co.at/p/macondo.html>

Prinzessinnengärten Berlin.

<http://prinzessinnengarten.net>

Qualitative Sozialforschung: Untersuchungsdesigns qualitativer Forschung.

<http://qsf.e-learning.imb-uni-augsburg.de/node/536>

Recht auf Stadt. Der Kongress. Hamburg 2011.

<http://kongress.rechtaufstadt.net/programm/events/31.de.html>

Right to the City.

www.righttothecity.org

UN Habitat.

<http://unhabitat.org>

United Nations 2011. Departement of Economic and Social Affairs. Population Division.

<http://www.un.org/en/development/desa/population/theme/urbanization/>

Verein Gartenpolylog.

<http://www.gartenpolylog.org/de/1/uber-uns>

Verein Gartenpolylog – Vereinsstatuten.

http://www.gartenpolylog.org/de/1/copy2_of_VereinsstatutenGARTENPOLYLOG_NEUAenderung11_11_08.pdf

Verein der Salat Piraten.

<http://www.salatpiraten.org>

VOSS, Kathrin. 2010. Grassrootscampaigning und Chancen durch neue Medien, in BPB: Bundeszentrale für deutsche Bildung (Hg.): Lobbying und Politikberatung. <http://www.bpb.de/apuz/32777/grassrootscampaigning-und-chancen-durch-neue-medien?p=all>

WALPEN, Bernhard. 2005. Auf dem Pilgerberg oder: Dialektik der Freiheit. Eine kurze Geschichte des Neoliberalismus. <http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/walpen.pdf>

Welta Agrarbericht 2008. <http://www.welta-grarbericht.de/report.html>

Wikipedia. [http://de.wikipedia.org/wiki/Hipster_\(21._Jahrhundert\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Hipster_(21._Jahrhundert))

Wirtschaftslexikon: Subsistenzproduktion. <http://www.wirtschaftslexikon.co/d/subsistenzproduktion/subsistenzproduktion.htm>

7. Anhang

7.1 Liste der Interviews

Interview nummer	Interview partnerIn	Dauer	Tätigkeit des Interviewten im Verein bzw. Gemeinschaftsgarten
1	Simone Rongitsch	25 Min.	Obfrau und Initiatorin des Vereins der ‚Salat Piraten‘, sowie auch Gärtnerin im Gemeinschaftsgarten der ‚Salat Piraten‘.
2	Arbana Gjoni	45 Min.	Mitglied der ‚Salat Piraten‘ und Gärtnerin im Gemeinschaftsgarten in der Kirchengasse.
3	Sebastian Zeddel	47 Min.	Mitglied der ‚Salat Piraten‘ und Gärtner im Gemeinschaftsgarten der ‚Salat Piraten‘.
4	Georg Demmer	35 Min.	Stellvertretender Obmann des Vereins der ‚Salat Piraten‘, sowie auch Gärtner im Gemeinschaftsgarten der ‚Salat Piraten‘. Besitzer des ‚CO-Space‘.
5	Markus Handl	27 Min.	Stellvertretender Kassaprüfer des Vereins der ‚Salat Piraten‘, sowie auch Gärtner im Gemeinschaftsgarten der ‚Salat Piraten‘. Besitzer des ‚Hafenjungens‘.
6	Frau A	37 Min.	Mitglied der ‚Salat Piraten‘ und Gärtnerin im Gemeinschaftsgarten der ‚Salat Piraten‘.
7	Frau B	36 Min.	Mitglied der ‚Salat Piraten‘ und Gärtnerin im Gemeinschaftsgarten der ‚Salat Piraten‘.
8	Caroline Sommerfeld-Lethen	50 Min.	Initiatorin des Gemeinschaftsgartens ‚Tigergarten‘, sowie auch Gärtnerin im ‚Tigergarten‘.
9	Bianca Sünbold	45 Min.	Schriftführerin des Vereins der ‚Salat Piraten‘, sowie auch Gärtnerin im Gemeinschaftsgarten der ‚Salat Piraten‘.
10	Yara Coca Domínguez	50 Min.	Obfrau und stellvertretende Kassiererin des Vereins ‚Gartenpolylog‘.

7.2 Kurzfassung

Der Trend zur Urbanisierung zeigt sich weltweit. Der urbane Raum steht aufgrund der demografischen wie auch ökologischen und ökonomischen Veränderungen, die mit der Verstädterung einhergehen, im Mittelpunkt aktueller Diskussionen. In der andauernden Urbanisierung bündeln sich die Herausforderungen einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung. So müssen, in Anbetracht der immer größeren Knappheit der Ressourcen und der Steigerung der Umweltbelastung, vor allem in Städten Veränderungsprozesse vorgenommen werden. Es wird ersichtlich, dass hier vor allem auf die Selbsthilfe der StadtbewohnerInnen gesetzt werden muss, um eine zukunftsfähige Entwicklung im städtischen Raum voranzutreiben. Vor diesem Hintergrund entstehen immer mehr Grassroot-Initiativen, die es sich zur Aufgabe machen das Stadtbild nachhaltiger zu gestalten. Eine beachtenswerte Stadtentwicklung von unten vollzieht sich, die neue grüne Räume des „Do-it-Yourself“ schafft und zugleich eine Ernährungsreform von unten entriert. Das Phänomen des „Urban Gardening“ breitet sich aus und macht uns darauf aufmerksam, dass der Eigenanbau von Obst, Gemüse und Kräutern im städtischen Raum immer beliebter wird. Die vorliegende Masterarbeit befasst sich mit den Entwicklungen und Dynamiken gegenwärtiger Urban Gardening Initiativen in der Stadt Wien. Im Mittelpunkt der Forschungsarbeit steht die Bedeutung von Ernährungssouveränität für die neue urbane Gartenbewegung. In diesem Zusammenhang soll untersucht werden, ob die AkteurInnen der Bewegung subsistenzorientierte Praktiken einsetzen und inwieweit diese zur Sensibilisierung der StadtbewohnerInnen für eine nachhaltige urbane Entwicklung beitragen. Ferner wird der Frage nachgegangen, in welchem Zusammenhang der „Do-it-Yourself Urbanismus“ mit der Ausübung der kollektiven gärtnerischen Tätigkeiten steht. Zur Erreichung dieses Ziels war die Durchführung einer empirischen Untersuchung in bestehenden Wiener Gemeinschaftsgärten über einen Zeitraum von fünf Monaten ausschlaggebend. Während dieser Forschung wurde sichtbar, dass neben der globalen Vernetzung von Menschen, die versuchen Kontrolle über ihr Ernährungs- und Agrarsystem zurückzuerlangen, die Bewegung für Ernährungssouveränität auch in Wien wächst. Dies zeigte sich anhand der großen Vielfalt von „Do-it-Yourself“ Initiativen, die mit subsistenzorientierten kollektiven Praktiken das Stadtbild nachhaltig verändern wollen. Die AkteurInnen initiieren Gemeinschaftsgärten, um lokal sowie nachhaltig produzierte Nahrungsmittel für die Stadtbevölkerung ressourcenschonend und kostengünstig zugänglich zu machen. Diese „Wiedererntdeckung des Erntens“ im urbanen Alltag bedeutet für viele Wiener GärtnerInnen ein wenig Autarkie in einer neoliberalisierten Stadt. Die Beteiligten, der für diese Forschung berücksichtigten Garteninitiativen, fordern somit das Recht auf Mitsprache bei der Gestaltung städtischer Freiräume und das Recht des Betreibens urbaner Landwirtschaft auf diesen. Somit steht das Phänomen des urbanen Gärtnerns in direktem Bezug zu Aushandlungsprozessen um die Nutzung öffentlicher Flächen und ist zugleich Ausdrucksform politischen Handelns. Die Gemeinschaft, die kollektiv einen öffentlichen Raum umgestaltet, ist dabei das konstituierende Element der neuen urbanen Gärten. Gemeinsam haben die AkteurInnen der Urban Gardening Bewegung also nicht nur, dass sie Natur im städtischen Raum erfahren wollen, sondern nebenbei auch ein neues Verständnis von Urbanität entwickeln.

7.3 Abstract

The trend toward urbanization appears worldwide. Urban space is the focus of current discussions due to demographical as well as environmental and economical changes that come along with the urbanization. Within ongoing urbanization are also bundled the challenges of global sustainable development. Thus, in consideration of the increasing scarcity of resources and the intensification of environmental pollution, changes have to be made, especially in cities. It is evident that emphasis must be placed on the self-help of urban dwellers to promote sustainable development in urban areas. Against this background ever more grassroots movements are arising in order to make the cityscape more sustainable. One of these movements is currently underway that creates new “do-it-yourself” green spaces and initiates at the same time a fundamental reform of individual’s diets. The phenomenon of “urban gardening” is expanding and makes us aware that the self-cultivation of fruits, vegetables and herbs is becoming increasingly popular in urban areas. This master thesis addresses the developments and the dynamics of contemporary urban gardening initiatives in the city of Vienna. The focus of the research is the importance of food sovereignty for the new urban gardening movement. In this connection it should be investigated if players use subsistence-orientated practices and to what extent they contribute to the sensitization of city residents for sustainable urban development. Furthermore, the question of the relation between the “do-it-yourself urbanism” and the practice of collective gardening activities will be considered. To achieve this aim, an empirical research of existing community gardens in Vienna over a period of five months was crucial. In the course of research it became obvious that beneath the global network of people trying to take back control over their food and their agricultural system, the general movement for food sovereignty in Vienna is growing. This was evidenced by the wide variety of “do-it-yourself” initiatives that want to sustainably change the cityscape by the use of subsistence-oriented collective practices. The actors initiate community gardens to make locally and sustainably produced food resource-efficient and cheaply accessible to the urban population. This “rediscovery of harvesting” in everyday urban life means for many Viennese gardeners a little self-sufficiency in a neoliberalized city. The stakeholders of the considered garden initiatives are demanding the right of an increased voice in the design of urban open spaces and the right of operating urban agriculture within them. Thus, the phenomenon of urban gardening is in direct relation to negotiation processes to the use of public areas and is also an expression of political action. The community that collectively reshapes urban space is thereby the constitutive element of the new urban gardens. Accordingly, the stakeholders of the urban gardening movement share the pursuit to experience nature in an urban environment and may also develop a new understanding of urbanity.

7.4 Curriculum Vitae

Persönliche Daten

Name	Katharina Reiterits
Geburtsdatum	18. Dezember 1987
Geburtsort	Oberpullendorf
Nationalität	Österreich

Ausbildung

10/2011 – 06/2014	MA-Studium der Kultur- und Sozialanthropologie , Universität Wien ○ Schwerpunkt auf Urbaner Anthropologie ○ Spezialisierung auf ökologische Anthropologie und Migrationsanthropologie
10/2008 – 06 /2011	BA-Studium der Kultur- und Sozialanthropologie , Universität Wien
06/2007	Matura & Unternehmerprüfung , HBLA f. Produktmanagement und Präsentation, Oberwart ○ Spezialisierung auf Kommunikationsmanagement

Forschungserfahrungen

05/2013 – 11/2013	Feldforschung ihm Rahmen der Masterarbeit zum Thema: <i>„Städtische Räume des Do-it-Yourself: Die Bedeutung von Ernährungssouveränität für Urban Gardening Bewegungen in Wien“</i>
10/2011 – 07/2012	Forschungsprojekt an der Universität Wien zum Thema: <i>„Intimate Citizenship“</i> mit Fokus auf <i>„Eldery Care“</i>
04/2011 – 06/2011	Feldforschung im Rahmen der Bachelorarbeit zum Thema: <i>„Gentrifizierung in Wien? Der urbane Wandel durch sozialräumliche Restrukturierung“</i>

Besondere Auszeichnungen

03/2011	Erhalt des „Förderungsstipendiums“ aus Stiftungen und Stipendienfonds der Universität Wien für außerordentliche Studienleistungen
09/2009 – 10/2010	Erhalt des „Leistungsstipendiums“ aus dem Studienförderungsgesetz der Universität Wien für hervorragende Studienleistungen
06/2006	Zertifizierung als „Junior Projektmanagerin“ von Projekt Management Austria

Auslands – und Sprachaufenthalte

07/2007 – 06/2008	Au-Pair in Oxford, Großbritannien
10/2007 – 05/2008	Absolvierung eines 30-wöchigen Englisch-Kurses <i>„Oxford & Cherwell Valley College“</i> , Oxford, Großbritannien
05/2006	Absolvierung eines 3-wöchigen Spanisch-Kurses <i>„Flamenco Sprachschule“</i> , Málaga, Spanien

Sprachkenntnisse

Deutsch	Muttersprache
Englisch	Kompetente Sprachverwendung, fortgeschrittene Kenntnisse (C1)
Spanisch	Elementare Sprachverwendung, Grundlagen (A2)
Französisch	Elementare Sprachverwendung, Grundlagen (A2)